

Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



4-01



BUNDESVERWALTUNGSAMT
Zentralstelle für Zivilschutz





Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

zweimal, im Frühjahr 2000 und im Frühjahr 2001, führte die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V. einen Workshop zum Thema „Kehren die Seuchen zurück? Neue Gefahren durch biologische Kampfstoffe“ durch (Siehe Berichte in Heft 2-2000 und 3-2001 dieses Magazins). Keiner der Teilnehmer konnte ahnen, wie schnell die aufgezeigte Problematik akut würde. Nun hören wir täglich von Anthrax-Vorfällen in den USA. Es ist nicht auszuschließen, dass auch andere Stoffe angewandt werden, die in den Workshops angesprochen wurden.

Dies hat auch bei uns das Bewusstsein verändert. Die sicherheitspolitische Euphorie der neunziger Jahre ist jäh verfliegen. Die damalige Einschätzung hat sich als falsch erwiesen. Diese betraf keineswegs nur die Entscheider. Das Thema „Zivilschutz“ wurde von der Öffentlichkeit abgelehnt.

Der 11. September 2001 hat Traumvorstellungen als solche entlarvt, auch wenn Deutschland nicht unmittelbar betroffen zu sein scheint. Wir die „Zivilschützer“, haben oft vor zu viel Optimismus gewarnt. Schade, dass wir recht hatten!

Ich wünsche Ihnen und uns dennoch ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2002!

Ihr
Hans-Walter Roth

Menschen

Personalien aus Zivil- und Katastrophenschutz	2
THW-Helfer mit Leib und Seele, ein Portrait zum IJF	26

Politik und Gesellschaft

Schneller und besser messen Erste ABC-Erkundungskraftwagen in Berlin übergeben	3
Ständige Konferenz mahnt Verbesserungen im Zivil- und Katastrophenschutz an	7
Richtlinie für den Selbstschutz der Bevölkerung, Betriebe und Behörden	10
Gefahrenbericht der Schutzkommission an die Bundesregierung übergeben	12



Berlins Landesbranddirektor Albrecht Broemme erklärte bei der offiziellen Übergabe der ersten ABC-Erkundungskraftwagen einem prominenten Zuhörerkreis die Technik des Messfahrzeuges.

V.l.n.r.: Manfred Stölpe, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Bundesinnenminister Otto Schily, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und Landesbranddirektor Broemme.
(Foto: Stefan Wagner)

INHALT 4-2001

Aus-und Weiterbildung

Neuerung im Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz	15
Staatssekretär Körper besucht die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz	20

Aus der Praxis

SbE-Bundesvereinigung e.V. sieht Forschungsbedarf	22
Gefahren an der Einsatzstelle	28

Technik und Wissenschaft

Aus der Industrie Aktuelle Produktinformationen	31
Mitteilungen der Fachinformationsstelle der ZfZ	32
Schriftenreihe „Zivilschutz-Forschung“	49

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund	38
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	40
Deutscher Feuerwehrverband	41
Deutsches Rotes Kreuz	42
Johanniter-Unfall-Hilfe	43
Malteser Hilfsdienst	45
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	47

Rubriken

Rundblick	51
Für Sie gelesen	53
Kopfnuss	55
Termine	56
Zuletzt	57

Die Redaktion wünscht allen ihren Leserinnen und Lesern ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2002

Irmgard Schwaetzer übernimmt den Vorsitz im DKKV

Neue Vorsitzende des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge e.V. – DKKV – wurde am 15. Oktober 2001 die FDP-Politikerin, Bundesministerin a.D. Dr. Irmgard Schwaetzer. Die Bundestagsabgeordnete wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig gewählt. Dr. Irmgard Schwaetzer ist durch ihre politischen Erfahrungen als Staatsministerin im Auswärtigen Amt und später als Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für diese Aufgabe prädestiniert.



Bundesminister a.D. Norbert Blüm berichtet über seine abgelaufene Amtszeit als Vorsitzender der DKKV (v.l.n.r.: Karl-Otto Zentel, Dr. Horst Schöttler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Norbert Blüm. (Foto: Glass)

Der bisherige Vorsitzende, Dr. Norbert Blüm, MdB (CDU) hatte das Amt drei Jahre geführt. Das besondere Verdienst des langjährigen Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, für das ihm die Mitglieder des DKKV besonders dankbar sind, besteht darin, das Deutsche IDNDR-Komitee im Rahmen der UN zu einer deutschen rechtsfähigen Vereinigung in reibungslosem Übergang umgestaltet zu haben. Er wird sich nun – wie er ausführte – auf eine andere Aufgabe konzentrieren, die internationale Kindernothilfe. Hier wird er

auch Kontakte zur internationalen Katastrophenvorsorge pflegen und im Übrigen weiterhin dem DKKV verbunden bleiben.

Die Berichte des scheidenden Vorsitzenden sowie der Vorsitzenden des wissenschaftlichen und des operativen Beirates, Professor Dr. Friedemann Wenzel und Dr. Horst Schöttler, dokumentierten die kontinuierliche und erfolgsorientierte Arbeit auf diesem schwierigen Gesamtgebiet. Geschäftsführer Karl-Otto Zentel berichtete über die Schwerpunktaufgabe „Umsetzung des Aktionsprogramms“.

Einen besonderen Dank konnte Professor Dr. Tetzlaff von der Universität Leipzig für die Durchführung des erfolgreichen 2. Forums für Katastrophenvorsorge einschließlich des Gefahrentages 2001 vom 24. – 26. September in Leipzig, entgegennehmen.

Philippe Raetz vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft der Schweiz referierte über die Auswirkungen des Orkans „Lothar“ in der Schweiz. Professor Dr. Richard Dikau stellte den Sachstand der Arbeit des Zentrums für Naturrisiken und Entwicklung (ZENEB) vor, das in Vernetzung mit dem DKKV zusammenwirkt.

Über die letzte Sitzung der ISDR Inter-Agency Task Force der Vereinten Nationen in Genf informierte VLR Peter Platte vom Auswärtigen Amt, der auch den Dank des DKKV für die Finanzierung seiner Tätigkeit und die gute Zusammenarbeit nach Berlin mitnehmen konnte.

Die Gesellschaft für angewandte Fernerkundung (GAF) aus München stellte ihre Arbeit – vertreten durch Dr. Stefan Saradeth - vor. Auf großes Interesse der Mitglieder stießen die Ausführungen des derzeit in der DKKV-Geschäftsstelle tätigen Praktikanten Malte Hövel, der die im Aufbau befindliche Datenbank zu Projekten der Katastrophenvorsorge erläuterte.

Wilfried Glass

MHD-Auszeichnung für Helmut Schuch

In Köln wurde Helmut Schuch, der letzte Präsident des ehemaligen Bundesamtes für Zivilschutz, für seine Verdienste vom Malteser Hilfsdienst geehrt. MHD-Generalsekretär Heinz Himmels und Bereichsleiter Notfallvorsorge Benedikt Liefländer überreichten dem im Ruhestand befindlichen Schuch als Dank und Anerkennung die Malteser Dankplakette.

In der Begründung zur Auszeichnung hieß es, dass Helmut Schuch sein Amt zu einem Zeitpunkt angetreten habe, in dem sich der Zivilschutz auf Grund der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in einem tiefgreifenden Umbruch befand. Schuch verstand sich stets als ein vermittelnder und immer ansprechbarer Partner



MHD-Generalsekretär Heinz Himmels und Bereichsleiter Notfallvorsorge Benedikt Liefländer überreichen Helmut Schuch (links) die Malteser Dankplakette. (Foto: MHD)

und Begleiter der von den Änderungen nachhaltig betroffenen Hilfsorganisationen. Wesentlich war dabei sein menschlicher und loyaler Umgang mit allen Beteiligten.

rs

Schneller und besser messen

Erste ABC-Erkundungsfahrzeuge in Berlin übergeben

Von Irene Kölbl, Berlin

Die terroristischen Angriffe in New York und Washington am 11. September dieses Jahres haben die Gefahrenlage verändert. Ein stärkeres Schutz- und Sicherheitsbedürfnis machte die schnelle Umsetzung geplanter Maßnahmen im Zivil- und Katastrophenschutz erforderlich. Am 18. Oktober 2001 übergab Bundesinnenminister Otto Schily je sechs ABC-Erkundungskraftwagen (ABC-ErkKW) an Klaus Wowereit, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, und Ministerpräsident Manfred Stolpe, Brandenburg.

gen seit Tagen Meldungen über „Milzbrand-Attacken“. Verständlich, dass sich bei der Präsentation der Messausstattung der ABC-ErkKW viele Fragen um die mögliche Detektion biologischer Gefahrstoffe drehten.

Einig waren sich die Redner, dass angesichts der „neuen“ Gefahren eine Kooperation jenseits aller parteipolitischen Streitpunkte vonnöten sei. Die Ereignisse des 11. September nannte Schily eine Herausforderung. Ruhe zu bewahren und dafür Sorge zu tragen, dass innerhalb der Bevölke-

dern im Rahmen seiner Verantwortung für den Zivilschutz. Aufgrund einer besonderen Fahrzeugausstattung sind die Einsatzkräfte in der Lage, radioaktive und chemische Stoffe zu erkunden, messen, erfassen und melden. Eine biologische Verseuchung ist zumindest zu erkennen und zu übermitteln. In diesem Bereich fehlt allerdings die entsprechende Messtechnik, um eine genaue Bestimmung durchzuführen. Mit der Auslieferung der Fahrzeuge an alle Bundesländer, die bis zum Frühjahr 2002 abgeschlossen sein wird, sind flächendeckend Vorsorgemaßnahmen getroffen.

Flexiblere Einsatzmöglichkeiten und leistungsfähigere Messgeräte tragen dazu bei, kontaminierte Gebiete zeitsparend und umfassend zu erkunden. Gleichzeitig ist eine Entlastung der Helfer erreicht worden.

Messtechnik

„Herzstück“ der neuen Spürfahrzeuge ist der Messcontainer, der die nachfolgend aufgeführte technische Ausstattung enthält:

- eine eigene elektrische Versorgungseinheit (12 V DC), die auch über Stunden einen autarken Messbetrieb unabhängig vom Fahrzeug erlaubt,
- ein radiologisches Messsystem
- ein chemisches Messsystem
- einen Rechner mit Hard- und Software, über den die Arbeit der beiden Messeinheiten läuft. Darüber hinaus lässt sich eine Datenfernübertragung einrichten, um erhobene Daten vom Fahrzeug an die Einsatzzentrale zu senden.



Ein ungewöhnlich starkes Medieninteresse begleitete die Übergabe der ersten ABC-Erkundungskraftwagen an Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und Manfred Stolpe, den Ministerpräsidenten von Brandenburg durch Bundesinnenminister Otto Schily.

Großes Interesse

Die Fahrzeugübergabe im Hof der Feuerwache Charlottenburg-Nord hatte zahlreiche Medienvertreter angelockt. Noch immer die Bilder des einstürzenden World Trade Center vor Augen beunruhig-

ten keine Panik ausbricht, seien oberste Ziele. Den Trittbrettfahrern, die mögliche bioterroristische Angriffe auf den Plan gerufen haben, zollte er Verachtung. Deren Treiben sei hart zu bestrafen.

Insgesamt 344 ABC-ErkKW überlässt der Bund den Län-

- Navigationssysteme
- einen Drucker sowie
- weitere Messgeräte mit Zubehör.

In verschiedenen Gefahrenlagen muss ein flexibles Agieren gewährleistet sein. Deshalb

ab möglichst genau zu sondieren.

Mit fahrzeuggestützten Systemen und gleichzeitig aufgezeichneten GPS-Daten wird eine Schnellvermessung großer Gebiete vorgenommen.

der Gammastrahlung: Die NBR-Sonde nimmt den niedrigen Dosisleistungsbereich ab 10 nSv/h bis 100 µSv/h auf. Messprinzip ist ein Szintillationszähler: Durch Unterdrückung des natürlichen Strahlenhintergrundes sind selbst geringe Beimischungen von künstlichen Quellen festzustellen. Mit der Proportionalzählrohrsonde im Handgerät, einem handelsüblichen Dosisleistungsmesser, ist die Strahlung von 100 µSv/h bis 1 Sv/h zu messen. Mit Hilfe des Computers sind die erfassten Messwerte auf einer geographischen Karte mit einem Maßstab 1:50.000 und als Diagramm mit Zeit- und Wegkennzeichnung darzustellen.

Chemisches Messsystem

Die chemische Messeinheit – ursprünglich für militärische Anwendungen konzipiert – besteht aus einem Photoionisationsdetektor (PID) und einem Ionenmobilitätsspektrometer. Im Folgenden die Funktionsweise der beiden Geräte:

Der PID saugt die Umgebungsluft mit einer Pumpe durch eine Messkammer und setzt sie dem Licht einer UV-Lampe aus. Bei Stoffen, die das UV-Licht ionisiert, ergibt sich ein Stromfluss, den das Display als Konzentration anzeigt. Bestandteile von Luft – Stickstoff, Sauerstoff, Kohlendioxid, Wasser, Edelgase – können herkömmliche UV-Lampen nicht elektrisch laden. Anders verhält es sich bei vielen chemischen Substanzen. Typisch sind Stoffe oder Stoffgruppen wie Benzol, Toluol, Aceton und weitere organische Verbindungen.

Mit dem Photoionisationsdetektor lassen sich Luft- und Bodenverschmutzungen aufzeigen. Das Gerät eignet sich zur Suche nach Leckagen in Industrieanlagen und erstellt exakte Messungen bei Chemikalienunfällen. Dies schließt auch die Überwachung des Dekontaminationsplatzes ein.



Die offizielle Übergabe von jeweils sechs ABC-Erkundungskraftwagen an die Bundesländer Berlin und Brandenburg durch den Bundesinnenminister. v.l.n.r. Landesbranddirektor Albrecht Brömme, Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, Bundesinnenminister Otto Schily und Ministerpräsident Manfred Stolpe.

ist die „Messeinheit“ sowohl fahrzeugunabhängig als auch in Ersatzfahrzeugen zu betreiben und einfach zu bedienen. Das Einsatzspektrum reicht von Umwelt- über Ermittlungs- bis hin zu Katastropheneinsätzen. Hier eine Beschreibung der vorhandenen Messeinrichtungen:

Radiologisches Messsystem

Eine radioaktive Verseuchung erfordert die schnelle, sachgerechte Intervention in Form einer Warnung oder Evakuierung der Bevölkerung. Da die Maßnahmen Einschränkungen für die Betroffenen nach sich ziehen, sind örtliche Ausdehnung und Umfang vor-

Grundaufgaben sind die Erkennung kontaminierter Flächen und die großflächige Suche nach Punktquellen. Mit Einzelmesszeiten von einer Sekunde oder weniger ist bei Geschwindigkeiten von bis zu 100 km/h während der Messfahrt eine Ortsauflösung von etwa 50 m zu erzielen. Aus den Ergebnissen lassen sich Kontaminationsprofile erstellen. Bei Überschreitung von variablen Dosis-/Dosisleistungsschwellen erfolgt die Alarmierung. In diesem Fall sind gezielte Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung durchzuführen.

Die Ausrüstung umfasst ein „zweiteiliges“ hochempfindliches Weitbereichsdetektorsystem (Fa. Thermo Eberline ESM, Erlangen) zur Messung



Der Messcontainer – in der Regel quer zur Fahrtrichtung hinter dem Fahrerteil angebracht – ist auch völlig vom Fahrzeug losgelöst einzusetzen, z. B. für stationäre Messaufgaben.

Das Ionenmobilitätsspektrometer geht davon aus, dass Ionen verschiedener Größe sich hinsichtlich ihrer Beweglichkeit in einem elektrischen Feld unterscheiden. Anhand der festgestellten Mobilität lassen sich innerhalb eines Spielraumes Stoffe charakterisieren und identifizieren. Umgebungsluft wird mittels einer Dosiergaspumpe in das Gerät gesaugt und an den Reaktionsraum „weitergegeben“. Dort läuft die Ionisierung der Luft- und enthaltenen Gefahrstoffmoleküle ab sowie ihre Reaktion miteinander. Im anschließenden Driftraum lassen sich die entstandenen Ionen – Reaktant- und Produkt-Ionen – durch unterschiedliche Geschwindigkeit voneinander trennen. Über die Entladung an einer Kollektorelektrode entsteht ein Stromfluss, den das Gerät aufzeichnet. Beim Abgleich mit „Werten“ einer intern gespeicherten Bibliothek lassen sich verschiedene Substanzen nachweisen und mengenmäßig beschreiben. Dazu gehören sowohl Kampfstoffe, wie beispielsweise VX, Sarin und Schwefel-Lost, als auch Industriechemikalien wie Ammoniak, Chlor, Schwefeldioxid und andere.

Nachweis biologischer (Kampf-)Stoffe

Für den Umgang mit biologischen Stoffen stehen der Besatzung des ABC-ErkKW augenblicklich nur Sets für flüssige, feste und gasförmige Proben zur Verfügung. Bei Verdacht sind entsprechende Proben für eine Untersuchung im Fachlabor zu nehmen. Auch in diesem Bereich sind inzwi-

schon Entwicklungsprozesse angestoßen, um den Einsatzkräften eine geeignete technische Ausrüstung an die Hand zu geben.

Schutzausrüstung

Für die Arbeit in kontaminierten Gebieten sind auf dem ABC-ErkKW zwei Chemikalienvollschutzanzüge mit Atemanschluss verlastet.

Zur Fahrzeugausstattung gehört auch die Schutzausrüstung für die Besatzung sowie die Messtechnik und die Gerätschaften zur Probenentnahme.





Die ersten zwölf von insgesamt 344 ABC-Erkundungskraftwagen, die auf alle Bundesländer verteilt werden, wurden in Berlin übergeben. (Fotos: Wagner)

Vorgesehen ist, die Pressluftatmer nach amerikanischem Vorbild außen zu tragen. Die Feuerwehren führen dagegen in der Regel das Behältergerät unter dem Vollschutzanzug mit sich. Für den zweiten Trupp liegen zumindest Vollmasken bereit.

Ausbildung der Einsatzkräfte

Die auf den Fahrzeugen mitgeführte Technik setzt eine umfassende Schulung voraus. Im Sinne einer späteren Multiplikatorenschulung absolvierten zunächst die Ausbilder an den Feuerwehrschulen einen einwöchigen Lehrgang an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Aufgrund der komplexen Technik sind jedoch zusätzlich Unterweisungen der Multiplikatoren unumgänglich. Die weitere Ausbildung der Fahrzeugbesatzungen obliegt den Landesfeuerwehrschulen.

Austausch

Bisher liegen nur Erfahrungen aus der Erprobungsphase der Technik vor. Die Zentralstelle für Zivilschutz freut sich über Anregungen aus den Bereichen Ausbildung, Übungen

und Einsatz: „Die Technik lebt“, so Dipl.-Ing. Hans-Joachim Fliege. „Die weitere Entwicklung kann nur in Zusammenarbeit mit den Anwendern vor sich gehen“.

ABC-Spürfahrzeuge in Berlin

Die Berliner Feuerwehr stationiert vier der Fahrzeuge in den Wachen Marienfelde, Spandau-Nord, Wannsee und

Wittenau. Dort sind ausgebildete ABC-Einsatzkräfte tätig. Ein weiterer ABC-ErkKW befindet sich in der Feuerweherschule.

Das Referat Umweltdelikte des Landeskriminalamtes hat das sechste Berliner Fahrzeug übernommen. Sorge bereitet den Mitarbeitern die nur rudimentäre Ausstattung zur Detektion biologischer Gefahrstoffe. Ihre Suche nach Alternativen hat bereits begonnen.

Technische Daten

Fahrzeugtyp:	Fiat Ducato Maxi L2B, 2,8 i.d. TD
Leistung:	90 kW (122 PS)
Geschwindigkeit	150 km/h (max.)
Länge:	5.505 mm
Breite:	1.989 mm
Höhe:	2.620 mm
Radstand:	3.700 mm
zul. Gesamtgewicht:	3.500 kg
Aufbau:	Kastenaufbau mit Betriebs- und Geräteraum (2 Sitzplätze)



Ständige Konferenz mahnt Verbesserungen im Zivil- und Katastrophenschutz an

Von Thomas Kaspari

In Ihrer turnusmäßigen Sitzung am 20.09.01 stellte die Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (SKK) fest, dass es im deutschen Zivil- und Katastrophenschutz erheblichen Nachbesserungsbedarf gibt. Gleichzeitig merkte sie an, dass effektiver Bevölkerungsschutz nur dank des ehrenamtlichen Engagements vieler Freiwilliger möglich ist. So setzte sie einen Akzent im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001, das auch für ehrenamtliche Helfer im Bevölkerungsschutz Auswirkungen haben soll. Zu beiden Themen erörterte sie umfangreiche Maßnahmenkataloge.

Der Termin stand schon lange vor dem 11. September fest; plötzlich bekam die Plenarsitzung der SKK durch die Terroranschläge in den USA eine ungeahnte Aktualität. Keine zwei Wochen danach nutzte sie die Gelegenheit, auf bestehende Verbesserungspotentiale in der Vorbereitung auf vergleichbare Ereignisse in der Bundesrepublik hinzuweisen.

Der Vorsitzende, Dr. Norbert Burger, rief zunächst zu einer Gedenkminute für die Opfer der Flugzeugattentate auf. Er erinnerte dabei besonders an die große Zahl von Hilfskräften, die ihr Leben verloren, weil sie sich sofort nach den Flugzeugabstürzen in das World Trade Center begaben, um dort Menschenleben zu retten.

Erwartungsgemäß bestimmte danach der Handlungsbedarf in der Bundesrepublik den Großteil der Erörterun-

gen. Es wurde bemängelt, dass die bislang geführte öffentliche Diskussion über die Innere Sicherheit einen Aspekt vermissen ließe. Keine der diskutierten Maßnahmen könne eine hundertprozentige Sicherheit garantieren. Deshalb ist es aus Sicht der SKK immer notwendig, auch Vorkehrungen zur Verhinderung der Folgen des Unvermeidbaren zu treffen und in die gesamten Überlegungen zur Inneren Sicherheit einzubeziehen. Neben der Kriminalitätsbekämpfung muss der Schutz der Bevölkerung Bestandteil der Diskussion und der angekündigten Maßnahmenpakete werden. Eigentlich sollte das auch im Bundesinnenministerium (BMI) so gesehen werden, dessen Leiter der Abteilung O, Klaus-Henning Rosen, noch im Mai den Zivil- und Katastrophenschutz als vierte Säule des Systems der Inneren Sicherheit ansah.

Die Ständige Konferenz hat deshalb in ihrer Sitzung ein sieben Punkte umfassendes Paket erarbeitet, in dem nach Ansicht aller Anwesenden die dringendsten Erfordernisse enthalten sind. Eine entsprechende Presseerklärung wurde nach der Sitzung zahlreichen Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen vorgestellt.

Zu den Forderungen gehören:

1.) Genaue Analyse aller Szenarien als Grundlage eines bundesweit abgestimmten Zivil- und Katastrophenschutzes

Seit dem Zerfall des Warschauer Paktes wurde eine

äußere Bedrohung für immer unwahrscheinlicher gehalten und dementsprechend der Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes immer weiter reduziert.

2.) Einheitliches Einsatzkonzept von Bund und Ländern

Ein Schadensfall mit New Yorker Dimensionen ist in Deutschland nur in länderübergreifenden Kooperationen zu bewältigen. Die erforderliche Fähigkeit zur Zusammenarbeit ist bei den derzeit ausschließlich von einzelnen Bundesländern weiterentwickelten Zivil-/Katastrophenschutzkonzepten jedoch fraglich.

3.) Korrektur der Haushaltsplanung in Bund und Ländern.

Die Ausstattung der in der Gefahrenabwehr tätigen Einheiten ist oft veraltet, beschränkt funktionstüchtig und entspricht nicht immer den Gefahrenlagen. Dazu gehört auch die Ausrüstung zum Schutz der Einsatzkräfte vor B- und C-Gefahren sowie die ausreichende Vorhaltung von Arzneimitteln und Material. Die Einschnitte in den Haushaltsplanungen der letzten Jahre erfolgten nicht mehr auf einer realistischen Bedrohungsanalyse, sondern vielmehr ausschließlich nach Kassenlage. Auch für das Haushaltsjahr 2002 waren erneut Kürzungen geplant, diesmal sollten Ersatzbeschaffungen im Wert von ca. 35 Mio. DM ausfallen, die

für Zivilschutzeinheiten bei Feuerwehren und Sanitätsorganisationen dringend notwendig wären. Es bleibt zu hoffen, dass die Anschläge, die genau am Tag der ersten Beratung über den Etat des BMI stattfanden, hier zu einem Sinneswandel führen.

4.) Kurzfristig geeignete rechtliche und strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung des Notfallmanagements im Gesundheitswesen

Bei einer ähnlich großen Anzahl von Verletzten wie nach den Anschlägen in New York und Washington wären deutsche Krankenhäuser sowohl von der Kapazität als auch von den organisatorischen Anforderungen her meist überfordert. Die bestehende Verpflichtung zur Vorkhaltung von zehn Prozent Notfallkapazitäten muss auch bei der weiteren Restrukturierung im Gesundheitswesen beachtet werden.

5.) Vorbereitung der Bevölkerung auf solche Ereignisse

Derzeit nimmt die Fähigkeit der Bevölkerung, z. B. zur Ersten Hilfe, jedoch messbar ab. Die Zahl der Erste-Hilfe-Ausbildungen geht derzeit um 15 bis 20 Prozent pro Jahr zurück. Dies ist nicht zuletzt auf die von der Bundesregierung weitgehend eingestellten Förderprogramme für die Erste-Hilfe-Ausbildung zurückzuführen. Trotz der Bemühungen der Hilfsorganisationen und praktisch der gesamten Fachwelt ist die Erste-Hilfe-Ausbildung noch immer kein Bestandteil der Schulausbildung.

6.) Motivationssteigernde Maßnahmen und Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Freiwillige

Außerdem sollten freiwillige Einheiten stärker in die alltägliche Gefahrenabwehr einge-

bunden werden. Wie das Beispiel USA zeigt, ist die Bewältigung von Großschadensereignissen ohne die Mitwirkung Freiwilliger undenkbar. Im weiteren Verlauf der Sitzung geht die Konferenz auf dieses Thema ausführlicher ein.

7.) Ausbau der Krisenintervention zu einem festen Bestandteil des Katastrophenschutzes

Die Notwendigkeit einer organisierten und strukturierter psychischer Hilfe für die Betroffenen einer Katastrophe, für deren Angehörige und auch für die Einsatzkräfte wird durch den Einsatz von Kriseninterventionsteams aus Deutschland in den USA erneut unterstrichen. Die Ständige Konferenz hat hierzu bereits einen Vorschlag erarbeitet und über den Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz den Ländern unterbreitet.

Leider ist festzustellen, dass keine der sieben Forderungen wirklich neu ist: Fast alle Verbesserungsvorschläge entsprechen den Befürchtungen, die im Jahr 1997 zur Gründung der SKK führten und seitdem mehrfach in der Öffentlichkeit und gegenüber den zuständigen Gremien und Persönlichkeiten wiederholt wurden. Seit 1997 bis zum 10. September 2001 blieben Reaktionen auf die Anregungen weitgehend aus, erst die Ereignisse in den USA führten dazu, dass sie diesmal zumindest ein breites Medienecho fanden.

Internationales Jahr der Freiwilligen 2001

In einer Erklärung der den Zivil- und Katastrophenschutz tragenden Organisationen wurden den Sitzungsteilnehmern Gedanken zum Einsatz Freiwilliger vorgelegt. Sie wurden Grundlage der weiteren Diskussion, die schließlich zur Gründung einer neuen Projektarbeitsgruppe führte.

Jeder Bundesbürger hat gegenüber dem Staat einen

Anspruch auf angemessenen und sachgerechten Schutz vor Gefahren aller Art. Es liegt auf der Hand, dass solche Vorsorge nicht immer durch hauptberufliche Kräfte sicherzustellen ist. Das System des Zivil- und Katastrophenschutzes ist deshalb ohne ehrenamtliche Helfer weder vorstellbar noch handlungsfähig. Vielmehr ist der Staat gut beraten, das ihm angebotene ehrenamtliche Engagement anzunehmen.

Die ehrenamtliche Tätigkeit im Katastrophenschutz unterscheidet sich von anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Gesellschaft dadurch, dass unvergleichbar hohe Anforderungen an Verfügbarkeit sowie physische und psychische Belastbarkeit gestellt werden und der Helfer zudem eine staatliche Aufgabe erfüllt. Umso mehr bedarf die Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit in diesem Aufgabenbereich einer besonderen Förderung.

Ehrenamt muss in dieser Gesellschaft attraktiv werden

Viele ehrenamtliche Helfer im Bevölkerungsschutz müssen heutzutage um ihren Arbeitsplatz fürchten, wenn sie gehäuft während ihrer Arbeitszeit zu Einsätzen gerufen werden. Kein gesetzlich verankertes Benachteiligungsverbot hilft gegen Bestrebungen des Arbeitgebers, sich von solchen Mitarbeitern zu trennen, mit welcher Begründung auch immer. Das Bewusstsein, dass der Arbeitnehmer einen lebenswichtigen Beitrag zum Funktionieren dieser Gesellschaft leistet und dass auch der eigene Gewerbebetrieb von Unglücksfällen betroffen sein kann, ist oft nicht genügend ausgeprägt. Hier kann, beispielsweise gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden, die SKK einen Beitrag zur Akzeptanz des freiwilligen Dienstes leisten. Denkbar wäre auch (vergleichbar der Ausgleichsabgabe nach § 11 Schwerbehindertengesetz), Arbeitgebern

für die Beschäftigung einer bestimmten Quote von Helfern im Zivilschutz einen Bonus in Aussicht zu stellen.

Chancengleichheit für ehrenamtlich Tätige

Es gibt viele Möglichkeiten, sich in Deutschland ehrenamtlich zu betätigen. Einige Arten des Engagements werden allerdings durch die verschiedensten Regelungen (z. B. Steuerrecht, Ausbildungsförderung) anderen gegenüber bevorzugt. Hier ist ein eindeutiges Bekenntnis des Staates erforderlich, dass er den Dienst Freiwilliger im Zivil- und Katastrophenschutz genau so hoch schätzt wie beispielsweise den in Studierendenparlamenten oder in Sportvereinen. Das könnte Auswirkungen auf die Vergabe von Studienplätzen, auf die Förderungshöchstdauer nach BAföG oder auf die Gleichbehandlung gezahlter Aufwandsentschädigungen haben.

In der Ständigen Konferenz wird zur Bearbeitung dieser und weiterer Probleme ehrenamtlicher Betätigung eine Projektgruppe unter Koordination des Katastrophenschutzbeauftragten des Deut-

schen Roten Kreuzes, Ulrich Cronenberg, tätig. So bleibt zu hoffen, dass das Jahr der Freiwilligen 2001 nicht spurlos am Zivil- und Katastrophenschutz vorüber geht.

Harmonisierung – Zusammenwirken der Einheiten in der Gefahrenabwehr

Im letzten Sitzungsteil stellte Thomas Mitschke (THW-Leitung) als Koordinator der Projektgruppe 4 „Harmonisierung“ ein Ergebnis dieser Projektgruppe vor. In dieser Gruppe wurde ein Lehrgang „Zusammenwirken der Einheiten in der Gefahrenabwehr“ erarbeitet, der einem Defizit in der organisationseigenen Ausbildung von Führungskräften abhelfen soll: Seitdem der Bund sich zunehmend im Rahmen seiner ausschließlichen Zuständigkeit für den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall aufgrund der veränderten Bedrohungslage aus dem flächendeckenden Ausbildungsangebot in Form von eigenen Katastrophenschutzschulen auf Landesebene zurückgezogen hat, ist eine Verengung der Ausbildungsperspektive auf reine

organisationsinterne Belange zu beobachten. Bis auf einzelne Bausteine, die sich primär auf das Vorstellen anderer Organisationen und deren Einheiten beziehen, wird das Thema des Zusammenwirkens selten noch intensiv in organisationsheterogenen Lerngruppen vermittelt.

Dem will die Projektgruppe Harmonisierung mit dem nun vorgelegten Curriculum abhelfen. Alle Organisationen haben an dem Entwurf mitgewirkt und begrüßen die Initiative der SKK ausdrücklich. Der Lehrgang richtet sich an Zugführer mit einer abgeschlossenen Ausbildung in ihrer Organisation oder Führungskräfte mit einer vergleichbaren Qualifikation.

Die Projektgruppe möchte so erneut einen Beitrag zur Harmonisierung zwischen den Organisationen in zentralen Bereichen der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes liefern.

In der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz wird ein Pilotseminar nach diesem Konzept vorbereitet, an dem Führungskräfte aus allen Einsatzorganisationen teilnehmen sollen.

Ausschuss Rettungswesen sieht nach Terroranschlägen Handlungsbedarf

Der Länderausschuss Rettungswesen hat sich in seiner 69. Sitzung am 25./26.09.2001 eingehend mit den Terroranschlägen des 11.09.2001 befasst und seine tiefe Betroffenheit über diese Terrorakte zum Ausdruck gebracht.

Die Ausschussmitglieder sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass gegen Terroranschläge derartigen Umfangs und deren Auswirkungen konkrete Maßnahmen nur begrenzt vorbereitet werden können. Gleichwohl sieht der Ausschuss Handlungsbedarf.

Er verweist auf seinen im Januar 2001 vorgelegten Bericht „Massenanfall von Verletzten und Erkrankten“, in dem Forderungen zur Verbesserung der rettungsdienstlichen Strukturen und des Notfallmanagements aufgestellt wurden. Das betrifft insbesondere die Bereiche

- Führungssysteme (Leitender Notarzt/Organisatorischer Leiter)
- Arzneimittel- und Sanitätsmaterialbevorratung und
- Schnelleinsatzgruppen.

Der Ausschuss sieht auch Handlungsbedarf in den Bereichen Kapazitätserweiterung in Krankenhäusern, Erste-Hilfe-Ausbildung und Förderung des Selbstschutzes der Bevölkerung. Der Ausschuss unterstützt den Beschluss des Arbeitskreises V der SKK vom 24.09.2001, kurzfristig unter Verantwortung des Bundesministers des Innern gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen Gespräche zu führen. Er fordert, in diese Beratungen mit eingebunden zu werden.

Richtlinie für den Selbstschutz der Bevölkerung, Betriebe und Behörden

Bundesministerium des Innern

Durch die Verabschiedung des Zivilschutzneuordnungsgesetzes am 25. März 1997 sind die Verwaltungsvorschriften über Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes außer Kraft getreten.

Das Bundesministerium des Innern hat nun den Entwurf einer „Richtlinie für den Selbstschutz der Bevölkerung, Betriebe und Behörden“ erarbeitet und mit den Bundesministerien, den Innenministern und den Innensenatoren sowie dem Deutschen Städtetag abgestimmt.

Anlässlich der Sitzung des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz am 4. und 5. Oktober 2001 wurde die Richtlinie zustimmend zur Kenntnis genommen und am 15. Oktober 2001 in Kraft gesetzt.

1. Einleitung

Durch das Zivilschutzneuordnungsgesetz vom 25. März 1997 sind die Verwaltungsvorschriften über Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes vom 11. Mai 1971 und die darauf beruhenden Empfehlungen des ehemaligen Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) vom 20. September 1972 i.d.F. vom 24. Juni 1984 außer Kraft getreten. Der Bundesminister des Innern und die Innenminister/-senatoren der Länder haben sich darauf geeinigt, die nach dem Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 25. März 1997 weiterbestehenden Selbstschutzaufgaben nach Maßgabe dieser Richtlinie wahrzunehmen.

2. Aufgaben des Selbstschutzes

2.1 Unter Selbstschutz sind alle Maßnahmen zum Aufbau, zur Förderung und Leitung zu verstehen, die die Bevölkerung, Betriebe und Behörden in die Lage verset-

zen, sich im Verteidigungsfall vor Waffenwirkungen zu schützen sowie die daraus herrührenden Schäden zu mindern (§ 5 ZSG).

2.2 Zum Selbstschutz gehört auch die Nachbarschaftshilfe.

3. Träger des Selbstschutzes

3.1 Der Selbstschutz beruht auf Eigenvorsorge und Selbsthilfe der Bevölkerung, Betriebe und Behörden.

3.2 Den Gemeinden obliegt es, den Selbstschutz der Bevölkerung zu organisieren und zu leiten sowie den Selbstschutz der Behörden und Betriebe zu fördern.

3.3 Die Landesregierungen können gemäß § 2 Abs. 2 ZSG durch Rechtsverordnung bestimmen, dass mehrere Gemeinden, kommunale Zusammenschlüsse oder Gemeindeverbände die Aufgaben des Selbstschutzes gemeinsam wahrnehmen.

3.4 Das Bundesverwaltungsamt (BVA) -Zentralstelle

für Zivilschutz- unterstützt die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, informiert die Bevölkerung über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten, entwickelt Ausbildungsinhalte und leistet durch die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AknZ) eine zentrale Unterweisungshilfe (§ 4 Abs. 2 Ziff. 2a bis c und 4 ZSG).

4. Vorbereitung des Selbstschutzes

4.1 Das BVA stellt als zentrale Stelle des Bundes den zügigen und einheitlichen Aufbau des Selbstschutzes durch die Gemeinden sicher.

4.2 Zu diesem Zweck nimmt es vor allem folgende Aufgaben wahr (§ 4 ZSG):

- Zentrale Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten,
- Zentrale Unterrichtung und Ausbildung des mit Selbstschutzaufgaben betraffenen Personals des Bundes,

der Länder, der Gemeinden und aus Betrieben sowie der für die Selbstschutzausbildung vorgesehenen Ausbilder der Hilfsorganisationen,

- Unterstützung der Länder und Gemeinden bei besonderen Informationsvorhaben von bundes- oder landesweiter Bedeutung,

- Erarbeitung von Richtlinien für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes durch die Gemeinden,

- Erarbeitung von Leitfäden und Lehrstoffplänen für die Ausbildung der Bevölkerung,

- Erarbeitung von Material zur Information der Bevölkerung,

- Erarbeitung von Musteranordnungen über das selbstschutzmäßige Verhalten der Bevölkerung,

- Erarbeitung von Empfehlungen für den Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes in Behörden und Betrieben.

4.3. Es ist zweckmäßig, in jeder Gemeinde mindestens eine Bedienstete oder Bediensteten zu beauftragen, sich durch regelmäßige Teilnahme an den Lehrgängen der AkNZ über die Planungs- und Maßnahmenziele des Bundes zu informieren.

4.4. Der Selbstschutz der Behörden und Betriebe stützt sich auf die allgemeinen Vorkehrungen, die nach dem Arbeitsschutzgesetz und den Unfallverhütungsvorschriften der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung zu treffen sind.

4.5. Die obersten Bundes- und Landesbehörden können für einzelne Dienststellen besondere Schutzvorkehrungen wie zum Beispiel das Vorhalten von Selbstschutzkraften oder bauliche Schutzmaßnahmen anordnen, wenn die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes auch im

Verteidigungsfall von übergeordneter Bedeutung ist.

4.6. Die Gemeinden und die Betriebe prüfen, ob unter dem Gesichtspunkt des Selbstschutzes zusätzliche Maßnahmen geboten sind. Dies gilt insbesondere für Betriebe, die gefährliche oder verteidigungswichtige Güter herstellen.

5. Selbstschutz in Krisenzeiten und im Spannungs- oder Verteidigungsfall

5.1 In Zeiten außenpolitischer Krisen, deren weitere voraussichtliche Entwicklung einen Angriff auf das Bundesgebiet denkbar erscheinen lassen, legt das Bundesinnenministerium den Zeitpunkt fest, von dem an die Gemeinden auf der Grundlage der getroffenen Vorbereitungen in konkrete Vorkehrungen zur Erfüllung der Aufgaben des Selbstschutzes eintreten. Hierzu gehören insbesondere

- organisatorische und personelle Planungen für Informations- und Beratungseinrichtungen,

- Absprachen mit den Hilfsorganisationen über die Ausbildung der Bevölkerung,

- Entwerfen von Informationsschriften sowie von allgemeinen Anordnungen gemäß § 5 Abs. 4 ZSG.

5.2 Zum Übergang von der Vorbereitungs- und Planungsphase in die Durchführungsphase bedarf es eines besonderen Beschlusses der Bundesregierung.

Die Durchführungsphase umfasst

- die Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz,

- die Information der Bevölkerung über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten einschließlich Notbevorratung,

- ggf. die Beratung von Behörden und Betrieben beim Aufbau des Selbstschutzes.

5.3 Im Verteidigungsfall werden die Maßnahmen nach Ziffer 5.2 fortgesetzt

und intensiviert, soweit es die Lage erlaubt. Die Gemeinden treffen gemäß § 5 Abs. 4 ZSG die erforderlichen allgemeinen Anordnungen über den Selbstschutz der Bevölkerung insbesondere im Hinblick auf

- Warnmeldungen,
- Verdunkelung,
- Aufenthalt in geschützten Räumlichkeiten,

- Melde- und Informationspflichten.

Die Anordnungen sind in geeigneter Weise öffentlich bekannt zu geben. Zuwiderhandlungen können gemäß § 24 Abs. 1 bis 4 ZSG von den Gemeinden mit Geldbußen bis zu 10.000 EURO als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

5.4 Das BVA unterstützt die Gemeinden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Ziffern 5.1 bis 5.3 durch Beratung und sachdienliche Unterlagen einschließlich Informationsmaterial für die Bevölkerung sowie durch eine zentrale Ausbildung von Multiplikatoren und Führungskräften.

Darüber hinaus nimmt das BVA in dem der jeweiligen Lage angepassten Maße seine Aufgabe wahr, die Bevölkerung über die drohenden Gefahren sowie über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten zu informieren.

6. Kosten

Der Bund trägt die Kosten der Gemeinden für die Ausbildung der Bevölkerung und die Schulung an der AkNZ. Das BVA regelt die Einzelheiten der Kostenerstattung. Es kann Kostenpauschalen festlegen.

Gefahrenbericht der Schutzkommission an die Bundesregierung übergeben

Bundesministerium des Innern

Bundesinnenminister Otto Schily hat am 9. November 2001 den zweiten Gefahrenbericht der Schutzkommission entgegengenommen. Überreicht wurde der Bericht von Prof. Dr. Dr. Artur Scharmann, Vorsitzender der Kommission, und Lars Clausen, Mitglied der Kommission. In der Schutzkommission beraten Fachleute aus den Bereichen Technik, Medizin, Natur- und Sozialwissenschaften die Bundesregierung ehrenamtlich in wissenschaftlichen Fragen zum Bevölkerungsschutz.

Im Zusammenhang mit der Übergabe des Gefahrenberichtes durch die Schutzkommission erklärte Bundesinnenminister Otto Schily durch eine Pressemitteilung Folgendes:

„Deutschland verfügt über ein integriertes und effizientes Gefahrenabwehrsystem, in dem der Bund, die für den Katastrophenschutz zuständigen Länder, die kommunalen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen wirkungsvoll zusammenarbeiten. Die Anschläge in den USA am 11. September 2001 machen eine neue Dimension des Terrorismus erkennbar, die die bisherigen Vorstellungen weit übersteigt. Wir müssen uns auf eine ganz neue Gefahrenlage und auf neue Szenarien einstellen. Konzepte werden auf den

Prüfstand gestellt. Eine vorausschauende, wissenschaftlich begründete Gefahrenabschätzung und die Planung entsprechender Schutzmaßnahmen, wie sie der Bericht der Schutzkommission darstellt, sind dabei unverzichtbar. Ich danke allen Mitgliedern der Schutzkommission, dass sie sich wissenschaftlich mit den möglichen Konsequenzen einer veränderten sicherheitspoliti-



Prof. Dr. Arthur Scharmann, Vorsitzender der Schutzkommission und einer der Verfasser des Gefahrenberichtes. Foto: Roth

schen Lage - die sich bereits nach Beendigung des kalten Krieges ergeben hatte - konstruktiv beschäftigt haben.“

Der Bericht gibt detaillierte Empfehlungen für vertiefende Untersuchungen sowie für konkrete Vorkehrungen und Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und für den Bereich des Zivilschutzes. Er beschäftigt sich vor allem mit

den Risiken durch die Freisetzung von Chemikalien und chemischen Kampfstoffen, den Erregern übertragbarer Krankheiten/biologischen Kampfmitteln, der Freisetzung von Radioaktivität und mit Eingriffen in informationstechnische Strukturen. Vorrangig werden im Bereich „Nachfolgende Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung“ folgende Themen ausgearbeitet: Selbstschutz, Warnung der Bevölkerung, Schutz durch bauliche Maßnahmen, medizinische Versorgung und Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit Arznei- und Sanitätsmitteln.

Die Schutzkommission hatte nach den Ereignissen des 11. September den nahezu fertiggestellten Bericht ad hoc noch einmal auf den Prüfstand gestellt und dort, wo es erforderlich war, entsprechende Hinweise aufgenommen.

Bundesinnenminister Otto Schily kündigte eine rasche und umsetzungsorientierte Prüfung des Berichts durch Bund und Länder an. Er bekräftigte, dass die Bundesregierung im Lichte der neuen Gefahrenlage an zeitgemäßen Instrumentarien zum Schutz der Bevölkerung arbeite. Die Koordinierungsanstrengungen durch den Bund würden verstärkt. Um das Gefahrenabwehrsystem zu stärken, müssten tradierte Bund-Länder-Grenzen der Zuständigkeit überbrückt werden. Vorhan-

dene Bund-Länder-Potenziale müssten verstärkt koordiniert sowie Kommunikationsstrukturen, die Bereiche Selbstschutz/Selbsthilfe und das internationale Krisenmanagement verbessert werden.

„Die Bundesregierung wird sich bei der Erarbeitung eines entsprechenden Forschungskonzepts und bei der Neuordnung des Katastrophenschutz und Zivilschutzes auf die Beratung der Wissenschaftler stützen,“ so Schily. „Wir werden den Bericht nach 1996 und 2001 auch in Zukunft fortschreiben und die Forschungsarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz intensivieren. Dafür werden wir die Forschungsmittel um eine Million DM auf drei Millionen erhöhen. Die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Verwaltung wird noch enger verzahnt.“

Neben den erhöhten Forschungsmitteln kündigte Schily außerdem an, je 25 Millionen DM aus dem „Anti-Terror-Paket“ für die Ausstattung des Technischen Hilfswerks (THW) und für Maßnahmen im Zivilschutz bereit zu stellen.

Empfehlungen der Schutzkommission für Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung

Viele Maßnahmen, die die Bundesregierung vor und nach dem 11. September veranlasst und realisiert hat, erfüllen bereits die Empfehlungen der Schutzkommission.

1.) Verstärkte Koordinationsaufgaben bei Großschadenslagen

1998 hat das Bundesinnenministerium eine Koordinierungsstelle für großflächige Gefahrenlagen eingerichtet. Sie wurde bereits bei den Vorbereitungen für einen möglichen Ausfall von IT-Strukturen zum Jahrtausendwechsel und zuletzt beim

MIR-Deorbiting im Februar 2001 erfolgreich eingesetzt. Die Koordinierungsstelle wird an aktuelle Entwicklungen angepasst. Handlungsempfehlungen für die unterschiedlichen Einsatzszenarien werden erstellt, entsprechende Übungen vorbereitet. Außerdem wird der Aufbau der Informationszentrale für Krisenfälle mit dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) intensiv vorangetrieben. Damit werden relevante Fachinformationen (z.B. auch Geoinformationen und Wetterdaten) des Bundes, der Länder und Dritter für ein effizientes Krisenmanagement zusammengeführt. deNIS wird Anlaufstelle bei Anforderungen von internationalen Institutionen der humanitären Hilfe und Geschäftsstelle für das interministerielle Krisenmanagement mit den Kapazitäten zur Erstellung komplexer Lagebilder. Die Informationszentrale befindet sich seit einigen Monaten im Aufbau bei der Zentralstelle für Zivilschutz des Bundesverwaltungsamtes. Durch personelle Aufstockung sowie das Vorziehen der IT-Konzeptionierung wird der Aufbau beschleunigt. Überregionale Aufklärungs-, Koordinierungs- und Einsatzteams (Task Forces) sollen je nach Schadensfall speziell zusammengestellt und angefordert werden. deNIS soll dabei als Steuerungszentrale eingesetzt werden.

2.) Warnung der Bevölkerung

Bei der Neuorganisation des Zivilschutzes hatte die Einführung eines modernen bundesweiten Warnsystems schon vor dem 11. September höchste Priorität. Die Bevölkerung muss schnell und flächendeckend über Schadensfälle und Katastrophenschutzmaßnahmen informiert werden. Der Bund hat

eine satellitengestützte Kommunikationsverbindung von den Zivilschutzverbindungsstellen zu den Rundfunkanstalten und zu den Lagezentren des Bundes und der Länder geschaffen. Die Warnung ist gekennzeichnet als Meldung mit höchster Priorität. Die Übertragungszeit für die Meldung beträgt rund 20 Sekunden. Damit werden Warnungen via Satellit an alle Lagezentren und zeitgleich an die Rundfunkanstalten abgesetzt. Außerdem sollen die Lagezentren der Länder mit Empfangs- und Sendestationen ausgestattet werden, damit bei begrenzten Katastrophenfällen auch regional schnell informiert werden kann. Das neue Kommunikationssystem wird durch ein Nachrichtenverteilsystem abgestützt. Die Zivilschutzverbindungsstellen und die Warnstelle der Zentralstelle für Zivilschutz erfassen Gefahrensituationen, die aus der Luft und am Boden entstehen können. Geplant ist, zügig auch die privaten Rundfunkanbieter in das System einzubeziehen. Außerdem wird in einem Feldversuch mit der Industrie ein System des Warnrufs über Funkuhren und Mobiltelefone geprüft.

3.) Selbstschutz und Selbsthilfe

Bund und Länder sehen eine flächendeckende Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung mit Selbsthilfeeinheiten, wie zum Beispiel ABC-Schutz, Brandschutz, Rettung; Bergung und Verhalten in Gefahrensituationen, sowie die Wiederaufnahme des Behörden- und Betriebsselbstschutzes vor. Außerdem werden die Ausbildungsschwerpunkte im Katastrophenschutz, beispielsweise um die Komponente des ABC-Schutzes, angepasst und die Ausbildungskapazitäten bei der Helferausbildung erweitert.



4.) Ausstattung und Ausbildung

Der Bund stellt den Ländern die ABC-Erkundungsfahrzeuge im Rahmen seiner Verantwortung für den Zivilschutz zur Verfügung. Sie sind spezifisch zur Erkundung, Messung, Erfassung und Meldung radiologischer, chemischer und biologischer Stoffe ausgestattet. Mit der Auslieferung der Fahrzeuge an alle Bundesländer steht erstmals in Deutschland ein flächendeckendes System an ABC-Erkundungsfahrzeugen zur Verfügung. Die Bundesregierung stellt den Ländern bis zum Frühjahr 2002 rund 650 Zivilschutzfahrzeuge zur Verfügung. Dazu gehören ABC-Erkundungsfahrzeuge, Dekontaminationslastkraftwagen und Krankentransporter für den Zivil- und Katastrophenschutz. Für die Beschaffung und Unterhaltung der Fahrzeuge stehen 83 Millionen DM bereit. Zusätzlich wird das für den Einsatz der Fahrzeuge erforderliche Personal speziell ausgebildet. Die Ausbilder sind Mitarbeiter der Landesfeuerwehrschulen. Sie werden hierzu von der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) des Bundesverwaltungsamtes in Bad Neuenahr-Ahrweiler entsprechend geschult. Die von der Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt gemeinsam mit der Industrie entwickelten Spezialfahrzeuge dienen dem Erfassen chemischer und radioaktiver Kontamination, der Kennzeichnung kontaminierter Gebiete sowie der Entnahme von festen, flüssigen und gasförmigen Proben radioaktiver, chemischer und biologischer Art. Das THW soll sich in Abstimmung mit den Ländern besser als bisher mit den lokalen Feuerwehren koordinieren. Für einen wirksamen Zivil- und Katastrophenschutz ist insbesondere wichtig, dass Ausstattung und Ausbildung nicht von Land zu Land

unterschiedlichen Maßstäben folgen. Das betrifft die spezifischen Ausbildungselemente im Gesundheitswesen wie auch im Katastrophen- und Zivilschutz. Hier ist eine gewisse Harmonisierung erstrebenswert. Diese kann jedoch nicht auf Anordnung des Bundes eingeführt werden. Sie kann nur erreicht werden, wenn sich die Länder untereinander und der Bund mit den Ländern abstimmen.

5.) Schutz durch bauliche Maßnahmen

Die bestehenden öffentlichen Schutzräume (rund 1.900 bundesweit) werden auf ihre Notwendigkeit hin überprüft.

6.) Medizinische Versorgung/Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser

Auf Initiative des Bundesministeriums des Innern ist eine Koordinierungsgruppe „Gesundheit“ eingerichtet worden. Die beteiligten Bundesressorts sowie die Innen- und Gesundheitsverwaltungen überprüfen die notwendigen Planungen und Vorbereitungen; darüber hinaus erstellen sie in Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie eine kurzfristige Bestandsaufnahme der Bund-Länder-Potenziale im Bereich Gesundheits- und ABC-Gefahren. Sie entwickeln Konzepte zur Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit Arznei- und Sanitätsmitteln, die Nutzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten von Krankenhäusern sowie die Ausbildung des öffentlichen Gesundheitswesens zur Bewältigung von Großschadenslagen. Die Schutzkommission des Bundesinnenministeriums hat Mitte diesen Jahres außerdem einen „Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall“ herausgegeben.

7.) Empfehlungen zu vertiefenden Untersuchungen im Katastrophenschutz und Zivilschutz sowie zu Gefahren durch ABC-Waffen

Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) des Bundesverwaltungsamtes wird zu einem Kompetenzzentrum für das Bund-Länder-Krisenmanagement, zu einem Forum für den wissenschaftlichen Austausch und zu einer Begegnungsstätte für Experten aus dem In- und Ausland weiterentwickelt. Die AkNZ überarbeitet in diesem Zusammenhang Aus- und Fortbildungsprogramme in enger Abstimmung mit den Ländern. Die Zivil- und Katastrophenschutzforschung unter Beteiligung der Schutzkommission sieht u.a. folgende Vorhaben vor: Entwicklung von Verfahren zum biologischen Krisenmanagement in Zusammenarbeit mit dem Robert-Koch-Institut; Entwicklung eines bundeseinheitlichen Verfahrens zur Erstellung von „Schutzdatenatlanten“; Untersuchung über die verstärkte Einbindung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in die medizinische Notfallvorsorge. Die Forschungsarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz wird intensiviert. Dafür wird der Bund die Forschungsmittel um eine Million DM auf drei Millionen erhöhen. Die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Verwaltung wird enger verzahnt. Die Schutzkommission und deren Analysen aus den Gefahrenberichten 1996 und 2001 werden in die Neukonzeption eines nationalen Krisenmanagements verstärkt eingebunden.

Neuerungen im Bereich des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz

„RAEP Gesundheit“ löst den „RAEP Rett/San“ ab

Claus Brucker, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Über 12 Jahre konnte in Rheinland-Pfalz erfolgreich mit dem Rahmen-Alarm- und Einsatzplan „Medizinische Versorgung bei Gefahrenlagen nach LBKG^{1,2} im Rahmen des Rettungs- und Sanitätsdienstes“ (Rahmen-Alarm- und Einsatzplan Rett./San. – RAEP Rett/San³) gearbeitet werden. Dieser ist nunmehr durch einen neuen, auf die speziellen Bedürfnisse der medizinischen Versorgung abgestellten Rahmen-, Alarm- und Einsatzplan „Gesundheitliche Versorgung und Betreuung bei Schadenslagen nach RettDG⁴ und LBKG im Rahmen des Rettungs-, Sanitäts- und Betreuungsdienstes (RAEP Gesundheit)“ abgelöst worden.

Bereits vor dem Großbrand des Chirurgie-Gebäudes im Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz am 31. März 1988 und vor dem Flugtagunfall am 28. August 1988 auf dem US-Flughafen in Ramstein^{5,6} wurde vom rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern und für Sport (ISM⁷) die Notwendigkeit erkannt, das medizinisch-organisatorische Management bei derartigen Schadenslagen zu verbessern. Das ISM hatte hierzu einen Vorläufer-Plan des RAEP Rett./San., der sich nur unwesentlich von dem Nachfolgeplan unterschied, zur Erprobung herausgegeben. Die Erfahrungen aus den beiden Großschadensereignissen, aber auch andere Ereignisse mit einer Vielzahl von Verletzten in Deutschland, haben klar

gezeigt, dass bei derartigen Großeinsätzen des Rettungsdienstes sowie des Sanitäts- und Betreuungsdienstes des Katastrophenschutzes eine Leitungsebene – bestehend aus Leitendem Notarzt⁸ (LNA) und Organisatorischem Leiter⁹ (OL) sowie Führungsgehilfen – zwingend geboten ist. Nur dadurch kann neben der technischen Bewältigung durch Feuerwehren bzw. THW das medizinisch-organisatorische Management derartiger Großschadenslagen verbessert werden.

Rheinland-Pfalz geht eigene Wege

In Rheinland-Pfalz kommt, im Gegensatz zu den anderen Bundesländern, der LNA auf der Grundlage des § 26 Abs. 1 Satz 3 LBKG zum Einsatz. Folgendes ist in dieser Vorschrift geregelt: „Ist eine größere Anzahl Verletzter oder Erkrankter zu versorgen, soll der Einsatzleiter einen Leitenden Notarzt damit beauftragen, schnellstmöglich eine den notfallmedizinischen Grundsätzen entsprechende Versorgung herzustellen“. Daher wird in Rheinland-Pfalz der LNA im Rahmen katastrophenschutzrechtlicher – und nicht innerhalb rettungsdienstrechtlicher Landesvorschriften – in der Regel gemeinsam mit dem OL tätig. Ein „normaler“ Notfall, der im Rahmen des RettDG abgearbeitet wird, entwickelt sich mit der Alarmierung von LNA und OL (ab

der Alarmstufe 3) zu einem Einsatz nach dem LBKG. Dies zieht u. a. auch eine neue Kostenfolge insoweit nach sich, als derartige Einsätze jetzt nicht mehr über die Benutzungsentgelte des Rettungsdienstes mit den Kostenträgern (Krankenkassen) abgerechnet werden. Die Kosten des LNA-Einsatzes trägt viel-

¹ Rheinland-pfälzisches Landesgesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Brand- und Katastrophenschutzgesetz - LBKG -) vom 2. November 1981 (GVBl. S. 247), zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 6. Februar 2001 (GVBl. S. 29), BS 213-50

² Eisinger A, Gräff G, Imo H (1995) Brand- und Katastrophenschutzrecht mit Unfallverhütung in Rheinland-Pfalz, herausgegeben im Necker-Verlag, Villingen-Schwenningen, ISBN: 3-7883-0975-X

³ erschienen in Brandhilfe 4/1989, Seite 109

⁴ rheinland-pfälzisches Landesgesetz über den Rettungsdienst sowie den Notfall- und Krankentransport (Rettungsdienstgesetz - RettDG -) in der Fassung vom 22. April 1991 (GVBl. S. 217), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 6. Februar 2001 (GVBl. S. 29), BS 2128-1

⁵ Biele A (1989) 6/89, Zur Sache, Themen parlamentarischer Beratung, Das Flugunglück von Ramstein am 28. August 1988, herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1989, ISBN 3-924521-38-7

⁶ Jatzko H, Jatzko S, Seidlitz H (1995) Das durchstoßene Herz – Ramstein 1988 – Beispiel einer Katastrophennachsorge, herausgegeben von der Verlagsgesellschaft Stumpf & Kossendey mbH, Edewecht 1995, ISBN 3-923124-65-1

⁷ rheinland-pfälzisches Ministerium des Innern und für Sport

⁸ Die Empfehlungen der Bundesärztekammer zur Fortbildung zum „Leitenden Notarzt“, erschienen in Dt. Arztebl. 85, Heft 8, 25. Februar 1988 (35) C-307

⁹ Crespín UB, Peter H (1996) Handbuch für Organisatorische Leiter, herausgegeben von der Verlagsgesellschaft Stumpf & Kossendey mbH, Edewecht 1996, ISBN 3-923124-82-1

mehr der jeweilige Aufgabenträger des Brand- und Katastrophenschutzes.

Übergänge zwischen Schadensereignissen können fließend sein, sich also von einem kleineren Schaden zu einer größeren oder durchaus auch zur Großschadenslage entwickeln. Daher wurde in Rheinland-Pfalz bewusst auf die in anderen Ländern übliche und gesetzlich normierte „Feststellung des Katastrophenfalles“ (durch den Oberkreisdirektor / Landrat) verzichtet. Ferner hat der rheinland-pfälzische Gesetzgeber die Funktion des LNA bewusst in die entsprechenden katastrophenschutzrechtlichen Landesvorschriften aufgenommen. Diese Vorgehensweise hat sich in den vergangenen knapp zwei Jahrzehnten bewährt, weil mit ihr u. a. eine wesentlich größere Flexibilität der zu einem Einsatz alarmierten Helferinnen und Helfer einhergeht.

Die 36 Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz (24 Landkreise und 12 kreisfreie Städte) sind Aufgabenträger für den Katastrophenschutz und erfüllen diese Aufgaben als Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung (§ 2 LBKG). Ihnen obliegt u. a. somit auch die Verpflichtung, Leitende Notärzte und Organisatorische Leiter ggf. gemeinsam mit anderen benachbarten Gebietskörperschaften zu bestellen. Die durch das Land Rheinland-Pfalz vorgegebenen Rahmen-, Alarm- und Einsatzpläne sind als Vorlagen und Empfehlungen an die Landkreise und kreisfreien Städte zur Erarbeitung eigener Alarm- und Einsatzpläne (AEP) unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten zu verstehen. So haben beispielsweise die Stadt Mainz¹⁰ im Jahr 1994 und der Landkreis Daun¹¹ im Jahr 1996 Alarm- und Einsatzpläne auf der Grundlage des RAEP Rett/San erstellt.

Eine im Jahr 1998 durchgeführte Studie¹² stellte u. a. fest, dass regional unterschiedlich effektive LNA-Systeme

aufgebaut seien. Im Untersuchungszeitraum waren in 24 von 35 Gebietskörperschaften (68,6 %) reguläre LNA-Systeme installiert, davon sieben in einer kreisfreien Stadt und 17 in einem Landkreis. Bei Auswertung der einzelnen Fragebögen zeigte sich, dass bei einem Zusammenwirken von engagierten Verwaltungs- und Einsatzbeamten, motivierten politischen Entscheidungsträgern und qualifizierten Ärzten nahezu ideale Systeme verwirklicht werden konnten. Soweit vorhanden, seien diese Einrichtungen als stabil und einsatzfähig zu bezeichnen. Andererseits wurde deutlich, dass noch sehr viel Handlungsbedarf bezüglich der organisatorischen Leitung besteht.

Unterschiedliche Auffassungen zum LNA-System

Außerdem wurde die vorgenannte Studie durch zwei parlamentarische Anfragen im rheinland-pfälzischen Landtag¹³ aus den Jahren 1998 und 2000 bestätigt. In der erstgenannten Kleinen Anfrage wurde nach den 24 Landkreisen in Rheinland-Pfalz gefragt, wobei in 20 Landkreisen das LNA-System installiert war und lediglich in vier Landkreisen (16,67 %) noch keine entsprechende Etablierung stattgefunden hatte. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass die vier betroffenen Landkreise alle im südlichen Teil des Landes Rheinland-Pfalz beheimatet sind. Aufgrund der Kleinen Anfrage aus dem Jahr 2000 wurden alle 36 Gebietskörperschaften befragt. Die Anfrage kam zu dem Ergebnis, dass in sieben Gebietskörperschaften (19,44 %), die ebenfalls ausnahmslos im Südteil des Landes Rheinland-Pfalz gelegen sind, nach wie vor kein LNA-System etabliert ist. Gegenüber der aus dem Jahr 1998/1999 stammenden Studie ist durchaus erkennbar, dass in der Mehrzahl der Gebietskörperschaften bei der

wichtigen Frage der Einrichtung eines LNA-Systems eine Sensibilisierung erfolgt ist und ein Umdenkungsprozess mit der Einführung derartiger Systeme stattgefunden hat.

Ende des Jahres 1999 ist im ISM die Entscheidung getroffen worden, eine Arbeitsgruppe einzuberufen, deren Aufgabe und Ziel es sein sollte, über die künftige Struktur des Rahmen-, Alarm- und Einsatzplanes zu beraten und Vorschläge für eine Neufassung zu unterbreiten.

Sie setzte sich aus Vertretern der verschiedensten Bereiche zusammen.

Der Arbeitsgruppe gehörten insgesamt 24 Personen aus folgenden Bereichen an:

- drei Mitarbeiter des zuständigen Referates Rettungsdienst, Sanitäts- und Betreuungsdienst des ISM,
- jeweils ein Mitarbeiter des Referates Brandschutz, Allgemeine Hilfe und Katastrophenschutz - Grundsatz- und Einsatzfragen, Technische Angelegenheiten, Vorbeugender Gefahrenschutz- sowie des Referates Brandschutz, Allgemeine Hilfe und Katastrophenschutz - Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten - des ISM,
- ein Mitarbeiter der Gesundheitsabteilung des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums,
- jeweils ein Mitarbeiter der Referate 12 (Katastrophenschutz und zivile Verteidigung) sowie 16 (Gesundheit und

¹⁰ Alarm- und Einsatzplan zur medizinischen und sanitätsdienstlichen Versorgung bei Schadens-/ Gefahrenlagen im Sinne des Landesgesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz der Stadt Mainz vom Juni 1994

¹¹ Alarmplan Medizinische Versorgung bei Gefahrenlagen nach LBKG im Rahmen des Rettungs- und Sanitätsdienstes für den Landkreis Daun vom Dezember 1996

¹² Lipp M, Haas T, Jähnichen G, Golecki N, Thierbach A (1999) Untersuchung zur Situation der Leitenden Notarztsysteme in Rheinland-Pfalz, erschienen in *Notfall & Rettungsmedizin* Nr. 6/99, Seite 367

¹³ Drucksache-Nrn.: 13/3916 und 13/6536

Pharmazie) der ehemaligen Bezirksregierungen Koblenz und Neustadt an der Weinstraße,

- drei Vertreter verschiedener Kreisverwaltungen, denen neben Aufgaben im Rahmen des Katastrophenschutzes zusätzlich auch Aufgaben als „zuständige Behörde für die Durchführung des Rettungsdienstes“ übertragen sind,

- zwei Vertreter verschiedener Stadtverwaltung (davon eine, deren Berufsfeuerwehr mit der Durchführung des Rettungsdienstes beauftragt ist),

- je ein Vertreter von ASB, DLRG und JUH,

- drei Vertreter des DRK, darunter zwei langjährige ehrenamtlich tätige OL,

- zwei Vertreter des MHD, davon ein Arzt mit LNA-Ausbildung, dem verbandsintern Aufgaben der psychosozialen Betreuung übertragen wurden (dieser Arzt war in dieser Funktion auch beim ICE-Unfall im Juni 1998 in Eschede eingesetzt),

- eine langjährig tätige Fachärztin für Anästhesiologie einer Universitätsklinik, die ehrenamtlich als LNA tätig ist,

- ein Vertreter der LFKS¹⁴, der landesweit für die Ausbildung der künftigen OL verantwortlich ist und der darüber hinaus jahrelang als ehrenamtlicher OL tätig war sowie

- ein Vertreter des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz e. V., der hauptberuflich als Leiter einer größeren rheinland-pfälzischen Berufsfeuerwehr und somit als Stadtfeuerwehrinspekteur tätig ist.

Schon bei der ersten Sitzung dieses Fachgremiums wurde deutlich, dass an der Grundstruktur des RAEP Rett/San, der sich in den vergangenen 12 Jahren bewährt hatte, nichts geändert werden muss. Man war vielmehr übereinstimmend der Auffassung, den Plan lediglich zu überarbeiten und neuen Erkenntnissen anzupassen.

Was ist neu?

- Einteilung in künftig fünf (anstatt früher drei) Alarmstufen, in Anlehnung an die übrigen im Land Rheinland-Pfalz existierenden Rahmen-, Alarm- und Einsatzpläne der Feuerwehren, wobei die neue Alarmstufe 1 den Einsatz des „täglichen“ Rettungsdienstes umfasst.

- Die Gebietskörperschaften verpflichten sich im Voraus – ohne Bezug auf ein

tungsaufgaben im medizinischen Bereich und weiterhin für alle medizinischen Maßnahmen am Schadensort. Er leitet, koordiniert und überwacht diese Maßnahmen. Der OL ist zuständig und verantwortlich für die gesamte organisatorische Abwicklung der Bewältigung von Schadensereignissen mit einer größeren Anzahl Verletzter, Erkrankter oder sonstiger Betroffener.

- Eine enge und unmittelbare Zusammenarbeit – unter



Die Leitenden Notärzte und Organisatorischen Leiter werden von den Landkreisen und den kreisfreien Städten bestellt. (Foto: Verlag Stumpf und Kossendey, Edewecht)

konkretes Schadensereignis – die notwendige Anzahl (in der Regel mindestens jeweils drei) von LNA und OL zu bestellen.

- Künftige LNA müssen eine Eingangsqualifikation vorweisen, die zwingend über die Zusatzbezeichnung „Notfallmedizin“¹⁵ (anstatt des früher obligaten „Fachkundenachweises Rettungsdienst“) verfügen muß. Zusätzlich muß eine LNA- und OL-Ausbildung erfolgreich absolviert werden.

- In einem „Zuständigkeiten-Katalog“ müssen die Aufgaben von LNA und OL zusammengefaßt werden. Demnach ist der LNA zuständig und verantwortlich für alle Lei-

Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen – mit dem Kreisauskunftsbüro, der Polizei und anderen Behörden oder betroffenen Stellen (z. B. Verkehrsunternehmen und dgl.) muss gewährleistet sein.

- Die Möglichkeit der Bildung einer gemeinsamen Auskunftsstelle der freiwilligen Hilfsorganisationen, der Poli-

¹⁴ Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz

¹⁵ Änderung der Weiterbildungsordnung Bereiche (Zusatzbezeichnungen) 12. Notfallmedizin, Beschluss anlässlich der 8. Sitzung der 10. Vertreterversammlung der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz vom 28. November 1999, veröffentlicht im Ärzteblatt Rheinland-Pfalz, Ausg. März 2000, Seite 88

zei sowie der Verkehrsunternehmen muss vorbereitet werden.

- Regelungen über die örtlichen Maßnahmen im Rahmen der Notfallseelsorge, Krisenintervention und Einsatznachbereitung – auch für Einsatzkräfte – sind zu treffen.

In den zum RAEP Gesundheit gehörenden Checklisten wurde u. a. eine umfangreiche Adresstabelle (unter Angabe von Anschriften, Telefon- und Faxnummern sowie Internet-Adressen) aufgenommen.

Folgende Adressen wurden unter anderen, in den Checklisten aufgenommen:

- die Beratungsstellen für Vergiftungen im gesamten Bundesgebiet,
- die zentrale Anlaufstelle für die Vermittlung von Betten für Schwerverletzte (ZA Schwerverletzte),
- in Rheinland-Pfalz ansässige Blutspendedienste,
- pharmazeutische Hersteller von Arzneimitteln und Medizinprodukten (Verbandsstoffe),
- pharmazeutische Großhändler,
- sowie als rheinland-pfälzische Besonderheit, die seit Ende 1997 disloziert im Land eingerichteten landeseigenen Regionaldepots für Arzneimittel und Medizinprodukte^{16, 17, 18, 19, 20, 21, 22} in

- Idar-Oberstein,
 - Kaiserslautern,
 - Landau in der Pfalz,
 - Ludwigshafen am Rhein,
 - Mainz,
 - Mayen,
 - Trier,
 - Wirges
- und das landeseigene Zentraldepot für Antidota in
- Mainz.

Große Zustimmung zum RAEP Gesundheit

Nachdem sowohl die Arbeitsgruppe Katastrophenschutz des Landes Rheinland-Pfalz am 17. Mai 2001 als auch

der Landesbeirat für das Rettungswesen (§ 6 RettDG) am 27. Juni 2001 den neuen RAEP Gesundheit einstimmig beschlossen haben, wurde dieser durch Staatsminister Walter Zuber am 27. August 2001 in Kraft und die bisherigen Regelungen des RAEP Rett/San aus dem Jahr 1989 außer Kraft gesetzt.

Durch eine qualitativ hochwertig besetzte Arbeitsgruppe von Fachleuten aus den verschiedensten Bereichen konnte in einem überschaubaren Zeitraum der RAEP Rett/San überarbeitet werden, ein Plan, der im Übrigen einer der ersten in Deutschland war und als Vorlage für gleichartige Regelungen anderer Bundesländer diente. Positiv fiel auf, dass diese Fachleute den – immerhin über 12 Jahren alten – RAEP Rett/San auch heute noch für gelungen und praxisnah bezeichneten. Eine der Hauptforderungen, nämlich die Angleichung der ehemals drei Alarmstufen auf nunmehr fünf Alarmstufen (analog zu den anderen in diesem Bundesland existierenden RAEP) wurde dadurch gelöst, dass eine Zusammenfassung mit dem (alltäglichen) Rettungsdienst erfolgte und nunmehr die neue Alarmstufe 1 den regulären Rettungsdienst beinhaltet.

Fazit und Ausblick

Mit dieser Neufassung wird auch der Philosophie des Gesetzgebers des Landes Rheinland-Pfalz Rechnung getragen, dass sich ein kleinerer Schaden zu einem größeren Schadensereignis oder zur Großschadenslage entwickeln kann und deshalb die gesamte Gefahrenabwehr einheitlich geregelt sein muss. In dem nun vorliegenden RAEP Gesundheit ist diese Grundrichtung erneut aufgenommen worden. Weiterhin konnte die Vorstellung verwirklicht werden, zu einer Umbenennung des für Außenstehende schwer verständlichen Begriffs „RAEP Rett/San“ in nunmehr „RAEP

Gesundheit“ zu gelangen. Mit dieser neuen Begriffswahl ist auch für Nicht-Fachleute sofort klar, dass es sich eigentlich nur um gesundheitliche Belange handeln kann.

Als weitere hervorzuhebende Neuerung ist an dieser Stelle zu nennen, dass der gesundheitliche Bereich wesentlich gestärkt und hervorgehoben wurde. Bei rein medizinischen Lagen, wie beispielsweise Massenintoxikationen (z. B. Salmonellen- oder Fischvergiftung in einer Großkantine) und dgl. oder bei überwiegend sanitätsdienstlichem Einsatzgeschehen, soll der Leitende Notarzt – bis zu dessen Eintreffen der Organisatorische Leiter – nämlich die Gesamteinsatzleitung wahrnehmen. Ganz bewusst wurde in diesem Zusammenhang der Organisatorische Leiter als – kurzfristiger – Abwesenheitsvertreter des LNA benannt, weil nur dieser eine entsprechende Ausbildung im medizinisch-organisatorischen Management durchlaufen hat und in der Regel als „altgedienter“ Rettungsdienstler über langjährige

¹⁶ Schreiben des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz vom 18. März 1998 - 353/822-40/13-

¹⁷ Wagner W (1998) Krankenhausapotheker und Notfallvorsorge. Bevorratung mit Arzneimitteln, Antidoten und Medizinprodukten in Rheinland-Pfalz, erschienen in Krankenhauspharmazie Nr. 9/1998, Seite 415

¹⁸ Wagner W (1998) KatS in Rheinland-Pfalz, Sanitätsmaterialvorräte, erschienen in SEG, Zeitschrift für Schnell-Einsatzgruppen und erweiterten Rettungsdienst Nr. 3/1998, Seite 32

¹⁹ Weihe-v.d. Groeben G (1998) Überregionale Medikamentendepots sichern Notfallversorgung, erschienen in brandschutz / Deutsche Feuerwehr-Zeitung 2/1998, Seite 181

²⁰ Rheinland-Pfalz: Überregionale Medikamentendepots sichern Notfallversorgung, erschienen in SEG (1998) – Jahrgang 5 – Nr. 1, Seite 29

²¹ Wagner W (1998) KatS in Rheinland-Pfalz: Sanitätsmaterialvorräte, erschienen in SEG (1998) – Jahrgang 5 – Nr. 1, Seite 32

²² Schäfer MK, Hennes HJ (2000) Landesweite Arzneimitteldepots, Einrichtung landeseigener regionaler Depots für Arzneimittel und Medizinprodukte und eines Spezialdepots für Antidota in Rheinland-Pfalz, erschienen in Notfall & Rettungsmedizin Nr. 1/2000, Seite 41

und weitreichende praktische Erfahrungen in der Präklinik verfügt; ein Notarzt, also ein Facharzt eines Gebietes mit intensivmedizinischen Versorgungsaufgaben oder gar „nur“ ein Arzt, der bislang über eine entsprechende Ausbildung als Leitender Notarzt nicht verfügt, wäre bei einer wirklichen Großschadenslage mit einer Vielzahl Verletzter, Erkrankter und Betroffener überfordert.

Zentrale Registrierung

Großschadensereignisse der vergangenen Jahre haben immer wieder gezeigt, dass hiervon u. a. auch Verkehrsunternehmen der verschiedensten Art betroffen sein können (Birgen-Air Absturz vor der dominikanischen Küste, ICE-Unfall in Eschede oder der Gletscherbahn-Unfall in Kaprun). Um dem berechtigten Wunsch von Anfragenden zur zeitnahen Auskunft über den Verbleib ihrer Angehörigen Rechnung tragen zu können, wurde die Möglichkeit geschaffen, dass LNA und OL eng und unmittelbar – unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften – mit dem Kreisauskunftsbüro, der Polizei und anderen Behörden oder betroffenen Stellen zusammenarbeiten. Die Registrierungen der verschiedensten Stellen müssen kanalisiert an einer Stelle zusammenlaufen, nur dort kann eine zeitnahe und adäquate Auskunft an Berechtigte erfolgen.

Aber auch bei der vorübergehende Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Kosovo in der Bundesrepublik Deutschland im April 1999 und deren unumgängliche und sehr wichtige Registrierung, um im Rahmen der späteren Familienzusammenführung Auskünfte erteilen zu können, zeigte sich, dass auf die Institution der „Gemeinsamen Auskunftsstelle der freiwilligen Hilfsorganisationen“, die mit dem Suchdienst des Internationalen

Roten Kreuzes zusammenarbeitet, auch zukünftig nicht verzichtet werden kann.

Der Bereich „Registrierung“ nahm bei den Beratungen einen breiten Raum ein. Es wurde letztlich darauf verzichtet, spezielle Registrierungssysteme durch das Land Rheinland-Pfalz zu favorisieren, also quasi vorzugeben. Es sollte den jeweiligen (kommunalen) Aufgabenträgern des Katastrophenschutzes vorbehalten bleiben, für ihre jeweiligen speziellen Bedürfnisse individuelle Lösungen, mit teils nicht ganz billigen Registrierungssystemen, anzubieten. Unabhängig hiervon bleibt jedoch festzustellen, dass bei Schadenslagen ab etwa 50 Verletzten/Betroffenen, nur ein System, nämlich die durch das Deutsche Rote Kreuz im letzten Jahr weiterentwickelte „Verletztenanhängerkarte zum Einsatz bei einem Massenansturm von Verletzten/Kranken in Fällen von Großschadensereignissen und Katastrophen“²³, Verwendung finden sollte.

Es bleibt abzuwarten, wie der neue RAEP Gesundheit durch die Fachleute auf der örtlichen Ebene aufgenommen und auch letztlich angenommen wird und wie weiterhin die Ortsebene des Flächenlandes Rheinland-Pfalz den RAEP Gesundheit durch Auffüllung mit den jeweiligen Gegebenheiten mit „Leben“ erfüllt und ihn damit letztlich zum jeweiligen AEP Gesundheit macht.

Der RAEP Gesundheit kann unter der Internet-Adresse: <http://lfks-rlp.de> aufgerufen werden.

²³ Verletztenanhängerkarte durch Schreiben des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28. Februar 2000 - III C - 0713.2.6.5- aus fachlicher Sicht sowohl zur Vereinfachung als auch aus wirtschaftlichen Überlegungen, zur Einführung eines einheitlichen Musters in einem Rettungsdienstbereich empfohlen



Lieber zu früh als zu spät

Bei schlechter Sicht, bei Regen oder in der Dämmerung schalte ich mein Abblendlicht ein. Lieber zu früh als zu spät. Schließlich können andere nur auf mich Rücksicht nehmen, wenn sie mich rechtzeitig sehen.

DVR
Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V.

BG
Die gesetzlichen Unfallversicherer

Staatssekretär Körper besucht die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz

Bund verstärkt Koordinierungsbemühungen

Am 22. November 2001 besuchte der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministers des Innern, Fritz Rudolf Körper, die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

In seinem Eingangsstatement wies Körper darauf hin, dass Deutschland bereits über ein integriertes und effizientes Gefahrenabwehrsystem, in dem der Bund, die für den Katastrophenschutz zuständigen Länder, die kommunalen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen wirksam zusammenarbeiten, verfügt. Dennoch sei die ständige Überprüfung bestehender Strukturen und Konzepte geboten und eine vorausschauende, wissenschaftlich begründete Gefahrenabschätzung und die Planung entsprechender Schutzmaßnahmen unverzichtbar.

Der AkNZ als der zentralen Bildungseinrichtung und Begegnungsstätte für Führungskräfte aus allen Bereichen des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Notfallvorsorge komme in diesem integrierten Hilfeleistungskonzept eine ganz entscheidende Rolle zu.

Noch bestehende Defizite, insbesondere hinsichtlich der Abschöpfung der ja bereits gegebenen Hilfeleistungspotentiale - vor allem in nicht alltäglichen Situationen - könnten nur durch vertiefte Aus- und Fortbildung abgebaut werden; eine entsprechende Erweiterung der Seminarziele und -inhalte sowie eine deutliche Erhöhung des Angebotes an Se-

minaren seien daher geboten und die Weiterentwicklung der Akademie zu einem Kompetenzzentrum für das Bundesländer-Krisenmanagement, zu einem Forum für wissenschaftlichen Austausch, zu einer Begegnungsstätte für Experten

zur Errichtung eines Systems der unmittelbaren Warnung der Bevölkerung über Funkuhren und Mobiltelefone, die geplante Beschaffung von Zivilschutzfahrzeugen für die Länder im Wert von 83 Millionen DM im laufenden Jahr, wobei



Stellten sich den Fragen der anwesenden Pressevertreter (v.r.n.l.): Präsident Dr. Jürgen Hensen, Bundesverwaltungsamt; Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministers des Innern, Fritz Rudolf Körper; Ministerialdirektor Klaus-Henning Rosen, BMI; Dietrich Löpke, Leiter der AkNZ.

aus dem In- und Ausland, beabsichtigt. Darüber hinaus sollten ABC-Gefahren, Gesundheitsvorsorge sowie Selbsthilfe der Bevölkerung Schwerpunktfelder der künftigen Akademietätigkeit sein.

Staatssekretär Körper führte weitere Maßnahmen der Bundesregierung an, wie zum Beispiel die Inbetriebnahme des satellitengestützten Warnsystems am 15. Oktober 2001 und die Bemühungen um die Einbeziehung nicht nur der öffentlich-rechtlichen, sondern auch der privaten Rundfunkanbieter in dieses System, die Feldversuche mit der Industrie

besonders die 340 ABC-Erkundungskraftwagen zu erwähnen seien (siehe auch den Bericht auf S. 3 dieses Magazins), den Ausbau der Koordinationszentrale für großflächige Gefahrenlagen, den beschleunigten Aufbau des Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems sowie schließlich die Intensivierung der Zivil- und Katastrophenschutzforschung mit Bundesmitteln vor allem im B- und C-Bereich.

Dr. Jürgen Hensen, der Präsident des Bundesverwaltungsamtes, zu dem die AkNZ seit dem 1. Januar 2001 gehört, hatte bereits zuvor in seiner

Aus- und Weiterbildung

Einführung betont, dass die Akademie mit ihren aktuellen und zukünftigen Schlüsselaufgaben eine zentrale Verbindungsfunktion innehat zwischen:

- Vorsorge, Planung, Hilfeleistung und Nachsorge,
- Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen,
- nationalem und internationalem Krisenmanagement,
- sowie Wissenschaft/Forschung, Verwaltung, Einsatzpraxis und Ausbildung.

Der Leiter der AKNZ, Dietrich Löpke, informierte über die Arbeit der Akademie.

Demnach bildet die AKNZ derzeit in über 350 Seminaren, Übungen und Workshops jährlich rund 7000 Führungskräfte aus Verwaltung, Hilfsorganisationen, Polizei und Bundeswehr aus und fort. Daneben werden analytische, planerische und konzeptionelle Aufgaben erfüllt wie:

- Auswertung von Großschadenslagen im In- und Ausland,
- Ausarbeitung von Muster-Schemata für Risikoanalysen auf regionaler Ebene,
- Entwicklung von Krisenmanagementkonzepten zur Sicherstellung der Kommunikation und
- Unterstützung von Bundesländern und Kreisen bei der Anlage und Leitung von - auch grenzüberschreitenden - Übungen.



Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministers des Innern, Fritz Rudolf Körper, ließ sich über Funktions- und Arbeitsweise des ABC-ErkKW und des Schutzanzugs informieren. Fotos: Krapf

Abschließend informierte sich der Parlamentarische Staatssekretär auf einem Rundgang über aktuelle Veranstaltungen der AKNZ.

Dazu zählen Seminare, in denen Führungs- und Leitungskräfte auf ihre Aufgaben im Krisen- und Katastrophenfall vorbereitet werden. Dabei trainieren die Teilnehmer an realistischen Simulationen die Bewältigung unterschiedlichster Schadensereignisse in speziell eingerichteten Übungsbefehlstellen, die dann vielfach als Muster für die tatsächlichen Führungseinrichtungen dienen.

Im Seminar „Berater für ABC-Fragen“ befassen sich die Teilnehmer mit Gefahren durch radioaktive, biologische und chemische Stoffe, mit der Abschätzung der Gefahrenbereiche bei großflächigen Kontaminationen sowie mit deren toxikologischer Beurteilung.

Zum Seminarinhalt gehören auch die Einsatzmöglichkeiten der ABC-Erkundungskraftwagen, über die sich der Parlamentarische Staatssekretär durch die Mitarbeiter der Zentralstelle für Zivilschutz des Bundesverwaltungsamtes, die maßgeblich an der Entwicklung dieser Fahrzeuge mitgewirkt haben, selbst ins Bild setzen ließ.



Seminarteilnehmer brüten unter Anleitung einer Dozentin der AKNZ über einem angenommenen Schadensfall.



Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen

SbE-Bundesvereinigung e.V.

Von Oliver Gengenbach, SbE-Vorstand, Ausbildungsleiter, CISM-Trainer

Anlässlich eines Workshops „Stress im Katastrophenschutz“ an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler verfasste die SbE-Bundesvereinigung e.V. ein Statement.

Das Statement beschreibt die Arbeit der Bundesvereinigung Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen und deren Ausbildungsangebote. Darüber hinaus werden Erwartungen, die an die wissenschaftliche Forschung gerichtet sind, sowie Möglichkeiten und Ressourcen, die die SbE-Bundesvereinigung und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei zukünftigen Forschungsvorhaben anbieten können, vorgestellt.

Die SbE-Bundesvereinigung ist ein Verein, in dem zur Zeit 240 Mitglieder zusammengeschlossen sind.

Vereinsziele sind unter anderem:

Prävention und Einsatznach-sorge nach belastenden Ereignissen

Schulung, Förderung und Vernetzung von Einsatznach-sorge-Teams

Unterstützung und Beratung sowie Begleitung von Organisationen, Behörden und Institutionen bei der Organisation und Durchführung der Nachsorge nach einem belastenden Ereignis

Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen und Begleitung von Forschungsvorhaben

Information der Öffentlichkeit

Verbindung und Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Einrichtungen mit ähnlicher Zielsetzung.

keiten zur Unterstützung ihrer Stressbewältigung wissenschaftlich zu untersuchen. Als Organisation, die sich auf

In der SbE-Bundesvereinigung:

- sind zur Zeit 240 Mitglieder aktiv
- arbeiten
 - Psychologinnen, Psychiater, Therapeutinnen, Notfallseelsorger, Ärztinnen, Pädagogen u.a.
- und Mitarbeiter/innen aus
 - Feuerwehren, DRK, MHD, JUH, ASB, THW, Bergwacht, DLRG, Polizei, BGS, Gesundheitswesen, Militär u.a.
- wurden bisher ca. 1540 Kursteilnehmer ausgebildet

Seit ihrer Gründung im Jahr 1996 hat die SbE-Bundesvereinigung ihre Aktivitäten kontinuierlich ausgeweitet.

Der Verein hat in den vergangenen Jahren reichhaltige Erfahrungen im Bereich der Einsätze gesammelt und ein umfangreiches Fortbildungspaket entwickelt und erprobt. Die Vernetzung mit ambulanten und stationären Anbietern im Bereich der Traumatherapie wurde begonnen und wird ausgebaut. In der wissenschaftlichen Diskussion sind erste Schritte getan, aber genau hier verspricht sich die Bundesvereinigung wichtige Impulse von den ins Auge gefassten Forschungsvorhaben des Bundesministeriums des Innern.

Die SbE-Bundesvereinigung begrüßt nachdrücklich das Vorhaben, die Auswirkungen extrem belastender Ereignisse für Einsatzkräfte und Möglich-

langjährige amerikanische Ergebnisse stützen kann und die aus den USA stammende Methode des Critical Incident Stress Management (Dr. Jeffrey T. Mitchell) in Deutschland verbreitet hat und danach seit Jahren arbeitet, ist sie offen für jede Art wissenschaftlicher Begleitung. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sie im deutschsprachigen Kulturraum Modifikationen der amerikanischen Methoden für erforderlich hält.

Methode der „Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen“

In der SbE-Bundesvereinigung haben sich im Jahre 1996 diejenigen zusammengeschlossen

sen, die im Rahmen ihrer täglichen Arbeit mit einsatzspezifischen Belastungen von Einsatzkräften konfrontiert wurden und nach Möglichkeiten der Unterstützung suchten. Kristallisationspunkt war vor allem der Flughafenbrand in Düsseldorf 1996, wo erstmals eine größere Einsatznachsorge stattfand. Dem waren verschiedene Maßnahmen, vor allem in Bayern und Nordrhein-Westfalen, vorausgegangen. Schnell stellte sich heraus, dass eine methodisch fundierte Vorgehensweise unerlässlich ist. Erste Erfahrungen mit dem in den USA von Jeffrey Mitchell entwickelten Critical Incident Stress Management (CISM) waren so vielversprechend, dass die SbE-Bundesvereinigung beschloss, diese Methode in Deutschland zu verbreiten. Man versteht sich als deutscher Kooperationspartner der International Criti-

sowohl auf wissenschaftlichen Ergebnissen als auch auf langjährigen Erfahrungen beruhen.

Einsatzkräfte verarbeiten ihre Einsatzbelastungen durch den Aufbau von Coping-Strategien in aller Regel eigenständig. Unterstützend wirken in diesem Bereich vor allem eine gute Gesprächskultur der Einsatzkräfte untereinander, Wertschätzung seitens der Organisation und eine kontinuierliche psychosoziale/seelsorgerliche Begleitung. Letztere wird z.B. wahrgenommen durch örtliche OPEN-Teams, Kriseninterventionsteams oder Seelsorge in Feuerwehr und Rettungsdienst/Polizeiseelsorge/Militärseelsorge.

Nach besonders belastenden Ereignissen kann es zur Traumatisierung von Einsatzkräften kommen. Einsatzkräfte sollten hier nicht vorschnell pathologisiert werden (Akute

satzkräfte ereignisbezogen unterstützen. Diese Maßnahmen im Anschluss an ein solches Ereignis müssen aber eingebettet sein in ein örtliches Unterstützungssystem (KIT, Notfallseelsorge u.a.).

SbE arbeitet in Teams von psychosozialen Fachleuten und geschulten Einsatzkräften (Peers).

Für SbE ist der Peer-Gedanke grundlegend: Peers (Einsatzkräfte als Teammitglieder) schaffen Akzeptanz in der Organisation und tragen die Interventionen, weil sie genaue Feldkenntnisse und den gleichen Sprachcode wie die betroffenen Einsatzgruppen besitzen, deren Vertrauen genießen und so eine positive Identifikation ermöglichen.

Die psychosozialen Fachleute verantworten die Qualität der Arbeit, leiten die Gruppengespräche und sind für die Vernetzung, Weitervermittlung in therapeutische Anschlußmaßnahmen und Fortbildung/Supervision der SbE-Teams zuständig.

SbE stellt eine breite Palette möglicher Interventionen dar, vom Einzelgespräch bis hin zu strukturierten SbE-Nachbesprechungen/Debriefings.

Zur SbE-Methode gehören neben der ereignisbezogenen Nachsorge auch präventive Maßnahmen (Ausbildung) und ein Paket an Nachfolgemaßnahmen (Follow-up).

Einsätze

Da die SbE-Interventionen ein ganzes Maßnahmenbündel von Einzelgesprächen bis hin zu strukturierten Nachbesprechungen (CISD) darstellt, ist eine komplette Auflistung aller Aktivitäten nicht möglich. Die meiste Arbeit findet unspektakulär in Einzelgesprächen mit einzelnen Betroffenen statt. Bei folgenden größeren Schadensereignissen wurden durch die SbE-Bundesvereinigung Einsatzkräfte betreut: nach dem Flughafenbrand in Düsseldorf, nach dem Hubschrauberabsturz in Dortmund, nach dem ICE-

Critical Incident Stress Management CISM

Entwicklung durch **Jeffrey T. Mitchell, Ph.D.**

Psychologe, Dozent an der Universität Maryland
Früher Feuerwehrmann und Rettungsassistent
Präsident der
International Critical Stress Foundation (ICISF)

und **George S. Everly, Ph.D.**

Psychologe, Fachgebiet: Psychotraumatologie

Ca. 700 CISM-Teams in aller Welt

Die US-amerikanischen Psychologen J. T. Mitchell und G. S. Everly gelten als Urheber der Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen.

cal Incident Stress Foundation, die CISM ausbildet und weltweit Teams aufbaut. CISM ist inzwischen UNO-Standard, weltweit arbeiten ca. 700 Teams. Arbeit und Ausbildungsinhalte des Vereins gründen auf dieser Methode und modifizieren sie für den deutschsprachigen Raum.

Kernpunkte von SbE/CISM

CISM/SbE geht von mehreren Grundannahmen aus, die

Belastungsreaktion ist zu unterscheiden von der Posttraumatischen Belastungsstörung).

SbE arbeitet im peritraumatischen Bereich, ist Krisenintervention, nicht Therapie.

SbE geht von den Ressourcen der Einsatzgruppe aus.

SbE geht davon aus, dass es nach besonders belastenden Ereignissen sinnvoll ist, der betroffenen Organisation ein Angebot externer Berater zu machen, die die betroffenen Ein-

Die Peers

- kennen das berufliche Umfeld (gut für Vorbereitung der Maßnahmen und Folgeangebote)
- spielen in der Gruppe für Einsatzkräfte eine wichtige Rolle
- ermöglichen den Teilnehmern positive Identifikation
- bringen Sachkenntnis der Einsatzwirklichkeit ein
- kennen eigene Belastungen und Coping-Strategien

schaffen Akzeptanz in den Organisationen und tragen die Gruppengespräche.

Eine der Grundlagen der SbE ist der Einsatz sogenannter Peers.

Unglück in Eschede und auch die Grubenwehrmitarbeiter der Ruhrkohle AG/Deutsche Steinkohle nach ihrem Erdbeneinsatz in der Türkei. Besonders wichtige Erfahrungen hat Eschede gebracht, wo der Verein die organisierte Einsatznachsorge mit aufgebaut hat und mit 37 Team-Mitgliedern gemeinsam mit anderen Organisationen (MHD, BGS) Nachbesprechungen (CIS-Debriefings) durchgeführt hat. Die Bundesvereinigung war an der Arbeitsgruppe zur Auswertung aktiv beteiligt. An dem Grubenwehr-Einsatz ist bemerkenswert, daß dort so gut wie alle (100 von 102) eingesetzten Grubenwehrmitarbeiter methodisch gleiche SbE-Interventionen in Anspruch genommen haben.

offene Kurse für interessierte Einzelpersonen und Inhouse-Seminare für Organisationen angeboten. Berufsfeuerwehren und Freiwillige Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdienste, Polizei und BGS sowie die Militärseelsorge haben in den letzten Jahren teils eigene SbE-Teams ausgebildet, teils ihre Mitarbeiter in regionale SbE-Teams entsandt.

Am Beginn steht die Gewinnung von geeigneten psychosozialen Fachkräften und erfahrenen Einsatzkräften. Diese durchlaufen gemeinsam eine SbE-Ausbildung, die zunächst aus den Bausteinen I und II besteht, wobei der Baustein I als Schwerpunkt das Einzelgespräch mit belasteten Kollegen zum Inhalt hat, der Baustein II

die sogenannte SbE-Kurzbesprechung (Defusing). Zusammen mit einem Teambildungstag und einem späteren Baustein III, der zur SbE-Nachbesprechung (Debriefing) qualifiziert, hält die Bundesvereinigung ein Team dann für arbeitsfähig, wenn es sich regelmäßig fortbildet. Empfohlen und angeboten werden hier Module: Stress und Stressbewältigung, Gesprächsführung, Organisationskunde sowie Psychotraumatologie.

Ein weiteres Angebot sind stärker gruppendynamisch orientierte Module, die die Zusammenarbeit von Teams bei unterschiedlichen Problemlagen fördern sollen und spezielle Angebote für Koordinatoren, Multiplikatoren und Debriefing-Leiter.

In den letzten Jahren hat die SbE-Bundesvereinigung etwa 20 Teams ausgebildet, von denen einige seit Jahren erfolgreich arbeiten (Bayern, NRW, ENT Berlin, DRK Hochtaunus u.a.), andere sich in der Ausbildungs- bzw. Anfangsphase befinden.

Zu den SbE-Mitgliedern und den vom Verein ausgebildeten Kursteilnehmern gehören Psychiater, Psychologen, Therapeuten, Supervisors, Ärzte verschiedener Disziplinen sowie Mitarbeiter und Einsatzkräfte aus allen Einsatzorganisationen, Feuerwehr, Hilfsor-

Ausbildung

Um einerseits positive Schritte in Richtung auf eine Veränderung der Kultur in den Einsatzorganisationen (Beachtung psychotraumatologischer Gegebenheiten und Akzeptanz für psychosoziale Unterstützungsangebote) zu fördern und andererseits psychosoziale Fachkräfte und Einsatzkräfte für strukturierte Nachsorgemaßnahmen zu qualifizieren, liegt ein Schwerpunkt der SbE-Bundesvereinigung im Ausbildungsbereich.

der Verein setzt seit Jahren ein umfassendes Fortbildungspaket um und entwickelt es ständig weiter. Dazu werden

SbE-Teams im deutschsprachigen Raum

- Bayern
 - 5 NRW
 - 2 Schleswig-Holstein
 - ENT Berlin
 - ENT Brandenburg
 - 2 Hessen
 - Baden-Württemberg
 - Niedersachsen
 - Saarland
 - Österr. Rotes Kreuz
 - Ev. Militärseelsorge
- In Vorbereitung:*
- Luxemburg
 - BF München
 - BF Kassel
 - JUH Würzburg

Interesse und Bedarf an SbE-Teams sind offenbar gegeben.

ganisationen, Bundeswehr, Polizei, BGS, Gesundheitswesen.

Insgesamt wurden in den letzten drei Jahren knapp 1600 Kursteilnehmer ausgebildet (wobei hier derselbe Teilnehmer an mehreren Kursen mehrfach gezählt wurde).

Für die SbE-Kurse liegen umfangreiche und standardisierte Ausbildungspakete vor.

Vernetzung

Die SbE-Bundesvereinigung arbeitet mit ambulanten wie stationären Anbietern zusammen, an die traumatisierte Einsatzkräfte weitervermittelt werden können. Dazu wurde mit dem Aufbau einer Datenbank begonnen, die neben Einsatznachsorge-Teams auch – bisher leider nicht sehr zahlreiche – therapeutische Einrichtungen beinhaltet.

Wissenschaftliche Auswertung und Diskussion

Trotz einiger internationaler Studien und einer ausführlichen Meta-Analyse sieht die SbE-Bundesvereinigung weiterhin einen großen Forschungsbedarf. Während internationale Studien teilweise methodisch sehr fragwürdig und wenig aussagekräftig sind, fehlen in Deutschland Studien fast gänzlich.

Die SbE-Bundesvereinigung begrüßt daher das Vorhaben des Bundesministeriums des Innern und des Arbeitskreises V der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder „eine wissenschaftliche Untersuchung zur Stressbearbeitung bei belastenden Einsätzen (primäre und sekundäre Prävention)“ durchführen zu lassen. Als Vereinigung, die ein klar strukturiertes und standardisiertes Konzept vertritt und hiermit die Einsatznachsorge in den letzten Jahren in der Fläche durchgeführt hat, verspricht sich die SbE-Bundesvereinigung e.V. von zukünftigen Forschungsvorhaben auch eine Evaluation der SbE-Einsatznachsorge-Maßnahmen.

Konkrete Erwartungen

Die SbE-Bundesvereinigung begrüßt das Vorhaben, Einsatznachsorge-Maßnahmen in ihrer Wirksamkeit zu überprüfen. Wir halten es für wesentlich, bei den Forschungsvorhaben Fragestellungen aus der Praxis aufzugreifen und sich auf Methoden zu konzentrieren,

Abgrenzung peritraumatische (Krisenintervention)/ posttraumatische Phase (Therapie)

Besonders der Peer-Gedanke sollte in den Blick genommen werden, da eines der Ergebnisse von Eschede die hohe Akzeptanz der Peers seitens der Betroffenen ist.

Die SbE-Bundesvereinigung bietet bei der Erstellung einer

Erwartungen der SbE-Bundesvereinigung an die Forschung:

- Untersuchung von Fragestellungen, die sich in der Praxis ergeben (haben)
- Beteiligung der SbE-Bundesvereinigung in Planungs- und Durchführungsphase
- Klare Definition des Untersuchungsgegenstandes (Standardisierte Nachsorge-Maßnahmen)
- Klare Abgrenzung der Untersuchungsgruppe (Einsatzkräfte)

Die SbE-Bundesvereinigung hat für die Zukunft der Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen konkrete Vorschläge und Erwartungen. (Graphiken: Oliver Gengenbach)

ren, die tatsächlich durchgeführt wurden und werden, um Grundlagen zu deren Verbesserung und gegebenenfalls Modifizierung erarbeiten zu können. Hier ist eine enge Kooperation zwischen den „Praktikern“ und denen, die Einsatznachsorge-Modelle untersuchen, unverzichtbar.

Man hofft, dass eine Studie die verschiedenen Phasen einer Traumatisierung in den Blick nimmt: Prätraumatische Phase (Prävention, Schulung), Akutphase (einsatzbegleitende Angebote), Peritraumatische Phase (ereignisbezogene, zeitnahe Intervention, Akute Belastungsreaktion), Posttraumatische Phase (Therapie, PTBS).

Die SbE-Bundesvereinigung erwartet von der Forschung insbesondere fundiertere Hinweise, in welchem Fall und zu welchem Zeitpunkt Einsatzkräfte in therapeutische Behandlung vermittelt werden sollten. (Frühdagnostik und

Studie über die Auswirkungen extrem belastender Ereignisse für Einsatzkräfte und Möglichkeiten zur Unterstützung der Stressbewältigung von Einsatzkräften ihre Mitwirkung und Unterstützung an.



THW-Helfer mit Leib und Seele

Ein Portrait zum Internationalen Jahr der Freiwilligen

Von Markus Wenzel, THW-Ortsverband Schwabmünchen

Am 20. November 1997 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ (IJF) ausgerufen. Das Bevölkerungsschutz-Magazin hat in seinen Ausgaben 1-01 sowie 2-01 über das IJF berichtet.

Stellvertretend für ein Millionenheer von freiwilligen, ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Zivil- und Katastrophenschutz der Bundesrepublik stellt das Magazin in seinen nächsten Ausgaben jeweils das Portrait eines oder einer „Ehrenamtlichen“ des Technischen Hilfswerkes, einer Freiwilligen Feuerwehr oder einer Hilfsorganisation vor.

Die Reihe beginnt mit einem Helfer des Technischen Hilfswerkes (THW).

Das THW ist eine Bundesanstalt, die dem Bundesinnenministerium untersteht.

Die seit 51 Jahren bestehende Zivilschutzorganisation des Bundes wird auch im Katastrophenschutz der Länder tätig. In 665 Ortsverbänden engagieren sich bundesweit über 65.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Durch Aufsehen erregende Einsätze in der Bundesrepublik, bei Eisenbahnunfällen, Hochwasser oder Hauseinstürzen, aber auch durch Einsätze in Erdbeben- und Bürgerkriegsgebieten in fast allen Erdteilen, genießt die Hilfsorganisation mit den blauen Fahrzeugen und dem Zahnkranzsymbol ein hohes Ansehen in der Bevölkerung.

Einer dieser 65.000 Helfer des THW ist Karsten Köhler aus Schwabmünchen. Die

Stadt Schwabmünchen liegt etwa 20 Kilometer südlich von Augsburg. Der 24jährige, der in Augsburg beim größten deutschen PC-Hersteller in der Softwareentwicklung tätig und BWL-Student ist, ist mit Leib und Seele nicht nur Helfer im Ortsverband Schwabmünchen des THW, sondern darüber hinaus auch noch sehr aktiv in der THW-Jugend Bayern.

Faszination Blaulicht und Technik

Wenn jemand, wie Karsten Köhler, mit 24 Jahren stellvertretender Ortsbeauftragter und stellvertretender Landesjugendleiter der THW-Jugend in Bayern ist, kann er unmöglich erst seit gestern in der Organisation tätig sein. Das ist Karsten Köhler auch nicht. Im Alter von dreizehn Jahren ist er im Rahmen eines Ferienprogramms seiner Heimatstadt an der Arbeit und Aufgabenstellung des THW interessiert worden. Heute stellt Karsten

ten. „Nun, es hat mir viel Spaß gemacht, man hat neue Freunde gefunden und seitdem hat mich das THW nicht mehr losgelassen“: erinnert sich Köhler.

Karsten Köhlers Weg im THW wurde von vornherein durch die Jugendarbeit geprägt. „Schon früh habe ich in der Jugendgruppenleitung mitgearbeitet. Im Presseteam der THW-Jugend Bayern konnte ich wertvolle Erfahrungen sammeln und Kontakte bis auf Landesebene knüpfen“. Sein fotografisches Talent und sein Interesse am Journalismus hatte 1996 die Berufung zum Landespressesprecher der THW-Jugend Bayern zur Folge. 1998 wurde Köhler zum stellvertretenden Landesjugendleiter des THW in Bayern gewählt. Obwohl er 1999 auch zum stellvertretenden Ortsbeauftragten in Schwabmünchen berufen wurde, findet Köhler immer noch Zeit eine der beiden örtlichen THW-Jugendgruppen zu betreuen.

Auch der Sitzungsalltag gehört zur Aufgabe des stellvertretenden Landesjugendleiters der THW-Jugend in Bayern (Foto: Wenzel)



Köhler fest, dass damals die Faszination Blaulicht und Technik sicher mit ausschlaggebend waren in die neu gegründete Jugendgruppe des OV Schwabmünchen einzutre-

Herausforderung Internet

Der jugendliche Elan des THW-Helfers und seine Bereitschaft neue Wege kennenzulernen und zu gehen wäre nicht

glaubhaft, wenn er sich nicht auch der Herausforderung der Themen Informationstechnik und Internet annehmen würde. Die Einführung der Software THWin hat Köhler sehr aktiv durch seine Unterstützung bei der THWin-Ausbildung und der Ausarbeitung des ersten THWin-Handbuchs gefördert. Der frühzeitige Internetauftritt der bayerischen THW-Jugend ist mit der Unterstützung des Medienfreaks zustande gekommen. „Informationen schnell und billig bis zum letzten Mitglied zu transportieren war unser Anliegen“ resümiert Karsten Köhler. Aus zeitlichen Gründen mußte er sich allerdings aus dem Bereich THWin größtenteils zurückziehen. Wen wundert's?

Helfer in der Not

Neben seinen administrativen Aufgaben ist Karsten Köhler natürlich in erster Linie aktiver THW-Helfer. Regelmäßig werden die THW-Helfer aus Schwabmünchen zur Unterstützung der örtlichen Feuerwehren bei LKW-Unfällen auf der nahegelegenen Autobahn Stuttgart-München gerufen. 1999 wurde Bayern vom sogenannten Pfingsthochwasser heimgesucht. Der Einsatz in der schwer betroffenen Stadt Augsburg wird den eingesetzten THW-Helfern lange im Gedächtnis bleiben. Karsten Köhler ist fast immer dabei. Vor einem Jahr war er zum Beispiel am THW-Einsatz anlässlich der Überschwemmungskatastrophe in Norditalien beteiligt. Heute erinnert er sich: „Der Einsatz war für mich eine sehr positive Erfahrung. Die Dankbarkeit der Bevölkerung für die deutsche Hilfe war einfach überragend und sehr beeindruckend“.

Für seine Verdienste um das Technische Hilfswerk wurde Köhler im Mai 1998 mit dem Helferzeichen in Gold und im November 2000 mit dem THW-Auslandsabzeichen geehrt.

THW und Mountainbike

Unwillkürlich drängt sich einem die Frage auf, wie jemand all diese Verpflichtungen unter einen Hut bringt. Dazu Karsten Köhler: „Nicht immer fällt es leicht, THW, Studium, Job und Familie in Einklang zu bringen. Mir kommt hier sicherlich entgegen, dass ich mir als Student etwas Freiraum für mein ehrenamtliches Engagement schaffen kann. Aber auch mein Arbeitgeber in Augsburg, stellt mich für Einsätze und Lehrgänge des THW ohne Probleme frei.“

Unter der Woche ist Köhler regelmäßig an zwei bis drei Abenden im Ortsverband anzutreffen. „Wochenenden, an denen ich nicht fürs THW unterwegs bin, kann ich über das Jahr gesehen an zwei Händen abzählen“: bilanziert der engagierte THW-Mann. Diese wenigen Wochenenden nutzt er im Winter zum Skifahren oder auch zum Snowboarden. Nach eigenen Angaben bleibt ihm im Sommer neben dem THW nicht viel Zeit für Hobbys, „aber abends bei gutem Wetter gemeinsam mit meinen Freunden eine Runde mit dem Mountainbike fahren, lasse ich mir nicht nehmen“.

Die große Familie

Welche Beweggründe hat ein junger Mann, sein Leben gänzlich dem Ehrenamt zu widmen? Karsten Köhler weiß viele Positivpunkte: „Das THW ist für mich wie eine große Familie, die Jugendgruppe vor Ort mit meinen besten Freunden gibt mir immer wieder Rückhalt, wenn es mal auf anderen Ebenen nicht so läuft, wie man sich das so vorstellt. Helfer aus vielen anderen Ortsverbänden sind zu Freunden geworden. Daneben macht mir gerade die Vielseitigkeit meiner Arbeit im THW viel Spaß. Vielseitige Technik, Computer, Öffentlichkeitsarbeit, Jugendarbeit und die Hilfe am Nächsten. Wo ist es sonst möglich, das alles unter einen Hut zu bekommen?“

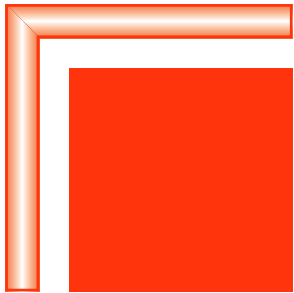
Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast besucht Jugendgruppe des THW-Ortsverbandes Brandenburg/Havel

Im Rahmen eines Besuches beim Ortsverband Brandenburg/Havel der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk informierte sich die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, MdB, über die in der Öffentlichkeit weniger bekannte Jugendarbeit des THW. Der 1997 gegründete Ortsverband verfügt über eine Jugendgruppe, der zur Zeit 24 Mädchen und Jungen angehören.

Dazu erklärte Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast:

„Wer Jugendliche von der Straße holen will, der muss ihnen attraktive Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung machen. Das THW tut das in vorbildlicher Weise. Das Engagement der jungen Mitglieder in Brandenburg/Havel ist ein weiterer Beleg dafür.“

Erfolgreiche Jugendarbeit, die die Jugendlichen eine konstruktive Gemeinschaft erleben lässt und ein Gefühl von Geborgenheit und Solidarität vermittelt, ist für unsere Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Auch weil Jugendliche, die sich für das Gemeinwohl engagieren, deutlich weniger anfällig für Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit sind.“



Gefahren an der Einsatzstelle

Vergiftungen durch Rauch-, Reiz- und Ätzgase

von Dr. med. Stefan Schulz, Bernstadt

„Zwei Bewohner und ein Feuerwehrmann mußten nach einem Wohnungsbrand mit Rauchvergiftungen in ein Krankenhaus transportiert werden...“. So oder ähnlich lauten die Meldungen in Presse oder Rundfunk, wenn von Brandeinsätzen der Feuerwehr berichtet wird.

Tatsächlich sind Brandeinwirkungen für erhebliche Folgeschäden verantwortlich. Im Jahre 1998 ermittelte das Statistische Bundesamt beispielsweise 522 Tote durch „Feuer und Flamme“. Hierin wurden sämtliche Todesfälle subsumiert, die auf Verbrennungen, Rauchentwicklung, herabstürzende Gegenstände und Verschüttungen nach einem Brand zurückzuführen sind. Der hohe Anteil von 433 Toten bei Bränden in Privatwohnungen belegt, daß insbesondere im häuslichen Bereich erhebliche Gefahrenmomente liegen.¹ Die Tatsache, daß etwa 80% der Todesopfer bei Bränden nicht durch Verbrennungen, sondern an den Folgen einer Rauchgasvergiftung versterben, zeigt die besondere Gefährdung durch inhalative Noxen.

Die nachfolgende Arbeit geht dieser Problematik nach und beschreibt neben den Wirkungsmechanismen einzelner Gase auf den menschlichen Organismus mögliche Behandlungskonzepte.

Gefahren durch Brandgase

Brandgase selbst sind sehr heterogene Substanzgemische, deren Zusammensetzungen sehr komplex und schwer vor-

hersagbar sind; neben der Art des verbrannten Materials und der Verbrennungstemperatur hängen sie auch von der Sauerstoffzufuhr ab. Der Verbrauch des Sauerstoffes durch die Verbrennung führt zu Sauerstoffmangel in der Umgebung selbst; aber auch durch den Verbrennungsvorgang werden Gase gebildet, die ihrerseits die Sauerstoffkonzentration weiter herabsetzen. Sinkt der normale Sauerstoffgehalt der Einatemluft von 21 auf 12-15%, treten erste Symptome wie Kopfschmerzen, Schwindel und eine deutlich verminderte Leistungsfähigkeit auf. Bei einer Sauerstoffkonzentration zwischen 10-12% nehmen die körperlichen Beschwerden kontinuierlich zu; fällt sie weiter unter 8%, sind Kreislaufkollaps und Bewußtlosigkeit die Folge. Innerhalb weniger Minuten zum Tode führt ein Sauerstoffgehalt, der unter 6% liegt.

Besonders gesundheitsgefährdende Gase lassen sich nach ihrer Wirkungsweise in drei Gruppen einteilen:²

- Erstickende Gase wie z.B. Methan, Propan, Kohlendioxid

- Reiz- und Ätzgase (u.a. Nitrose Gase, Halogene, Schwefeldioxid, Phosgen)

- Blut- und Stoffwechselgifte (z.B. Kohlenmonoxid, Blausäure, Schwefelwasserstoff)

Gerade nach der thermischen Zersetzung von Kunststoffen ist mit einer erheblichen Gefährdung durch lungentoxische Substanzen zu

rechnen. Dass hierbei Stoffe freigesetzt werden, die teilweise auch als chemische Kampfstoffe Verwendung finden (Phosgen, Blausäure), sei nur am Rande erwähnt.³ (siehe Tabelle⁴)

Nachfolgend sollen die wichtigsten schädigenden Gase charakterisiert und ihre Wirkung beschrieben werden.

Kohlenmonoxid (CO)

Kohlenmonoxid entsteht bei der unvollständigen Verbrennung von Kohlenstoff oder Kohlenwasserstoffen, beispielsweise in schlecht belüfteten Öfen. Das farb- und geruchlose Gas ist leichter als Luft und kann selbst Mauerwerke durchdringen. In den Abgasen von Verbrennungsmotoren ist es ebenso enthalten wie im Leuchtgas oder im Zigarettenrauch. Mehrere Mechanismen kennzeichnen seine Giftigkeit. Einerseits besitzt Kohlenmonoxid im Vergleich zum Sauerstoff eine 200-300fach höhere Affinität zum roten Blutfarbstoff (Hämoglobin), der für den Sauerstofftransport verantwortlich ist. Es reagiert mit Hämoglobin zu Carboxyhämoglobin (Hb-CO). Da dieser Anteil des Blutes nicht mehr für die Sauerstoffversorgung des Gewebes

¹ Abgedruckt finden sich die Auswertungen des Statistischen Bundesamtes über eine Zeitraum von 1982-1998 im Feuerwehr-Jahrbuch 2000/2001, S. 304

² Einteilung nach Rumpp, A.: Gift-, Chemie- und Brandunfälle, S. 21.

³ Siehe hierzu auch Schulz, S.: Chemische Kampfstoffe im Blickpunkt, in: Bevölkerungsschutzmagazin (2000), 2, S.17-25.

⁴ Nach Spörri, R.: Sofortmaßnahmen bei Lungenintoxikationen, S. 57.

zur Verfügung steht, ist die Schwere einer CO-Vergiftung von der Höhe des Hb-CO abhängig.

Symptomatik:

Der normalerweise im Blut vorkommende Hb-CO-Anteil liegt um 0,5%, bei Rauchern bis zu 15%. Ab 20% treten Herzklopfen und Atemnot auf, Bewußtlosigkeit und

brennung von Polyurethan ergeben, daß insbesondere zu Beginn des Feuers hohe Blausäurekonzentrationen nachweisbar waren, die im weiteren Verlauf beständig abnahmen.⁶ Diese Tatsache muß immer dann bedacht werden, wenn feuerwehrtechnische Messungen keinen Anhalt für das Auftreten von Blausäure ergeben;

Kohlenmonoxidvergiftung erschweren. Auch die Hautfarbe ist zunächst rosig. Reine Blausäurevergiftungen gehen außerdem mit Augenbrennen, Halskratzen und Atemnot einher; letztere führt zu schnellen und tiefen Atemzügen, die die Giffaufnahme noch beschleunigen.

Zyanidionen besitzen eine hohe Affinität zu bestimmten Schwermetallen, die als essentielle Bestandteile im menschlichen Körper vorkommen. So gehen Zyanidionen eine Komplexbildung mit dem dreiwertigen Eisen der Atmungskettenenzyme ein und blockieren damit die Abgabe und Verwertung des Sauerstoffs auf zellulärer Ebene; die sogenannte „innere Erstickung“ ist die Folge. Im weiteren Verlauf tritt Bewußtlosigkeit und der Herzkreislauf-Stillstand ein.⁸

Therapie:

Die Erste-Hilfe-Maßnahmen zielen zunächst auf die Aufrechterhaltung der Vitalfunktionen; die Beatmung mit 100% Sauerstoff ist geeignet, die Toxizität zu reduzieren. Desweiteren stehen Gegengifte (Antidote) zur Verfügung. Hierzu zählt vor allem der Methämoglobinbildner 4-DMAP, der das zweiwertige Eisen im Hämoglobin zu dreiwertigem Eisen (Methämoglobin) oxidiert und damit Zyanidionen von den Atmungskettenenzymen (Cytochromoxidasen) löst.

Bei Brandverletzten muß jedoch immer bedacht werden, dass es sich meist um Mischintoxikationen mit Kohlenmonoxid handelt. Da hier, wie bereits weiter oben be-

Kunststoff	chem. Bezeichnung	Zersetzungsprodukt
Hostalit	PVC	Salzsäure, Benzol
Hostalen	Polyethylen	Kohlenmonoxi, -dioxid
Plexiglas	Polymethacrylester	Kohlenmonoxid, Chlor, Phosgen
Dralon	Polycrylnitril	Blausäure, Amine, Ammoniak
Styropor	Polystyrol	Benzol
Perlon	Polyamide	Ammoniak, Amine, Ameisensäure
Bakelite	Phenolharze	Phenol, Formaldehyd
Resopal	Harnstoffharze	Blausäure, Ammoniak, Harnstoff
Trevira	Polyester	Kohlenmonoxid, -dioxid, Chlor
Kautschuk		Schwefel-/Chlorverb., Benzol, Butadien
Moltopren	Polyurethane	Isocyanate, Ammoniak, Blausäure
Zelluloid	Nitrozellulose	Kohlenmonoxid, Stickstoff, Nitrose Gase

Tabelle : Zersetzungsprodukte einiger Kunststoffe.

Kreislaufkollaps folgen ab etwa 30%. Eine Hb-CO-Konzentration von über 60% endet nach zehn Minuten letal. Weiterhin vermindert die Anwesenheit von Carboxyhämoglobin die Sauerstoffabgabe an die Gewebe und hemmt, ähnlich der Zyanide, Enzyme der Atmungskette in den Zellen. Hierdurch ist die Sauerstoffverwertung selbst gestört.⁵ Präklinisch fallen Patienten mit einer Kohlenmonoxidvergiftung mit relativ unspezifischen Symptomen wie Verlangsamung, Bewußtseinstörung oder einer kirschroten Hautfarbe, v.a. im Gesicht, auf.

Blausäure/ Zyanwasserstoffe

Blausäure entsteht bei der Verbrennung stickstoffhaltiger Substanzen wie Wolle, Seide oder verschiedener Kunststoffe (siehe Tabelle). Entscheidend für die Blausäurebildung ist dabei die jeweils herrschende Brandtemperatur, die sich mit Fortschreiten des Brandes verändern kann. So haben Modellversuche bei der Ver-

sie sprechen folglich nicht gegen eine Zyanidvergiftung von Brandopfern.

Symptomatik::

Blausäureintoxikationen treten nicht nur als Folge von Bränden auf (inhalative Aufnahme); aufgrund der weit verbreiteten Verwendung des Zyanwasserstoffes und seiner Salze in der chemischen und metallverarbeitenden Industrie (Metallhärtung, Galvanisierung) sind auch Vergiftungen durch Aufnahme über den Magen-Darm-Trakt oder der Haut möglich. Zyanwasserstoff ist eine farblose Flüssigkeit, die rasch verdampft und einen charakteristischen Bittermandelgeruch verbreitet, der allerdings von etwa der Hälfte der Bevölkerung genetisch bedingt nicht wahrgenommen werden kann.⁷ Zyanide werden schnell resorbiert, weshalb mit raschem Symptombeginn zu rechnen ist. Allerdings finden sich hierbei eher uncharakteristische Anzeichen wie Schwindel, Kopfschmerzen, schneller Puls (Tachykardie) und Bewußtseinstörung, die eine sichere Abgrenzung zur

⁵ Siehe auch Gall, T., Hoppe, U., Wresch, P., Klose, R.: Problematik der präklinischen Zyanid-Antidottherapie bei Brandverletzten mit Rauchgasintoxikationen, S. 57., in: Der Notarzt (2000), 16, S. 56ff.

⁶ Untersuchungen von Binder et al (1982); zitiert nach Rumpff, A., a.a.O., S. 30.

⁷ Zu physikalisch-chemischen Eigenschaften der Blausäure siehe Klimmek, R., Szinicz, L., Weger, N.: Chemische Gifte und Kampfstoffe, S. 92ff.

⁸ Zum Wirkungsmechanismus und zur Behandlungsstrategie siehe ausführlich Strehl, E.: Cyanid- Intoxikationen, in: Krankenhauspharmazie 21 (2000), 6, S. 293-297.

schrieben, ein Teil des roten Blutfarbstoffes (Hämoglobin) durch Kohlenmonoxid belegt ist, kann durch die unkritische Gabe von 4-DMAP die Sauerstofftransportkapazität noch weiter abnehmen und den Patienten zusätzlich schädigen.⁹

Durch die Gabe von Natriumthiosulfat läßt sich die natürliche Entgiftung in der Leber unterstützen und beschleunigen. Dabei reagiert Zyanid mit Schwefel durch das Enzym Rhodanase zu Thiozyanid (Rhodanid), welches über die Nieren ausgeschieden wird. Ein neues Behandlungskonzept stellt die intravenöse Gabe von hochdosiertem Vitamin B-12 (Hydroxocobalamin) dar. Dieses bindet ebenfalls Zyanidionen und wird als Zyanocobalamin renal ausgeschieden. Für die notwendige hohe Dosierung, die jedoch ohne schwerwiegende Nebenwirkungen toleriert wird, steht unter dem Handelsnamen Cyanokit® gefriergetrocknetes hochkonzentriertes Hydroxocobalamin zur Verfügung, das als Kurzinfusion über 10 Minuten verabreicht wird.

Reiz- und Ätzgase

Insbesondere bei der Verbrennung von Kunststoffen (s. Tabelle) entstehen Reizgase, die neben einer Schleimhautschädigung der Augen und der Atemwege auch ein sogenanntes „toxisches Lungenödem“ auslösen können. Der Wirkort und damit auch die Symptomatik ist abhängig von der Wasserlöslichkeit des Giftstoffes; sie ist umgekehrt proportional zur Eindringtiefe in den Respirationstrakt. Anders ausgedrückt: Besonders gut wasserlösliche (hydrophile) Substanzen entfalten ihre Wirkung überwiegend durch Reizung der Augen und der Schleimhäute des oberen Respirationstraktes (Nasen-Rachen-Raum, Kehlkopf und Luftröhre). Hauptvertreter dieser Gruppe sind unter anderem Ammoniak, Schwefelchloride und die Augenreizstoffe CN und CS.

Weiter tiefer in die Bronchien dringen Stoffe mittlerer Wasserlöslichkeit wie Schwefeldioxid oder die Halogene Chlor und Brom, während Stoffe mit geringer Hydrophilie (vor allem nitrose Gase und Phosgen) bis tief in die Lungenbläschen (Alveolen) gelangen und so per se die Ausbildung eines toxischen Lungenödems begünstigen.

Einschränkend muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Eindringtiefe eines Reizgases auch von dessen Konzentration abhängig ist und somit auch besonders gut wasserlösliche Substanzen in hoher Dosis bis in die tiefen Lungenabschnitte wirken und ein Lungenödem auslösen können.

Symptomatik:

Initial kommt es nach Einwirkung eines Reizstoffes zu Augen tränen, Husten und Niesen, gefolgt von Rachenreizung mit Ödembildung und Atemnot. Das folgende Latenzstadium, während dessen keine oder nur geringe Krankheitszeichen auftreten, kann sich von wenigen Stunden auf bis zu 36 oder 48 Stunden ausweiten, so dass sich insbesondere die Vergiftung mit gering wasserlöslichen Substanzen zunächst unter Umständen symptomarm präsentiert. Unbehandelt bildet sich sodann das toxische Lungenödem; es stellt sich im Vollbild mit schwerer Atemnot, Husten, blutig tingiertem Auswurf, Fieber, starken Schmerzen im Brustkorb (sog. retrosternale Schmerzen) und generalisiertem Schock dar.

Vorbeugung und Therapie:

Entscheidend ist die Tatsache, daß die Ausbildung eines toxischen Lungenödems auch bei Personen bedacht wird, die an der Einsatzstelle zunächst noch symptomlos erscheinen. Selbst ohne initiale Vergiftungsanzeichen besteht innerhalb der ersten 24 Stunden eine latente Gefährdung für die Ausbildung eines Lungenödems. Bei Patienten mit Atembeschwerden sind folgen-

de Erstmaßnahmen einzuleiten:¹⁰

- Eigenschutz beachten, Patienten aus Gefahrenzone bringen,
- Beruhigen des Verletzten,
- Oberkörper hochlagern oder sitzende Position
- Gabe von reinem Sauerstoff
- Wärmeerhaltung
- ständige Überprüfung der Vitalfunktionen (Bewußtsein, Atmung, Kreislauf)
- bei Atem-/Herz-Kreislauf-Stillstand: Herz-Lungen-Wiederbelebung

Zunehmend kritisch wird der seit Jahrzehnten propagierte vorbeugende Einsatz kortisonhaltiger Dosieraerosole wie zum Beispiel Dexamethason (Auxiloson®) oder Budesonid (Pulmicort®) gesehen. Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, „...dass es derzeit keine international publizierte klinische Studie gibt, die mit hoher Evidenz nachweist, dass inhalative Kortikoide bei der Rauchgasinhalation und den dabei verursachten Symptomen wie Husten, Tränen, Luftnot, Lungenödem, Schwindel, Panik, Benommenheit, Bewußtseinsstörungen, Bewußtlosigkeit, Tod einen eindeutig positiven Effekt zeigen.“¹¹

Dennoch sieht auch der DFV, dass „eine präklinische Behandlung mit inhalativen Kortikoiden als Behandlungsversuch zu werten [ist].“¹²

Weitere notärztliche Maßnahmen umfassen die Stabilisierung der Herz-Kreislauf-Funktion sowie eine in schweren Fällen notwendige Intubation und kontrollierte Beatmung sowie die medikamentöse Therapie.¹³

⁹ Siehe hierzu u.a. Kasuistik in Gall, T., Hoppe, U., Wresch, P., Klose, R., a.a.O., S. 56f.

¹⁰ Modifiziert nach Häcker, A.: Erste Hilfe bei Rauch- und Reizgasverletzten, in: Brandschutz 55 (1998), 10, S. 828.

¹¹ Siehe hierzu: Kortisonhaltige Aerosole bei Rauchgasintoxikationen, in: Bevölkerungsschutz 2000 (4), S. 39.

¹² Ebd.

¹³ Siehe hierzu z.B. Ziegenfuß, T.: Rettungsmedizin, S. 591f.

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Neue Leuchtenkonsole für den Heckbereich

Für alle Fahrzeuge, die beim Arbeitseinsatz eine Zusatzbeleuchtung im Heckbereich benötigen, jedoch keine Einschränkungen bezüglich Gesamthöhe und Ladeöffnung in Kauf nehmen wollen, gibt es jetzt eine sehr funktionelle Lösung.

Die Hensel & Partner Fahrzeugbau GmbH aus Waldbrunn hat für diesen Einsatzzweck die „HENSEL-Leuchtenkonsole“ entwickelt und zum Patent angemeldet.

Auffälligstes Merkmal ist, dass die Leuchten nicht mehr wie bisher fest am Fahrzeug montiert werden, sondern auf einer beweglichen Konsole. Diese Konsole schwenkt beim Öffnen der Heckklappe automatisch nach oben, die Ladeöffnung wird komplett freigegeben und die Beleuchtung befindet sich – nach allen Seiten gut sichtbar – über dem Fahrzeug.

Die Vorteile im Überblick:

Bei geöffneter Heckklappe befinden sich die Leuchten nach allen Seiten sichtbar über dem Fahrzeugaufbau und werden weder vom Personal noch von der Ladung verdeckt.

Bei geschlossener Heckklappe liegt die Leuchteinheit geschützt hinter dem Fahrzeug, schließt mit der Fahrzeugoberkante ab und kann so während der Fahrt nicht beschädigt werden.

Die Ladeöffnung ist komplett nutzbar, es gibt keine Einschränkung durch feststehende Leuchten.

Es besteht keine Verletzungsmöglichkeit durch Anstoßen im Kopf- und Schulterbereich an fest montierten Leuchten.

Hensel & Partner GmbH
Daimlerstraße 2
D - 97295 Waldbrunn

Wegweiser für den Notarzt

Der Rettungsassistent des DRK, Alfred Brandner aus Schwäbisch Gmünd, hat bei seinen vielen Notfalleinsätzen sehr häufig die Erfahrung machen müssen, dass wertvolle lebensrettende Zeit verlorengeht, weil der Einsatzort vor allem nachts nicht sofort zu finden ist.



Alfred Brandner mit dem von ihm entwickelten Notfallschild.

Brandner entwickelte, basierend auf diesen Erfahrungen, ein batteriebetriebenes, blinkendes Notfallschild.

Das Schild mit der Aufschrift „Notfall“ kann mit Saugnapfen an jeder Fensterscheibe befestigt werden oder auf dem Balkon oder am Hauseingang plaziert werden. Das so weithin sichtbare, blau blinkende Schild weist den Helfern den schnellsten Weg zum Patienten.

Der Preis für diese sinnvolle Notfallvorsorge liegt bei ca 15 EUR und ist zu beziehen bei:

„Gesund mit System“
Hugo-Häring-Str. 80
D - 88400 Biberach

Schnelles Einsatzboot mit Bugklappe

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Feuerwehren und Rettungsorganisationen

wurde jetzt ein handliches, schnelles Einsatzboot entwickelt. Besonderer Wert wurde auf Unsinkbarkeit, Kenterstabilität und Rohwassertauglichkeit gelegt.

Für das 5,40 m lange Boot wurde die bewährte elektrohydraulische Bugklappe seiner größeren Brüder übernommen. Genau wie bei den großen Booten, die bis 12.50 m mit den gleichen Bugklappensystem hergestellt werden, sind auch beim AL.540 BK beide Bugklappenzyylinder verdeckt montiert. Dadurch besteht keine Quetschgefahr für die an Bord arbeitenden Personen. Die Zylinder können auch nicht beschädigt werden. Die Plichtfläche wird durch die verdeckt montierten Zylinder nicht verengt. Die Bugklappe hat somit eine Breite von ca. 1,05 m bei einer Gesamtbreite des Bootes von 2,20 m.

Die gerade Bugklappe liegt beim Anlegen, z.B. an einer Rampe, auf der ganzen Breite auf. Das hat den Vorteil, dass auch bei einseitiger Belastung der Bugklappe die andere Seite nicht nach oben kippt. Somit werden gefährliche Stolperkanten vermieden.

Die Bugklappe wurde so am Bootskörper montiert, dass auch bei geöffneter Bugklappe keine Stolperkante zwischen Bootskörper (Plicht) und Bugklappe entsteht.

Das Boot für Außenborder hat ein Eigengewicht von ca. 700 kg bei einer Zuladung von 1.000 kg. Außerdem hat es eine selbstlenzende Plicht, auch bei voller Beladung.

Der V-Boden hat drei dicht verschweißte Luftkammern mit einem Auftriebsvolumen von ca. 2.400 Litern. Der Innenausbau kann nach Wunsch des Kunden gestaltet werden.

Josef Reich GmbH
Schleifweg 8
D - 91580 Petersaurach

An dieser Stelle erscheint künftig eine Auswahl aktueller Beiträge aus Fachzeitschriften und Amtsblättern zu den verschiedenen Themen des Zivil- und Katastrophenschutzes, zusammengestellt von der Fachinformationsstelle für Zivil- und Katastrophenschutz. Eine komplette Literaturliste (vierteljährlich) senden wir Ihnen auf Anfrage gerne zu. Die Aufsätze können Sie kostenlos als Kopie erhalten. Bitte richten Sie Ihre Wünsche unter Angabe der jeweiligen Bestell-Nr. an:

Bundesverwaltungsamt
Fachinformationsstelle für Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstr. 93-95
53177 Bonn

Tel.: 01888 / 358 – 5205
Fax: 01888 / 358 – 5808
E-Mail: bibliothek@bzs.bund400.de oder Heike.Graf@bva.bund.de

Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes vom 24. Oktober 2001

In: GVBl. Thüringen 8 vom 30.10.2001, S. 274 - 275
Bestellnummer 4/01/90

*

Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes und des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes vom 30. Oktober 2001

In: GVBl. Niedersachsen 30 vom 6.11.2001, S. 675 - 677
Bestellnummer 4/01/89

*

Gesetz über den Katastrophenschutz in Mecklenburg-Vorpommern (Landeskatastrophenschutzgesetz - LKatSG) und zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes vom 24. Oktober 2001

In: GVBl. Mecklenburg-Vorpommern 13 vom 29.10.2001, S. 393 - 401
Bestellnummer 4/01/86

*

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Sep-

tember 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen

In: Verhandlungen des Bundesrates: Drucksachen 626/01 vom 17.8.01, 15 S.
Bestellnummer 4/01/5

*

Katastrophenschutz; Erstattung fortgewährter Leistungen und Ersatz des Verdienstausfalls beruflich selbständiger Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz sowie Aufhebung von Bekanntmachungen in der Erweiterung des Katastrophenschutzes. Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern ; vom 27. August 2001

In: Allgemeines Ministerialblatt der Bayerischen Staatsregierung 9 v. 24.9.2001, S.358
Bestellnummer 4/01/58

*

Verwaltungsvorschrift des Sächs. Staatsministeriums des Innern über die Katastrophenschutz-Gefahrtzüge im Freistaat Sachsen (VwV KatS-GGZ)

(Az.: 41-1400.40/29) : vom 23. Juli 2001

In: Sächs. Amtsblatt Sonderdruck 5 vom 17.8.2001, S.255 - 268
Bestellnummer 4/01/1b

*

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Katastrophenschutz-Sanitätszüge (KatS-SanZ), die Katastrophenschutz-Betreuungszüge (KatS-BtZ) und die Katastrophenschutzwasserrettungsgruppen (KatS-WRGr) im Freistaat Sachsen (VwV KatS-San/Bt/WR-Einheiten) (Az.: 41-1400.40/18) v. 23. 07.01

In: Sächs. Amtsblatt Sonderdruck 5 vom 17.8.2001, . S.225 - S.254
Bestellnummer 4/01/1a

*

Verordnung zur Aufstellung externer Alarm- und Gefahrenabwehrpläne (AIGefPI-VO) : vom 4. Oktober 2001

In: Gesetz- und Verordnungsblatt Sachsen-Anhalt 44 vom 10.10.2001, S. 400 - 401
Bestellnummer 4/01/70

*

Einzelerlasse über Hilfeleistungen der Bundeswehr im Frieden: Änderungen

In: Ministerialblatt der Verteidigung 9 vom 27.9.2001, S. 188
Bestellnummer 4/01/59

*

In der Not müssen alle mit anpacken: Der Sanitätsdienst bei Großschadensfällen; wenn zivile Rettungskräfte bei großen Katastrophen an ihre Grenzen stoßen, ist die Bundeswehr gefordert/Axel Vogel

In: Y.: Magazin der Bundeswehr (2001), 10, S. 27
Bestellnr. Dok 3033

*

Information zur Gründung des ISO/TC 223 „Zivilschutz“

In: Brandschutz 55 (2001), 8, S. 761
Bestellnummer 4/01/7

*

Führung und Leitung im Einsatz: die neue Dienstvorschrift DV 100/Hanno Peter, Thomas Mitschke

In: Im Einsatz: Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 8 (2001), 4, S. 28 - 29
Bestellnr. Dok 2963

*

Gute Aussichten für SEG'en: 2. Bayerischer Katastrophenschutzkongress/Erwin Gräml

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 8 (2001), 4, S. 8 - 9
Bestellnr. Dok 2957

*

Brand- und Katastrophenschutz 2000:Statistik /Andrea Dobler

In: Florian Hessen: Zeitschrift für die Feuerwehren (2001), 9, S. 6 - 10
Bestellnr. Dok 2970

*

New approach to disaster management in Canada: speech at the 11th World Conference on Disaster Management held in Hamilton, Ontario on June 26, 2001/Art Eggleton

In: Emergency Preparedness Digest. 28 (2001), 3, S. 10 - 14
Bestellnummer 4/01/64

*

Gute Noten für die Schweiz: internationale Untersuchung zeigt: unser Bevölkerungsschutz ist effizient und kostengünstig

In: action: die Schweizer Zeitschrift zum Thema Zivilschutz 48 (2001), 5, S. 4 - 7
Bestellnummer 4/01/41

*

Director Reorganizes FEMA

In: Natural Hazards Observer. 26 (2001), 1 vom 1.9.2001, S. 8
Bestellnr. Dok 2976

*

Ärztlicher Leiter Rettungsdienst: Teil 1: Rahmenbedingungen / Alex Lechleuthner

In: Leben retten 27 (2001), 3, S. 96 - 99
Bestellnummer 4/01/44

*

Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst aus der Sicht einer Hilfsorganisation: Chancen, Ängste und Hoffnungen/Michael Brandt

In: Leben retten 27 (2001), 3, S. 93 - 95
Bestellnummer 4/01/43

Versorgung mit Betäubungsmitteln (BtM) bei Großschadensereignissen und Katastrophen: 15. BtM-Rechts-Änderungsverordnung (15. BtMÄndV) vom 19. Juni 2001, BGBl. Teil I Nr. 28, S. 1180 / Quelle: W. Wagner

In: Der Notarzt 17 (2001), 5, S. A54
Bestellnummer 4/01/78

*

„Think big“: Rettungsdienstliche Einsatzplanung für Tunnelbrände / Jörg Oberkinkhaus

In: Rettungsdienst 24 (2001), 9, S. 30 - 35
Bestellnummer 4/01/31

*

Menschenrettung bei Bränden in Straßentunnels /Roland Goertz

In: Rettungsdienst 24 (2001), 9, S. 14 - 17
Bestellnummer 4/01/29

*

Einheitliche Notrufnummer 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst: integrierte Leitstellen in Bayern

In: Brandwacht. 56 (2001), Beilage zu H. 4 vom 1.8.2001, 8 S.
Bestellnr. Dok 2956

*

Mobilfunk im Feuerwehrbereich: wenn es auf die Sekunde ankommt / Verf.: Peter Steding

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ. - Naumburg. (2001), 10, S. 620 - 622
Bestellnr. Dok 3042

*

Kennzeichnung von Führungskräften im Einsatz/

Beschlußvorschlag Landesfeuerwehrverband Bayern

In: Feuerwehrfachzeitschrift: FFZ (2001), 10, S. 618
Bestellnr. Dok 3041

*

Brand im Phantasialand in Brühl : Großbrand mit einem Massenansturm von Verletzten / Peter Siebert

In: Brandschutz 55 (2001), 9, S. 803 - 812
Bestellnummer 4/01/40

*

Organisation und Durchführung der überörtlichen Hilfe: Brand im Vergnügungspark „Phantasialand“ /Udo B. Crespin

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 8 (2001), Juni, S. 26 - 28
Bestellnr. Dok 2978

*

Empfehlungen zur Schadensbekämpfung bei Brand und Kollision von Reisezügen in Tunnelanlagen der Deutschen Bahn AG durch öffentliche Feuerwehren: Ergebnis der Arbeitsgruppe „Tunnelbrandbekämpfung“ im Referat 5 - Brandbekämpfung - der VFDB/technischer Bericht der VFDB

In: VFDB-Zeitschrift. 50 (2001), 3, S. 145 - 149
Bestellnummer 4/01/35

*

Dekontamination: Bedarf, Stand und neue Technologie / Wolfgang Gabler

In: VFDB-Zeitschrift. 50 (2001), 3, S. 129 - 134
Bestellnummer 4/01/33

*

Biologische Waffen im 21. Jahrhundert : Dresden, 9. Juni 2001 / Tobias Gries

In: Humanitäres Völkerrecht. 14 (2001), 3, S. 192 - 195
Bestellnummer 4/01/69

*

Bio-Waffen: was tut Deutschland? / Horst Schöttler

In: Loyal: das deutsche Wehrmagazin. (2001), 5, S. 22 - 24
Bestellnr. Dok 2889

*

Was unsere Vorstellungskraft übersteigt: unberechenbare Biowaffen, Arsenal des Todes, Grauen aus dem Labor / Wolfgang Beer

In: Das Parlament. 51 (2001), 11, S. 12
Bestellnr. Dok 2841

*

Bedrohung durch und Dislokation von B- und C-Waffen/Horst Schöttler

In: Notfallvorsorge 31 (2000), 2, S. 5 - 10
Bestellnr. 2/00/10a

*

Notwendige Planungen für Behörden und Krankenhäuser bei Epidemien und terroristischen Anschlägen mit B-Waffen/ Harald Michels Teil I

In: Notfallvorsorge 31 (2000), 2, S. 11 - 15
Bestellnr. 2/00/10b

Teil II und Schluss

In: Notfallvorsorge 31 (2000), 3, S. 10 - 14
Bestellnr. 3/00/1c

*

Schutz vor B-Waffen in den Händen von Terroristen/Torsten Sohns Teil 1

In: Europäische Sicherheit 49 (2000), 5, S. 27 - 29
Bestellnr. 1/00/84

Teil 2

In: Europäische Sicherheit 49 (2000), 6, S. 43 - 45
Bestellnr. 1/00/104

Teil 3

In: Europäische Sicherheit 49 (2000), 7, S. 22 - 25
Bestellnr. 2/00/3

*

Germs on the Loose: bioweapons tests tainted sites around the globe; will the mess ever be cleared up?/Eileen Choffnes

In: Bulletin of the Atomic Scientists 57 (2001), 2, S. 57 - 61
Bestellnr. Dok 3047

*

Recognition of Biological Threats/Michal Bartoszczke , Marcin Niemcewicz, Marek Malinski

In: Newsletter: awareness, communication, education / American Academy on Veterinary Disaster Medicine 6 (2001), 3, S. 13 - 14
Bestellnr. Dok 3019

*



Das Bundesverwaltungsamt – eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern – sucht zur Verstärkung des Teams an der

Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz

mehrere

Dozenten (m/w)

Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler erfüllt Aus- und Weiterbildungsaufgaben für Führungskräfte und Spezialisten des Katastrophenschutzes sowie der für Notfallvorsorge und Zivilschutz zuständigen Fachbehörden/-ressorts auf Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene. Daneben führt sie Studien und Untersuchungen durch, wertet Großschadenslagen sowie internationale Publikationen, Analysen ect. aus. Die Akademie fördert die internationale Zusammenarbeit u. a. durch verschiedene Veranstaltungen mit ausländischen Experten.

Das Bundesverwaltungsamt wird die AkNZ zukünftig zu einem Kompetenzzentrum im Bereich Krisenvorsorge und Krisenmanagement ausbauen.

Von den Bewerbern wird erwartet:

- abgeschlossenes Hochschulstudium, Promotion erwünscht;
- Kenntnisse und Erfahrungen für Führungskraft und Spezialisten des Zivil- und Katastrophenschutzes;
- aus einer Hilfsorganisation bzw. aus der Bundeswehr;
- mindestens 3jährige Berufserfahrung;
- pädagogische Qualifikation bzw. Erfahrung;
- gute Englisch-Kenntnisse;
- IT-Kenntnisse (MS-Word, MS-Excel);
- Bereitschaft zu kurzfristigen Auslandsaufenthalten;
- Bereitschaft zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen;
- Fähigkeit im Team zu arbeiten.

Die Lehrverpflichtung beträgt wöchentlich 18 Stunden. Daneben ist wissenschaftliche Tätigkeit auch im internationalen Verbund wesentliche Aufgabe der Dozenten.

Die Stellen sind – vorbehaltlich einer endgültigen Tätigkeitsdarstellung – nach Vergütungsgruppe II a / I b / I a bewertet.

Bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ist die Übernahme in das Beamtenverhältnis möglich. Grundsätzlich besteht eine Entwicklungsmöglichkeit bis zu einem Amt der Besoldungsgruppe A 15 Bundesbesoldungsordnung (BBesO).

Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht.

Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit Teilzeitkräften geeignet. Im Bundesverwaltungsamt besteht die Möglichkeit, flexibel zu arbeiten.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt. Von ihnen wird lediglich ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Ihre aussagefähige Bewerbung richten Sie bitte bis zum **15. Dezember 2001** an das

Bundesverwaltungsamt

– Referat I A 1 –

50728 Köln

martin.weber@bva.bund.de

oder per e-mail an:

Nähere Informationen über die zu besetzenden Stellen (Aufgaben, Qualifikationsprofil) entnehmen Sie bitte dem folgenden Anhang.

Stellenausschreibung

Anlage zur Stellenausschreibung des Bundesverwaltungsamtes „Dozenten (m/w) für die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz“

Aufgaben / Qualifikationsprofil

1. Katastrophenmedizin

Aufgaben:

- Dozent für die Bereiche:
 - Gesundheitsvorsorge/-sicherstellung
 - Katastrophenmedizin
 - Organisation bei Massenanfall Verletzter/Erkrankter
 - Fachpersonal in Krankenhäusern, Rettungsleitstellen etc.
 - Medizinische Versorgung von kontaminierten Personen
- Mitwirkung an der konzeptionellen Weiterentwicklung der katastrophenmedizinischen Versorgung in Deutschland und Europa
- Mitwirkung in fachbezogenen nationalen und internationalen Netzwerken (z. B. DGKM)
- Durchführung von Studien und Untersuchungen

Qualifikationsprofil:

- Approbation als Arzt für Anästhesiologie, Chirurgie oder Innere Medizin
 - praktische Erfahrungen im Bereich:
 - Notfallmedizin
 - Notfallmanagement/-planung
 - der Hilfsorganisationen
 - Grundqualifikation in stationärer Behandlung
 - Qualifikation als Leitender Notarzt
- Eine Nebentätigkeit als Notarzt im Rettungsdienst in einer benachbarten Großstadt ist erwünscht.

2. Führen und Leiten im Katastrophenschutz

Aufgaben:

- Dozent für die Bereiche:
 - Koordination auf der operativ-taktischen Führungsebene
 - Führung und Leitung auf der administrativ-organisatorischen Ebene des Katastrophenschutzes
 - Führen unter hoher psychischer Belastung
- Auswertung von Großschadenslagen im In- und Ausland
- Mitwirkung in Bund-Länder-Arbeitskreisen
- Durchführung von Studien und Untersuchungen zur konzeptionellen Fortentwicklung des Katastrophenmanagements
- Grenzüberschreitende/Europäische Zusammenarbeit
- Anlegen und Mitwirkung bei der Leitung von Übungen

Qualifikationsprofil:

- abgeschlossene Ausbildung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst, vergleichbare Führungsausbildung, z.B. bei der Bundeswehr oder vergleichbare Qualifikation
- Fähigkeit zum konzeptionellen Arbeiten
- Innovationsfreude

Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit einer 3-5jährigen Abordnung zum Bundesverwaltungsamt unter Zahlung der Personalkosten durch den Bund.

3. Kritische Infrastrukturen

Aufgaben:

- Dozent Vorsorge und Sicherstellung für die Bereiche:
 - Energieversorgung
 - Verkehr
 - Kommunikation
 - Wasser
 - Wirtschaft

- Mitwirkung an der konzeptionellen Arbeit der obersten Bundesbehörden
- Mitarbeit in Bund-Länder-Arbeitskreisen
- Zusammenarbeit mit der NATO

Qualifikationsprofil:

- Studium der Raumplanung, Geographie oder verwandter Fachrichtung
- Fähigkeit zum interdisziplinären Planen und Handeln

4. Steuerungs- und Regelungsmechanismen des Krisen- und Katastrophenmanagements

Aufgaben:

- Auswertung und Weiterentwicklung vorhandener – auch internationaler – wissenschaftlicher Ansätze von Steuerungs- und Regelungsmodellen zur Bewältigung komplexer Schadens- bzw. Gefährdungslagen
- Aufbau eines (wissenschaftlichen) Netzwerkes
- Erarbeiten verschiedener Modelle für eine optimale Leitungs-/Führungsorganisation in komplexen Lagen
- Testen der Modelle in Seminaren, Workshops etc.
- Dozent in den Bereichen:
 - Führungslehre
 - Stabs- und Einsatzorganisation
 - Anlegen von Führungsübungen
 - Chaosmanagement
 - internationale Zielgruppen

Qualifikationsprofil:

- abgeschlossenes Studium, z. B. der Kybernetik, der automatischen Steuerung
- Promotion erwünscht
- Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich verwandter Fachgebiete (z. B. Operations-Research, hierarchische Steuerung großer Systeme)
- interdisziplinäre Arbeitsweise
- hohe Kommunikations- und Innovationsfähigkeit

5. Krisenvorsorge und Notfallmanagement

Aufgaben:

- Dozent für die Bereiche:
 - Krisenvorsorge im nationalen und internationalen Bereich
 - Bedrohungs-/Gefährdungsszenarien, Gefahrenanalysen
 - Krisen- und Katastrophenmanagement in komplexen Schadenslagen
 - Vernetzung von Wissenschaft, Forschung, Verwaltung, Einsatzpraxis und Ausbildung
- Studien und Untersuchungen zur Komplexität von Hochrisikosystemen, Systeminteraktionen und -kopplungen, Konsequenzen für die Vorsorge- und Abwehrplanung
- Ausarbeitung von nationalen Übungsszenarien und Mitwirkung an der Leitung solcher Übungen
- Beratung oberster Bundes- und Landesbehörden in Fragen des Managements komplexer Krisen
- Ausarbeitung von Konzepten zur Gestaltung eines optimalen Zusammenwirkens der verschiedenen Beteiligten am Krisen- und Notfallmanagement

Qualifikationsprofil:

- abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium
- vertiefte Kenntnisse und Erfahrungen im Zivil- und Katastrophenschutz
- konzeptionelle Fähigkeiten, Kreativität

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



DEUTSCHE LEBENSRETTUNGS-GESELLSCHAFT



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-GEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDES-REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK



Die Aktivitäten des Arbeiter-Samariter-Bundes in Mittelamerika

Die Menschen in Mittelamerika hatten in den letzten drei Jahren unter Naturkatastrophen verschiedenster Art zu leiden: 1998 richtete der Hurrikan Mitch große Verwüstungen an und forderte tausende von Opfern, Anfang 2001 wurde El Salvador von zwei schweren Erdbeben heimgesucht, und seit Ende letzten Jahres herrscht in mehreren Ländern Mittelamerikas eine anhaltende Dürre.

Der ASB hilft der von den Naturkatastrophen betroffenen Bevölkerung unmittelbar und schnell und will sie zugleich wieder in die Lage versetzen, längerfristig für sich selbst zu sorgen. Er engagiert sich seit 1998 in Mittelamerika und unterhält ein Projektbüro in Honduras.

Nicaragua

Besonders betroffen von der anhaltenden Trockenheit ist die Provinz León im Norden Nicaraguas. Hier wohnen in kleinen, oftmals weit abgelegenen Dörfern zum großen Teil Kleinbauernfamilien, die von der Subsistenzwirtschaft leben. Bereits zum dritten Mal ist die Ernte ausgeblieben, so dass ihre Lage von Tag zu Tag katastrophaler wird. Es gibt kaum noch Lebensmittel, viele Menschen essen seit Wochen nur noch Tortillas und Salz. Das wenige Saatgut, das noch vorhanden ist, kann aufgrund der Trockenheit nicht verwendet werden. Wie so häufig sind auch hier wieder die Kinder am stärksten betroffen. Vielen von ihnen sieht man die Mangelerscheinungen an, die von der unzureichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln herrühren.

Auch Möglichkeiten, durch Fremdarbeit ein wenig Geld zu verdienen, um sich die nötigsten Lebensmittel kaufen zu können, gibt es kaum. Die Familienväter sind oft den ganzen Tag unterwegs auf der Suche nach einer Beschäftigung die

ihnen ein wenig Geld einbringt. Viele trifft es doppelt hart: Konnten sie bis vor kurzem als Landarbeiter und Tagelöhner auf den Kaffeeplantagen ein kärgliches Einkommen verdienen, so steht ihnen diese Möglichkeit wegen des rapiden Verfalls der Weltmarktpreise für Kaffee und den damit verbundenen Massenentlassungen nicht mehr zur Verfügung.

Neben der Verteilung von Saatgut gehört dazu auch die Einführung einfacher Bewässerungstechniken, um die Abhängigkeit von den klimatischen Bedingungen zu reduzieren.

Im Rahmen eines längerfristigen Projektes zur ländlichen Regionalentwicklung ist der ASB auch in weiteren Gemeinden der Provinz León tätig. In den nächsten Monaten wer-



Örtliche Helfer des ASB verteilen an die hungernde Bevölkerung von einem Lastwagen herab Lebensmittel.

Der ASB, der bereits seit einigen Jahren in Nicaragua tätig ist, hat für ca. 1.500 Familien die wichtigsten Nahrungsmittel beschafft und verteilt: Mais, Reis, Bohnen, Öl, Milch und Zucker. So kann für diese Menschen eine komplette Mahlzeit pro Tag für drei Monate gesichert werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus Spenden und Zuschüssen des Auswärtigen Amtes.

Selbstverständlich ist eine solche Nahrungsmittelhilfe nur das letzte Mittel in einer akuten Notsituation, wie sie sich derzeit darstellt. Mittel- und langfristig müssen die Menschen wieder in die Lage versetzt werden, für sich selber zu sorgen.

den dort insgesamt 100 Brunnen zur Gewinnung von Trinkwasser sowie 400 Latrinen errichtet. Der ASB leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der hygienischen und sanitären Verhältnisse und verringert das Krankheitsrisiko für die Menschen.

Die Verwüstungen durch den Wirbelsturm Mitch haben bis heute ihre Spuren in der Region hinterlassen. In der Hafenstadt Corinto hat der ASB erst kürzlich Trinkwasser- und Stromanschlüsse sowie Latrinen für 40 Familien errichtet, die bei diesem Hurrikan obdachlos geworden waren und nun in einer neu erbauten Siedlung wohnen. Die Lebensqua-



Hurrican und Erdbeben haben weite Landstriche in Mittelamerika verwüstet. Mit Abfallholz haben sich die Menschen ein Dach über dem Kopf geschaffen.

lität dieser Menschen konnte so erheblich verbessert werden; das Projekt wurde von der Stadt Köln, der Partnerstadt Corintos, unterstützt.

Honduras

Auch in Honduras leiden die Menschen immer noch an den Folgen des „Jahrhundertsturms“. In den Jahren 1999 und 2000 führte der ASB gemeinsam mit dem Büro für Humanitäre Hilfe der Europäischen Union (ECHO) Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung durch. Insbesondere die von Mücken übertragenen Krankheiten Malaria und das Dengue-Fieber drohten sich als

Folge des Hurrikans auszubreiten. Durch den gezielten Einsatz von Insektiziden und die gleichzeitige Information der Bevölkerung über einfache Möglichkeiten, die Vermehrung der Mücken einzuschränken, konnten beachtliche Erfolge erzielt werden.

Nach wie vor ist die staatliche Hilfe für die Betroffenen sehr begrenzt, viele erhalten überhaupt keine Unterstützung. In einem Armenviertel der Hauptstadt Tegucigalpa ist der spanische Pater Patricio bereits seit vielen Jahren für die Ärmsten der Armen engagiert. Dank seiner Hilfe konnten soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche entstehen.



In den Lagern der Obdachlosen werden Wasser und Lebensmittel durch den ASB verteilt.

Der ASB unterstützt diese Aktivitäten, zurzeit wird aus Spendenmitteln eine Kindertagesstätte gebaut. Kinder zwischen einem und sechs Jahren erhalten hier die Möglichkeit, miteinander zu spielen, soziale Verhaltensweisen zu erlernen und sich auf die spätere Schulzeit vorzubereiten. Da viele von ihnen unterernährt sind, werden sie darüber hinaus auch mit zwei Mahlzeiten pro Tag versorgt.

Der Hilfeansatz, den der ASB bei diesem Projekt praktiziert, schließt die Bewohner des Viertels ausdrücklich mit ein. So ist es auch dank der Arbeit von Pater Patricio selbstverständlich, dass die älteren Jugendlichen Verantwortung übernehmen und sich um die Kleineren kümmern. Mütter aus dem Viertel kaufen ein und bereiten die Mahlzeiten zu. Auf diese Art wird nicht nur direkte Hilfe für die Kinder geleistet, sondern auch der Zusammenhalt der Bewohner des Viertels gestärkt und den Menschen eine neue Perspektive geboten.

El Salvador

Das dritte Land Mittelamerikas, in dem der ASB tätig ist, ist El Salvador. Die beiden Erdbeben zu Jahresbeginn forderten hier fast 1.200 Todesopfer. 150.000 Häuser wurden zerstört, darunter fast 500 Schulen. Insgesamt waren 1,5 Mio. Menschen direkt von den Beben betroffen. In einer ersten Phase versorgte der ASB 1.500 Familien mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten, Küchenutensilien und Zeltplanen. Nachdem das Überleben der Menschen mittlerweile nicht mehr unmittelbar gefährdet ist, läuft jetzt bereits die Wiederaufbauphase. Auch hier engagiert sich der ASB und unterstützt 100 Familien bei der Errichtung neuer Wohnhäuser.

Peer Kölling

ASB
Arbeiter-Samariter-Bund



29. DLRG Bundestagung: Klaus Wilkens mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt

Die Bundestagung der DLRG hat am Samstag dem 20. Oktober 2001 Dr. Klaus Wilkens mit überwältigender Mehrheit für weitere vier Jahre zum DLRG Präsidenten gewählt. Die 170 Delegierten aus den neunzehn Landesverbänden bestätigten auch alle weiteren Präsidiumsmitglieder und deren Stellvertreter in ihren Ämtern.

Wilkens wertete das Ergebnis der Wahl zum Präsidium als breite Anerkennung der geleisteten Arbeit in der letzten Legislaturperiode und als Vertrauensbeweis für die Gestaltung der Zukunft der humanitären Organisation.

„Diese Bundestagung war ein Meilenstein in der Geschichte der DLRG. Die Beschlüsse die wir in großem Einvernehmen gefasst haben, sind Meilensteine, um die größte Wasserrettungsgesellschaft der Welt für die Zukunft fit zu machen“, sagte der alte und neue DLRG-Präsident.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Ergebnisse eines sechsjährigen Organisationsentwicklungsprozesses. Die höchste Gremientagung bestätigte als Grundkonsens einmütig die Schwerpunkte der künftigen Arbeit: Aufklärung und Information, Ausbildung im Schwimmen und Rettungsschwimmen sowie die Leben rettende Arbeit im Wasserrettungsdienst und Katastrophenschutz. „Mit der Rückbesinnung auf die ursprünglichen Aufgaben werden wir die Arbeit auf das Wesentliche konzentrieren, um noch erfolgreicher für mehr Sicherheit im und am Wasser beizutragen“, zog Wilkens eine positive Bilanz.

Als konkretes Ergebnis des Strukturprozesses habe die Tagung große Teile der Satzung neu gefasst, und in einem Aktionsplan 2005 strategische und operative Maßnahmen zur Umsetzung festgelegt.



Der alte und neue DLRG-Präsident Dr. Klaus Wilkens bei der Taufe eines neuen Einsatzbootes.

Einvernehmlich stimmten die Delegierten für eine Fortsetzung der finanziellen Förderung der DLRG Landesverbände in Ostdeutschland und erweiterten diese in Form eines Solidarausgleiches auch auf finanzschwächere westliche Landesverbände.

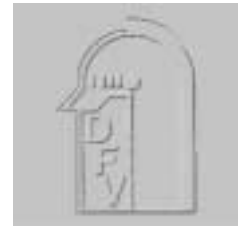
Die Amtszeit des neu gewählten Präsidiums wurde auf vier Jahre festgelegt. Es setzt sich wie folgt zusammen. Präsident: Dr. Klaus

Wilkens, Vizepräsidenten: Jochen Brünger, Andreas Fischer-Appelt, Dr. Detlev Mohr, Schatzmeister: Walter Beuchel, Leiter Ausbildung: Helmut Stöhr, Leiter Einsatz: Ortwin Krefl, Arzt: Dr. Peter Pietsch, Leiter Verbandskommunikation: Achim Wiese, Justitiarin: Astrid Löber. Durch Satzungerweiterung nun zusätzlich als Mitglied im Präsidium: Generalsekretär Ludger Schulte-Hülsmann.

Das neugewählte DLRG-Präsidium:

Präsident:	Dr. Klaus Wilkens
Vizepräsidenten:	Jochen Brünger Andreas Fischer-Appelt Dr. Detlev Mohr
Schatzmeister:	Walter Beuchel
Leiter Ausbildung:	Helmut Stöhr
Leiter Einsatz:	Ortwin Krefl
Arzt:	Dr. Peter Pietsch
Leiter Verbandskommunikation:	Achim Wiese
Justitiarin:	Astrid Löber
Generalsekretär:	Ludger Schulte-Hülsmann

DFV legt dem Bund konkreten Maßnahmenkatalog zum Katastrophenschutz vor



Mit einem Maßnahmenpaket zum Katastrophenschutz wollen der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und der Deutsche Städtetag die Sicherheitslage in der Bundesrepublik nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten verbessern. Dieser Forderungskatalog sieht gezielte Investitionen in Teilbereiche des Katastrophenschutzes aber auch organisatorische Maßnahmen vor. Der Forderungskatalog ist dem Bundesministerium des Innern zugeleitet worden und wird vom DFV mit Nachdruck verfolgt. Grundlage ist eine Analyse der veränderten Sicherheitslage und der Strukturen im deutschen Katastrophenschutz.

Der DFV als Spitzenverband des Feuerwehrwesens, der Ende September den Nachholbedarf bei Fahrzeugbeschaffungen in diesem Bereich auf mindestens 100 Millionen Mark beziffert hatte konkretisiert jetzt die notwendigen Investitionen. So muss es Ersatzbeschaffungen für überalterte Einsatzfahrzeuge (Löschfahrzeuge, Schlauchwagen, ABC-Spezialfahrzeuge), veraltetes Material und Gerät geben; der ausgesetzte Beschaffungsplan, zum Beispiel für den ABC-Schutz, muss noch im laufenden Haushaltsjahr mit aufgestockten Bundesmitteln wieder aufgenommen werden.

Geschaffen werden soll auch eine Task Force Schnell-Analytik gegen chemische Gefahren mit leistungsfähigem, mobilen Gerät. Zudem sollen für die Abwehr von besonderen Gefahren bundesweit verteilte Stützpunkte mit Spezialausrüstung und dem dafür notwendigen Personal eingerichtet werden.

Auf der organisatorischen Ebene fordert der DFV Anstrengungen in der Aus- und Fortbildung von Katastrophenschutzkräften, Aufhebung der formalen Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz sowie

die Einrichtung von so genannten Sicherheitskoordinationsausschüssen in den Kreisen und kreisfreien Städten. Dort sollen mit den beteiligten Sicherheitsbehörden mögliche Schadensszenarien definiert werden, die bei veränderter Sicherheitslage drohen.

Die deutschen Feuerwehren fordern überdies Risikoanalysen, Erfassung gefährdeter Objekte, Aufbau einer Informationszentrale und eines bundesweiten Datenmanage-

ments. Für notwendig hält der DFV auch den Aufbau eines Warn- und Informationssystems für die Bevölkerung sowie eine Bestandsaufnahme bei der medizinischen Versorgung von Verletzten in großer Zahl. DFV und Städtetag halten Kapazitäten und entsprechende Konzepte für einen Massenansturm von Verletzten für nötig. Hintergrund sind die Kostendämpfung im Gesundheitswesen und der damit verbundene Abbau von Klinikbetten.

Ab ins Netz: www.dfv.org wird immer attraktiver

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) wird seine Homepage im Internet sukzessive ausbauen. Zielgruppe ist vor allem die Fachöffentlichkeit der rund 1,3 Millionen Feuerwehr-Angehörigen in Deutschland, denen ein hoher Lesernutzen geboten werden sollen. Gemeinsam mit seinen Partnern plant der DFV, ein Diskussionsforum einzurichten, die Ausgaben der Deutschen Feuerwehrzeitung aktuell zum Download anzubieten und künftig auch wissenswerte Informationen aus anderen Quellen über die Arbeit der Feuerwehren zu veröffentlichen.

Schon jetzt zeichnet sich www.dfv.org durch einzigartige Serviceleistungen für die Angehörigen der Feuerwehren aus: Im Bereich der Fachthemen werden regelmäßig offizielle Arbeitsergebnisse veröffentlicht, so zuletzt die Leitstellen-Thesen und die Forderungen zur Einführung des Digitalfunks des DFV und der AGBF sowie die Ausarbeitung über die Zusammenarbeit von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk. Weitere Merkblätter und

Grundsatzpapiere werden folgen, zum Beispiel über das Handling beim Einsatz an Hybridfahrzeugen (siehe auch Beitrag im Rundblick).

„Der DFV will seine Homepage als schnelles Informationsmedium für das Feuerwehrwesen profilieren“, sagt DFV-Bundesgeschäftsführer Herbert Becker. Beispielfähig erwähnt sei die aktuelle Berichterstattung über die Feuerwehr-Olympiade im finnischen Kuopio in Wort und Bild mit insgesamt 15 Beiträgen auf der Homepage.

Bundesgeschäftsführer Becker: „Der Deutsche Feuerwehrverband wird auch mit Hilfe des Mediums Internet konsequent seinen Weg weiter verfolgen. Er wird seine Stellung als Kompetenzzentrum und Informationszentrale des deutschen Feuerwehrwesens ausbauen und stärken, gemäß dem Auftrag seines Vorstandes und seiner ordentlichen Mitglieder.“



27. Bundeswettbewerb Rettungsschwimmen des DRK

Medaillen mit zwei Seiten

Eine Medaille mit zwei Seiten gab es beim Bundeswettbewerb im Rettungsschwimmen zu gewinnen, der in Brandenburg an der Havel im und um das dortige Marienbad stattfand. Rund 400 Mitwirkende aus fast allen Bundesländern waren angereist, um ihr Können in Erster Hilfe und Wasserrettung unter Beweis zu stellen.

Dabei konnten die Teilnehmer im Theorieteil die eine Seite der Medaille erlangen. Dazu durchliefen sie einen Erste-Hilfe-Parcours. Vor traumhafter Kulisse waren in den Wäldern auf dem Marienberg konkrete Unfallsituationen naturgetreu nachgestellt worden. Hier zeigten die knapp 200 Sportler anhand konkreter Unfallsimulationen ihr Geschick in Erster Hilfe.

In zahlreichen Szenen mussten die einzelnen Mannschaften schnell entscheiden, wer welche Aufgabe bei der Rettung der Opfer übernimmt. Ob es dabei um einen Kletterunfall auf dem Spielplatz, eine Schlägerei unter Jugendlichen mit mehreren Verletzten, einen Grillunfall mit Brandwunden, einen Fahrradsturz mit Verdacht auf Wirbelsäulenverletzung, ein in einen Teich gefallenes Kind oder ein Paar beim Waldspaziergang ging, wo einer der beiden einen Herzinfarkt und der andere einen Schock erlitt - immer waren das jeweilige Überraschungselement und die konkrete Verletzung der Opfer die Hürden für die Retter.

Unter den Augen der Schiedsrichter meisterten die Teilnehmer diese Hürden und zeigten eine fachgerechte und rasche Versorgung der „Opfer“.

Beim Praxisteil stand die zweite Seite der Medaille auf dem Spiel. Dazu trafen sich die Teilnehmer am Mittag in der Schwimmhalle des Marienbades. Hier ging es in „feuchtfröhlicher Runde“ darum, die Frage: „Wer sind die besten Ret-

tungsschwimmer?“ zu beantworten. Während begeisterte Fans am Beckenrand die Sportler lautstark anfeuerten, zeigten diese sich ungerührt. Sie konzentrierten sich ganz auf die sechs vorgegebenen Disziplinen. Ob beim Flossenschwimmen, Tauchen oder Kleiderschwimmen: Überall zeigten die Sportler, was es mit der Wasserrettung alles auf sich hat. Dabei fehlten weder die Rettungsschwimmstaffeln, die Rettungsleinenstaffeln noch die Kombinationsstaffeln.

Beim „Durchschwimmen“ der Staffeln ging es hoch her, und so mancher Schiedsrichter wurde nass, als die hart trainierten Teilnehmer ihr Können zeigten. Unterstützt von den Anfeuerungsrufen der mitgereisten Mannschaftsbetreuer/Ausbilder wurde gerettet, was das Zeug hielt. Dabei sprangen die Sportler immer wieder ins kühle Nass, um die Vielfalt ihres Könnens zu zeigen. Doch irgendwann ist auch der schönste Wettkampf mal vorbei, und so stiegen alle Schwimmer nach der letzten Staffel aus dem Wasser und strömten in die Umkleidekabinen.

Nach einer angemessenen Pause zum Trocknen der Kleider traf man sich zum gemeinsamen Abendessen und der Siegerehrung. Hier galt es, die besten Leistungen in Theorie und Praxis in einer Medaille zusammenzufassen und an die Ersten zu vergeben. Zunächst gab es lobende Worte für die Disziplin der Rettungsschwimmer von Seiten des Vorsitzenden des Bundesausschusses der Wasserwacht, Christoph Franzeck. Dann betonte Peter Madel als verantwortlicher Schiedsrichter bei den Erste-Hilfe-Übungen, dass sich das Erste-Hilfe-Können der Sportler in den letzten sieben Wettbewerbsjahren laut einer Umfrage unter Schiedsrichtern enorm verbessert habe. Inzwischen war die Spannung nach den Siegern des Tages auf dem Höhepunkt angelangt und die Vor-

freude auf die Siegerkundgebung fast greifbar. Und dann wurden die Besten bekannt gegeben: Sieger unter den Damenmannschaften wurden die Frauen aus dem Landesverband Sachsen. Die Herren aus Sachsen (Kreisverband Giesar) nahmen den nächsten Sieg mit nach Hause. Und auch bei den gemischten Mannschaften ging der Sieg an die Teilnehmer aus Sachsen (Kreisverband Chemnitz).



Die siegreichen Sachsen beim Versorgen einer Schockverletzten.

Foto: Weichbrodt

Einig waren sich alle Beteiligten darin, dass Organisation und Ablauf des Wettbewerbes den Ausrichtern einiges abverlangt hatte. Ohne die tatkräftige Unterstützung der zahlreichen Helfer im Hintergrund wäre der Bundeswettbewerb in dieser Form nicht möglich gewesen. Ein besonderer Dank für die Versorgung aller Beteiligten galt darum dem Landesverband und dem Kreisverband Brandenburg. Ihre Zufriedenheit drückten die Teilnehmer denn auch durch laute Forderungen nach einer „Zugabe“ aus. Bleibt also zu hoffen, dass es auch im nächsten Jahr für die Wasserwachtler wieder heißt: „Pack die Badehose ein...“

Esther Joho

Das Hochwasser fällt, die Ernte verfault

Johanniter-Unfall-Hilfe im Einsatz in Polen



Am 7. August diesen Jahres meldete die Deutsche Presse Agentur: „Das polnische Hochwasser verebt in der Ostsee“. Die Lage sei nicht mehr bedrohlich, hieß es. Doch die Meldung war weder ganz richtig noch ganz falsch. Doch erst nach dem Hochwasser wird das gesamte Ausmaß der Katastrophe sichtbar: Wieder ist die Existenz Tausender vernichtet, sind Häuser und Höfe zerstört, ist die Ernte verfault und die Trinkwasserversorgung zusammengebrochen. Besonders betroffen sind die ärmeren Obst- und Gemüsebauern.

Mariusz Wilk macht was her: Schwarze, lockige Haare und dunkelbraune Augen, ein imposanter Schnauzbart und braungebrannt die Haut, das Hemd halb aufgeknöpft

und ein goldenes Kreuzifix an einer Halskette. Doch sein Blick ist müde. Matt und resigniert hockt er rauchend auf dem Deich vor einem Verschlag aus Plastikfolie und LKW-Planen, in dem er und seine Frau Stefania jetzt hausen. Sie steht barfuß neben einer improvisierten Kochstelle aus einigen Ziegeln und einem alten Ofenrohr und versucht eine Suppe aufzuwärmen. „Schauen Sie auf unsere herrliche Terrasse“, sagt sie mit einem bitteren Lachen. Dann schlägt sie die Hände vor dem Gesicht zusammen und weint.

Über einer Latte hängen Zaumzeug und Geschirr für einen Ackergaul. „Unser Pferd habe ich bei Nachbarn unterstellen können, doch wovon soll ich jetzt Hafer kaufen“, sagt Wilk. Direkt hinter dem Deich

steht das kleine Backsteinhaus der Familie. Die Fenster sind zerborsten, die aufgeweichten Möbel sind kunterbunt durcheinander gewürfelt. Knöchelhoch bedeckt eine schlammige, stinkende, dunkelbraune Brühe den Boden. Bis zum Dach stand das Wasser. Auf dem Deich zeugen die noch immer triefenden Sandsäcke von dem verzweifelten Kampf gegen die Flut. Doch der Damm brach an einer anderen Stelle. Die Flussniederung an einem Nebenarm der Weichsel lief voll wie eine Badewanne.

Getroffen hat es besonders die Obst- und Gemüsebauern der Gegend wie Mariusz Wilk. Hilflos müssen sie mitansehen, wie ihre unreifen Früchte nun auf den überschwemmten Feldern verfaulen.



Das ablaufende Wasser gibt den Blick frei auf ein Bild der Zerstörung



„Die Existenz dieser Menschen wurde vernichtet“, sagt Witold Garuszek, Bürgermeister der Gemeinde Samborzec, die 120 Kilometer südwestlich von Lublin am Oberlauf der Weichsel liegt. Hier ist in der vergangenen Nacht der erste Hilfstransport der Johanniter mit Schlafsäcken, Gummistiefeln, Desinfektionsmitteln und Babynahrung eingetroffen. Kurzfristig hatten das Auswärtige Amt und die Evangelische Kirche im Rheinland Mittel zur Verfügung gestellt.

Mehr als 30 Stunden waren Rüdiger Buß, Referent Einsatzdienste des Landesverbandes Bayern, und Wolfgang Strahl, Rettungsdienstleiter des Regionalverbandes Allgäu, mit ihren beiden Trucks von Kempten aus unterwegs. Ruhe gönnen sich Buß und seine Mannschaft nicht. In Windeseile entladen sie noch in der Nacht mit einer Gruppe örtlicher Pfadfinder ihre Laster. Während am nächsten Morgen die Gemeindegewestern, begleitet von Pfarrer Roman Pracki, vom Diakonischen Diakonischen Werk Polen mit der Verteilung der Hilfsgüter beginnen, befinden sich die bayrischen Johanniter schon wieder auf der Rückfahrt. In Kempten wird bereits der nächste Transport vorbereitet für die Gemeinde Solec na Wisla, 30 Kilometer nördlich gelegen.

Ebenso wie in Samborzec ist auch hier die gesamte Trinkwasserversorgung zusammengebrochen. Mindestens zwei Monate wird es dauern, sie wieder instandzusetzen. Mit Tankwagen versucht die Feuerwehr, die Bevölkerung mit Wasser zu versorgen.

Gleichzeitig wächst die Angst vor Krankheiten und Epidemien. Während das Hochwasser langsam zurückgeht, beginnen Müll, Kadaver, Fäkalien und aufgeweichte Möbel in der Sonne zu verrotten. Bei einer Fahrt mit dem Trecker durch die überfluteten Straßen bestürmen die aufgeregten Anwohner den Bürgermeister. Der kann nur hilflos abwinken: „Jedes Müllfahrzeug würde stecken bleiben und außerdem muss die staatliche Kommission erst eine Bestandsaufnahme machen, um den Gesamtschaden festzustellen“, sagt Gregor Kucharczyk.

In der 7.000-Einwohner-Gemeinde wurden 400 Wohnhäuser und die Grundschule vom Hochwasser zer-

stört. 1.500 Menschen sind in Schulen und Turnhallen sowie bei Nachbarn und Verwandten untergebracht. Wer Haus und Hof verloren hat, soll mit 15.000 Zloty, umgerechnet etwa 7.000 Mark, vom Staat entschädigt werden. Für Bürgermeister Kucharczyk ist das eher eine rein ideelle Hilfe. Ein einfaches Holzhaus zu bauen, koste ungefähr 25.000 Mark, rechnet er vor, vom notwendigen Hausrat ganz zu schweigen.

Wie es weitergehen soll, weiß so recht niemand. Dass sich die Johanniter auch am Wiederaufbau beteiligen, ist eher unwahrscheinlich. „Unsere Kernkompetenz ist die Nothilfe und die Rehabilitation medizinischer Einrichtungen. Doch so lange die Spendengelder reichen, werden wir auch helfen“, sagt Jörg Lüssem, Leiter von Johanniter International (JOIN).

Bis Anfang September hatten die Johanniter folgende Mengen an Hilfsgütern in das Hochwassergebiet gebracht: 1.909 Schlafsäcke, 1.960 Luftmatratzen, 2.160 Paar Gummistiefel, 1.100 Paar Gummihandschuhe, 9.000 Liter Desinfektionsmittel, 12.200 Müllsäcke, 595 Blasebälge und sechs Paletten Babynahrung.

Johanniter planen Hilfsmaßnahmen für Afghanistan

Mit der Lieferung medizinischer Hilfsgüter wollen sich die Johanniter an den internationalen Hilfsmaßnahmen für die notleidende afghanische Bevölkerung beteiligen. Hierfür haben die Johanniter kurzfristig 100.000 Mark bereitgestellt. Geliefert werden sollen standardisierte Medical-Kits, die nach Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammengestellt werden, und die medizinische Basisversorgung von jeweils 10.000 Menschen über einen Zeitraum von drei Monaten sicherstellen. Die Medical-Kits enthalten unter anderem Antibiotika, Mittel

gegen Durchfallerkrankungen, Schmerzmedikamente, Infusionslösungen, chirurgische Bestecke sowie Vitaminpräparate und medizinisches Verbrauchsmaterial. „Wir werden uns zusammen mit lokalen Partnern direkt in Afghanistan engagieren. Zu einem späteren Zeitpunkt können wir uns auch den Einsatz mobiler Ambulanzen vorstellen“, so Jörg Lüssem, Leiter von Johanniter International (JOIN).

Nach Angaben des UN-Welt Ernährungsprogramms (WFP) sind bereits jetzt auf Grund lang anhaltender Dürre und Bürgerkriegswirren zirka 7,5 Millionen Menschen in Afghanistan akut bedroht. Die Zahl der Binnenflüchtlinge wurde bereits vor Beginn der US-Kampfhandlungen auf mehr als 900.000 geschätzt. Betroffen von Unterernährung und mangelnder medizinischer Versorgung sind hauptsächlich Kinder und Frauen. Laut UNICEF sind besonders Kinder in der Altersgruppe unter fünf Jahren gefährdet. 40 Prozent der Kinder erreichen das fünfte Lebensjahr nicht.

Alte Menschen sind oft völlig auf sich allein gestellt. Wenn der Pflegefall eintritt, stehen sie häufig vor scheinbar unlöslichen Problemen. Das muß nicht sein! Die Mobilen Sozialen Hilfsdienste der Johanniter kommen ins Haus, pflegen, machen den täglichen Haushalt, bieten Zuwendung und geben neuen Lebensmut.

Rufen Sie uns an. Die Rufnummer der Johanniter finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch.

DIE JOHANNITER

Ausbildung am Minenfeld

Bei uns ist alles ganz einfach: Jemand verletzt sich, ein Ersthelfer kommt, öffnet den Verbandkasten, versorgt den Patienten bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes, der ihn in das nächste Krankenhaus fährt. Rettungskette nennt man das. Aber was ist, wenn es keinen Ersthelfer gibt? Und keinen Verbandkasten? Keinen Rettungsdienst? Und das nächste Krankenhaus zwei Stunden entfernt und völlig überlastet ist?

Dies ist kein OHorror-Szenario, sondern Alltag im Kosovo. Grund genug für die Malteser, sich hier zu engagieren.



Aus den Berichten der im Kosovo tätigen Malteser resultierte der Anstoß für ein Projekt, welches die Abteilung Ausbildung gemeinsam mit dem Auslandsdienst Mitte letzten Jahres begonnen hat. Da es nur wenige, in der Regel schlecht ausgestattete und überlastete Kliniken gibt, ein Rettungswesen praktisch nicht vorhanden ist, steht die Bevölkerung Verletzten und Erkrankten meist hilflos gegenüber.

Ziel des Projektes war es daher, zunächst möglichst viele Teilnehmer in Erster Hilfe auszubilden und zu eruiieren, ob und wie eine nachhaltige Ausbildungsstruktur aufgebaut werden könnte. Inhalte und Techniken der Ersten Hilfe wurden den Gegebenheiten vor Ort angepasst. Das Improvisieren stand hier im Vordergrund: Sterile Verbandmittel, geeignete Schienen oder auch einfache Dreiecktücher sind im Kosovo prak-

tisch nicht verfügbar. T-Shirts, Stöcke oder Stoffreste müssen reichen.

Mit einem speziell zugeschnittenen Programm konnten die Malteser insgesamt über 300 Personen aus der Zivilbevölkerung in Erster Hilfe ausbilden. Auch lokales Hilfspersonal nahm das Angebot der Malteser an: In Zusammenarbeit mit der UNMIK und der deutschen KFOR-Truppe wurden 38 Mitglieder der sich im Aufbau befindlichen „Kosovo-Polizei“ in Erster Hilfe und 43 Mitglieder örtlicher Feuerwehren in Prizren und Suva Reka in der basismedizinischen Versorgung geschult.

Das Ausbildungsprojekt des MHD im Kosovo wurde von über 300 Personen dankbar angenommen.

Der tatsächliche Erfolg des Projektes liegt aber in der Gewinnung von nahezu 50 Interessenten, die sich durch Lehrscheinhaber der Malteser vor Ort zu Auszubildern qualifizieren lassen. Damit besteht die Hoffnung, dass sich die Basisversorgung im Kosovo nachhaltig ein Stück verbessert und damit die Grundlage für ein sich langsam aufbauendes Rettungssystem gelegt werden kann.

Dank für den Sanitätsdienst zum Heiligen Jahr

Zum Abschluss des Heiligen Jahres ist der über zwölfmonatige Sanitätsdienst des Malteser Hilfsdienstes in den vier Hauptbasiliken

Roms besonders gewürdigt worden. Der Malteser Hilfsdienst habe „es durch seinen pünktlichen, selbstlosen, freiwilligen Einsatz ermöglicht, zum Wohl der Millionen Pilger, die im Heiligen Jahr nach Rom gekommen sind, eine medizinische Erste-Hilfe-Leistung sicherzustellen“, schreibt der Großkommandeur des Malteserordens, Fra' Ludwig Hoffmann von Rumerstein, an den deutschen Einsatzleiter Benedikt Liefländer. Dieser Einsatz habe das Ansehen des Malteserordens, in dessen Auftrag er zusammen mit Hilfsdiensten der Malteser aus anderen Ländern durchgeführt wurde, und seiner Hilfsdienste zweifelsohne gefördert, ebenso seine Beziehungen zum Heiligen Stuhl.

Chef der römischen Verkehrspolizei durch MHD ausgezeichnet

Seit 20 Jahren unterstützt die Kradstaffel der Polizia Municipale die Malteser Behinderten-Romwallfahrten, indem sie virtuos bis artistisch sowie zielgerichtet und zeitgerecht unsere Busse in Rom durch den für Außenstehende chaotischen Verkehr zu den Veranstaltungsorten schleust.



Benedikt Liefländer überreicht Maggiore Lucignano Lucignani die Verdienstplakette in Gold.

Dem Chef der römischen Verkehrspolizei Maggiore Lucignano Lucignani wurde nunmehr eine besondere Ehrung zuteil: Im Großmagisterium des Malteserordens in Rom verlieh ihm Benedikt Liefländer, Bereichsleiter im Generalsekretariat, in Anwesenheit des Großkommandeurs Fra' Ludwig Hoffmann von Rumerstein im Auftrag des Präsidenten des Malteser Hilfsdienstes die Verdienstplakette in Gold.





Katastrophenresistente Infrastrukturen

Die Verwundbarkeit von hoch industrialisierten Ländern und deren Infrastruktur nimmt zweifellos ständig zu. Die Terroranschläge in New York und Washington haben deutlich gemacht, welche Dimension allein objektbezogene Katastrophenereignisse in ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft und ihre Infrastrukturen heute erreichen können.

Kritische Infrastrukturen im Rahmen der Katastrophenvorsorge betreffen bevölkerungsbezogen die Bereiche Ver- und Entsorgung, Kommunikation, Verkehr, Produktion und Dienstleistungen sowie lebensnotwendige Anlagen und Gebäude und deren raumbezogene Vulnerabilität.

Die fortschreitende Urbanisierung, Bevölkerungsdichte, wirtschaftlich-technischer Fortschritt und die zunehmende soziotechnische Vernetzung haben in den Industrienationen zu einer deutlichen Zunahme der Katastrophenanfälligkeit geführt.

Nachhaltige Perspektiven für das Erreichen katastrophenresistenter Infrastrukturen erfordern deshalb zunächst deren Einordnung in das komplexe Ensemble der jeweiligen Vulnerabilitätsdimensionen.

Vulnerabilität gegenüber Katastrophen

Die Vulnerabilität eines Landes, einer Region oder kommunalen Gebietskörperschaft ergibt sich aus dem Beziehungsdreieck von Ereignis, Schadenspotential und Reaktionspotential. Infrastrukturmerkmale sind dabei nur ein Element des katastrophenrelevanten Inventars eines Gemeinwesens.

Während beispielsweise die Versorgung mit Wasser und Energie, Flughäfen, Bahnanlagen, Häfen, Dämme, Tunnel oder Industrieanlagen katastrophenrelevanten Infrastrukturelementen zuzuordnen wären, rechnet man zum Beispiel Wohnhäuser und auch Hochhäuser nach der hier gegebenen Definition eher dem verwundbaren Sachkapital zu.

Die Inventarisierung des Schadenspotentials kann selbstverständlich beliebig detailliert werden und ist natürlich auch zu den ereignisspezifischen Vulnerabilitäten in Beziehung zu setzen.

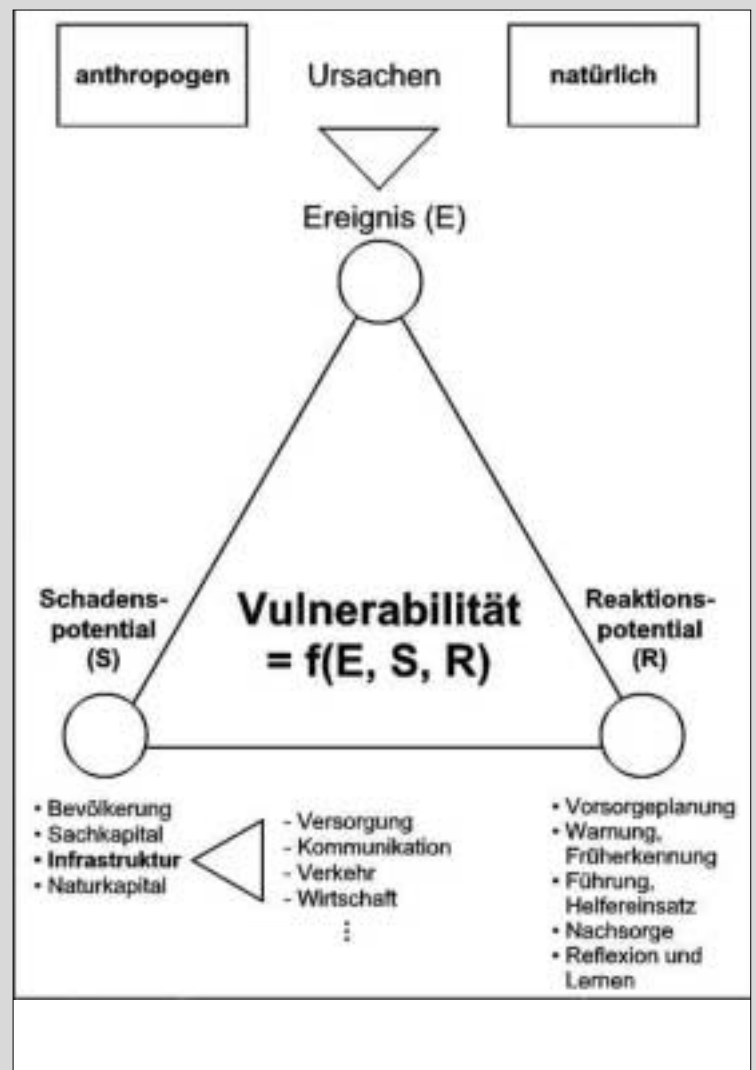
Gefahren- und Konfliktpotentiale

Die Verwundbarkeit des von einer Gefahr bedrohten Raumes und dessen Infrastruktur wird im wesentlichen von deren auslösender Ursache

und dem sich daraus ergebenden Ereignisgefüge bestimmt.

Anthropogene Ursachen sind nicht zuletzt aufgrund der komplexeren Wechselwirkungen zwischen Mensch und technogenen Gefahrenpotentialen für Deutschland inzwischen ebenso katastrophenrelevant wie Hochwasser- oder Sturmgefahren.

Besonders bei den im Zusammenwirken von Menschen und zivilisatorischen Risiken hervorgerufenen Gefahren mischen sich in zeitlichen Zusammenhang mehrere Risikoele-



Vulnerabilität gegenüber Katastrophen.



mente zu komplexen Ereignisgefügen.

Kriege und Terroranschläge als klassische von Menschen herbeigeführte Katastrophen gehören in diese Kategorie.

Im Rahmen einer integrierten Betrachtung katastrophensensibler Infrastrukturen sind neben den Naturkatastrophen national deshalb vor allem auch die industrielländertypischen Gefahrenpotentiale zu betrachten.

Infrastrukturen im Kontext der Nachhaltigkeit

Der Brockhaus definiert „Infrastruktur“ als „die Gesamtheit der staatlichen und privaten Anlagen, Einrichtungen und Gegebenheiten, die den Wirtschaftseinheiten als Grundlage ihrer Aktivitäten vorgegeben sind“ und unterscheidet in technische und soziale Infrastrukturen.

Das Leitbild Nachhaltigkeit, d.h. der Entwicklung einer zukunftsfähigen Lebenswelt, verlangt neben der Betrachtung der mehr auf die ökonomischen Imperative der Katastrophenvorsorge ausgerichteten Infrastrukturelemente auch die Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Infrastrukturen sowie deren institutionelle Hinterlegung.

Auch sie sind für die Katastrophensensibilität relevant. Fällt die jeweilige Bilanz negativ aus, sind katastrophensensiblen Infrastrukturen nicht

nachhaltig entwickelt, so hat das unmittelbar Auswirkungen auf die Katastrophensensibilität. Katastrophensensiblen Infrastrukturen setzen institutionell eine disziplinübergreifende Kooperation in der Forschung und bei Behörden und Organisationen, die mit der Katastrophenvorsorge befasst sind zwingend voraus.

Wege für die praktische Reflexion

Gegenwärtig existieren geeignete Indikatoren zur Beurteilung der Katastrophensensibilität allenfalls nur in wenigen Teilbereichen der Katastrophenvorsorge. Zwar lernen wir gelegentlich im Rahmen der Reflexion von stattgefundenen Katastrophen und stellen dann ereignis- und objektbezogen dem Schadensverlauf vielleicht auch infrastrukturelle Schwachstellen gegenüber, über einen methodischen und damit analytischen Zugang zur Indizierung der Katastrophensensibilität bestehender Infrastrukturen verfügen wir heute noch nicht. Das Erfassen und die Modellierung von Infrastrukturdaten in Bezug auf ihr Vulnerabilitätspotential wird im Rahmen der Katastrophenvorsorge jedoch zunehmend in integrative Ansätze zur Beurteilung der Katastrophensensibilität eingebunden. In diesem Zusammenhang sei auf das Forschungsvorhaben des BMI zur Erstellung eines Schutzdatenatlasses verwiesen, welches an der

Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel durchgeführt worden ist. Dieses Projekt hatte die übergeordnete Zielsetzung ein bundesweit anwendbares Verfahren zu entwickeln, das geeignet ist, Vulnerabilitäten sämtlicher gesellschaftlicher Teilbereiche in Deutschland festzustellen, um eine effektive und effiziente Gefahrenabwehr ereignisangepasst zu ermöglichen.

Die in Kiel erarbeitete Systematik könnte es gestatten regionale Vulnerabilitäten vorhandenen Reaktions- bzw. Bewältigungspotentialen gegenüber zu stellen und über einen „Schutzindex“ die jeweilige Vulnerabilität zu beurteilen.

Das Problem der langfristigen Entwicklung katastrophensensibler Infrastrukturen ist jedoch ein anderes. Es erfordert zunächst eine integrative Katastrophenforschung. Diese muss in ihren Ansätzen über die reine Auflistung und Kartierung möglicher Gefahrenpotentiale und ihrer Auswirkungen hinausgehen. Es bedarf der Entwicklung ereignisbezogener Partialmodelle, um die raumzeitlichen Abläufe und Wechselwirkungen auf infrastrukturelle Schäden abbilden und damit Grundlagen für eine langfristige und nachhaltige Vorsorgeplanung im Sinne katastrophensensibler Infrastrukturen schaffen zu können.

*Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn,
Bundesvorsitzender der ARKAT e. V.,
Braunschweig*

ökonomisch	ökologisch	sozial	institutionell
○ Versorgung (Energie, Wasser, ...)	○ Flächennutzung	○ Bevölkerung	○ Forschung
○ Kommunikation	○ Klimadaten	○ Gesundheitswesen	○ Behörden
○ Verkehr	○ Relief	○ Arbeit	○ Organisationen
○ Wirtschaft	○ Fauna und Flora	○ Ernährung	○
○	○	○ Bildung	
		○	

Katastrophensensiblen Infrastrukturen.

(Grafiken: Klaus-Dieter Kühn)



Wasserversorgungsprojekte des THW

Sieben Brunnen für die Dürregebiete Kenias

Um die Not von Millionen von Menschen in dem von Dürre heimgesuchten Kenia zu lindern, beauftragte die amerikanische Regierung, vertreten durch USAID/OFDA, das THW mit der Durchführung eines nachhaltig wirkenden Notwasserversorgungsprogramms. Zwischenzeitlich waren drei Experten des THW zur Erkundung in Garissa, Kenia, um die Möglichkeiten zur Rehabilitation und Regeneration an 21 Brunnen zu erkunden. Diese Tiefbrunnen haben eine durchschnittliche Tiefe von 180 Metern und fördern zwischen fünf und 16 Kubikmeter Wasser in der Stunde. Gespeist werden sie zum größten Teil aus einer unterirdisch verlaufenden, wasserführenden Schicht, dem sogenannten Merti Aquifer. Das Merti Aquifer nimmt seinen Ursprung oberirdisch am 1000 km entfernten Mount Kenia.

In Übereinstimmung mit Mitarbeitern der kenianischen Wasserwirtschaftsbehörden wurden sieben Brunnen für das Projekt ausgewählt, das das THW gemeinsam mit der ortsansässigen Beratungsfirma Rural Focus durchführt.

Die Basis für das Projekt soll in Dadaab errichtet werden. Hier werden fünf THW-Helfer in einem Stützpunkt der Vereinten Nationen (UN) in Zelten untergebracht werden. Von dieser Basis aus werden die bis zu 100 Kilometer entfernten Brunnen bzw. Baustellen bedient, wo zum Teil technisch sehr aufwendige Arbeiten notwendig sind.

Diese überwiegend technische Hilfe wird durch soziale Maßnahmen (Capacity Building) ergänzt. Dabei gilt es das Eigentumsbewusstsein der Kommunen für die Brunnen

zu fördern und zu einer Sensibilisierung im Umgang mit Wasser beizutragen. Gleichzeitig werden Schulungen und On-The-Job Trainings im Bereich des Management (Economic Self-Sufficiency), der Buchhaltung und der technischen Aufgaben für das zuständige Personal angeboten.

Zur Zeit werden die Materialien für das Projekt vor Ort und in Deutschland beschafft. Aus Sicherheitsgründen befinden sich zur Zeit keine Mitarbeiter in Dadaab. Die Einrichtung der Basis erfolgt voraussichtlich in der Zeit vom 20.11. bis zum 5.12.2001. Das bis Ende April 2002 befristete Projekt wird durch USAID finanziert.

Sieben Wasserbehälter für afghanische Flüchtlinge

Vom 09. bis zum 14.11.2001 reiste ein Experte des Technischen Hilfswerks zusammen mit einem Vertreter des Auswärtigen Amtes in den Iran,

und dem Roten Halbmond auf dem Programm.

Vor Ort konnte sich der THW-Mitarbeiter von der guten Arbeit des Iranischen Roten Halbmondes überzeugen. Sowohl im Lager Mile 46 als auch im Lager Makaki entspricht die Wasserversorgung wie auch die Gesamtkonzeption den Vorgaben des UNHCR. In beiden Lagern werden derzeit rund 8.000 Flüchtlinge versorgt.

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes wird das THW zur Erhöhung der Wasserreserven dem Iranischen Roten Halbmond sieben transportable Wasserbehälter mit je 3.000 Litern Fassungsvermögen zur Verfügung stellen. Diese sind bereits in Teheran eingetroffen, um dann umgehend in die Lager gebracht worden.

Aufgrund der vorhandenen Strukturen erscheint ein Einsatz des THW zur Zeit nicht notwendig.

Der UNHCR hat dem THW erneut für die Beteiligung an der Erkundung Anfang Oktober seinen Dank ausgesprochen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse kämen nun der Arbeit des Kin-



Ausreichend sauberes Wasser für rund 8000 afghanische Flüchtlinge gewährleisten die Wasserbehälter des THW

um die Wasserversorgung der Flüchtlingslager Makaki und Mile 46 zu erkunden.

Ausserdem standen Gespräche mit iranischen Behörden

derhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) zu Gute.

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz

Referat Information -
Öffentlichkeitsarbeit

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-358-5824

INFO
SERVICE

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Bände an meine Anschrift:

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

folgende Bände sind noch erhältlich:

Band 45

Volkmar Held: Technologische Möglichkeiten einer möglichst frühzeitigen Warnung der Bevölkerung - Kurzfassung
Technological Options for an Early Alert of the Population - Short Version
2001, 145 Seiten, Broschur *

Band 42

45., 46. und 48. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern - Vorträge
2000, 344 Seiten, Broschur *

Band 36

M. Weiss, B. Fischer, U. Plappert und T. M. Fliedner: Biologische Indikatoren für die Beurteilung multifaktorieller Beanspruchung. Experimentelle, klinische und systemtechnische Untersuchung
1998, 104 Seiten, Broschur

Band 33

J. Bernhardt, J. Haus, G. Hermann, G. Lasnitschka, G. Mahr, A. Scharmann: Laserspektrometrischer Nachweis von Strontiumnukliden
1998, 128 Seiten, Broschur *

Band 32

Günther Müller: Kriterien für Evakuierungsempfehlungen bei Chemikalienfreisetzungen
1998, 244 Seiten +Faltkarte, Broschur *

Band 31

G. Schallehn und H. Brandis: Beiträge zur Isolierung und Identifizierung von Clostridium sp. und Bacillus sp. sowie zum Nachweis deren Toxine
1998, 80 Seiten, Broschur *

Band 30

Gerhard Matz: Untersuchung der Praxisanforderung an die Analytik bei der Be-

kämpfung großer Chemieunfälle
1998, 192 Seiten, Broschur *

Band 29

D. Heseler, H. Kopp und U. Roller: Erfahrungen aus Abwehrmaßnahmen bei chemischen Unfällen
1997, 152 Seiten, Broschur *

Band 28

Ronald Zech: Wirkungen von Organophosphaten
1997, 110 Seiten, Broschur *

Band 27

Georg Ruhrmann, Matthias Kohring: Staatliche Risikokommunikation bei Katastrophen.
Informationspolitik und Akzeptanz
1996, 207 Seiten, Broschur *

Band 26

43. und 44. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bun-

desminister des Innern -
Vorträge

1997, 326 Seiten, Broschur
*

Band 25

Klaus Buff, Helmut Greim:
Abschätzung der gesundheitlichen
Folgen von Großbränden. Literaturstudie
Teilbereich Toxikologie

1997, 138 Seiten, Broschur
*

Band 24

42. Jahrestagung der Schutz-
kommission beim Bundesmi-
nister des Innern - Vorträge

1996, 205 Seiten, Broschur
*

Band 23

Klaus Haberer, Uta
Böttcher: Das Verhalten von
Umweltchemikalien in Boden
und Grundwasser

1996, 235 Seiten, Broschur
*

Band 22

Beowulf Gloebel, Christiane
Graf: Inkorporationsvermin-
derung für radioaktive Stoffe
im Katastrophenfall

1996, 206 Seiten, Broschur
*

Band 21

Arbeiten aus dem
Fachausschuß III: Strahlen-
wirkungen - Diagnostik und
Therapie

1996, 135 Seiten, Broschur
*

Band 20

Arbeiten aus dem
Fachausschuß V:

I. D. Henschler: Langzeit-
wirkungen phosphor-orga-
nischer Verbindungen

II. H. Becht: Die zellver-
mittelte typübergreifende
Immunantwort nach Infektion
mit dem Influenzavirus

III. F. Hoffmann, F.
Vetterlein, G. Schmidt: Die
Bedeutung vasculärer Reakti-
onen beim akuten Nieren-
versagen nach großen Weich-
teilverletzungen (Crush-Niere)

1996, 127 Seiten, Broschur
*

Band 19

Radioaktive Strahlungen
I. B. Kromer unter Mitarbeit
von K.O. Münnich, W. Weiss
und M. Zähringer: Nuklid-
spezifische Kontaminations-
erfassung

II. G. Hehn: Datenaufberei-
tung für den Notfallschutz

1996, 164 Seiten, Broschur
*

Band 18

L. Clausen, W. R.
Dombrowsky, R. L. F.
Strangmeier: Deutsche Regel-
systeme. Vernetzungen und
Integrationsdefizite bei der
Erstellung des öffentlichen
Gutes Zivil- und Katastro-
phenschutz in Europa

1996, 130 Seiten, Broschur
*

Band 17

41. Jahrestagung der Schutz-
kommission beim Bundesmi-
nister des Innern - Vorträge

1996, 197 Seiten, Broschur
*

Band 16

F.E. Müller, W. König, M.
Köller: Einfluß von Lipid-
mediatoren auf die Patho-
physiologie der Verbren-
nungskrankheit

1993, 42 Seiten, Broschur
*

Band 15

Beiträge zur dezentralen
Trinkwasserversorgung in Not-
fällen

Teil II: Klaus Haberer und
Monika Drews:

1. Einfache organische
Analysenmethoden

2. Einfache Aufberei-
tungsverfahren

1993, 144 Seiten, Broschur
*

Band 14

Beiträge zu Strahlenschäden
und Strahlenkrankheiten

I. H. Schübler: Strahlenin-
duzierte Veränderungen an
Säugetierzellen als Basis für die
somatischen Strahlenschäden

II. K. H. von Wangenheim,
H.-P. Peterson, L.E.
Feinendegen: Hämopoese-

schaden, Therapieeffekte und
Erholung

III. T.M. Fliedner, W.
Nothdurft: Präklinische
Untersuchungen zur Beschleu-
nigung der Erholungsvorgänge
in der Blutzellbildung nach
Strahleneinwirkung durch Be-
einflussung von Regulations-
mechanismen

IV. G.B. Gerber: Radio-
nuklid Transfer

1993, 268 Seiten, Broschur
*

Band 13

H. Mönig, W. Oehlert, M.
Oehlert, G. Konermann: Mo-
difikation der Strahlenwirkung
und ihre Folgen für die Leber

1993, 90 Seiten, Broschur
*

Band 12

Biologische Dosimetrie
I. H. Mönig, Wolfgang
Pohlit, Ernst Ludwig Sattler:
Einleitung: Dosisabschätzung
mit Hilfe der Biologischen
Dosimetrie

II. Hans Joachim Egner et
al.: Ermittlung der Strahlen-
exposition aus Messungen an
Retikulozyten

III. Hans Mönig, Gerhard
Konermann: Strahlenbedingte
Änderung der Chemilumi-
neszenz von Granulozyten als
biologischer Dosisindikator

IV. Paul Bidon et al.: Zell-
membranänderungen als
biologische Dosisindikatoren.
Strahleninduzierte Mem-
branänderung im subletalen
Bereich. Immunbindungsre-
aktionen an Lymphozyten

1993, 206 Seiten, Broschur

5.000 Besucher auf der FLORIAN 2001 in Cottbus

Zentralstelle für Zivilschutz mit Messeauftritt zufrieden

Mitte September ist die FLORIAN 2001 im Cottbuser Messezentrum erfolgreich zu Ende gegangen, 4.762 Interessierte haben Ostdeutschlands größte Fachmesse für das Feuerwehr- und Rettungswesen besucht. Damit haben sich die Erwartungen von Seiten der Aussteller und des Veranstalters voll erfüllt. Laut Umfrage reisten die Fachbesucher aus der ganzen Bundesrepublik sowie aus dem deutschsprachigen Ausland zur FLORIAN nach Cottbus an. Auf Grund der Standort-Nähe kamen auch zahlreiche Fachbesucher aus den grenznahen polnischen Regionen nach Cottbus.

Die FLORIAN, Fachmesse für das Feuerwehr- und Rettungswesen fand vom 13. bis 15. September 2001 in Cottbus statt. 110 Unternehmen aus Deutschland, Österreich und der Niederlande stellten auf einer Fläche von 6.000 qm ihre Produktpalette vor, das Ausstellungsspektrum umfasste die Bereiche Vorbeugender Brandschutz/Umweltschutz und Katastropheneinsatz/ Schutzbekleidung und -ausrüstung/ Notfallmedizin und Rettungstechnik, Marktführer in den Bereichen Funk- und Leitstellentechnik, Steuerungs- und Brandmeldetechnik, Rettungswerkzeuge und notfallmedizinische Geräte komplettierten das Angebot.

Zweifellos stand diese Fachmesse unter dem Eindruck der Ereignisse des 11. September in den USA. Hans-Jochen Knöll, Abteilungsleiter für Brand- und Katastrophenschutz im Brandenburgischen Innenministerium, der in Vertretung von Schirmherrn Manfred Stolpe die Messe besuchte, äußerte sich dazu:

„Sparen auf dem Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes ist sparen am falschen Platz. Die Tragödie in Amerika hat wieder einmal gezeigt, wie schnell Helfer zu Opfern werden können“.

Das Bundesverwaltungsamt hat sich mit seiner Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) auch an dieser für die neuen Bundesländer sehr bedeutenden Fachmesse beteiligt. Wegen der terroristischen Anschläge in Amerika, war der Messestand der ZfZ ein Anziehungspunkt für jene Messebesucher die sich über Wirkungen und Schutzmöglichkeiten beim Einsatz von biologischen

1999 in Erfurt statt. Der kontinuierliche Standortwechsel garantiert die systematische Erschließung aller Regionen in Ost- und Mitteldeutschland. Die Notwendigkeit der Messe resultiert aus dem immer noch bestehenden Nachholbedarfs an modernen Geräten, Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen in Ostdeutschland. So sind im Land Brandenburg über 50 % aller Feuerwehrfahrzeuge veraltet. Die nächste FLORIAN soll im Herbst 2002 in Mitteldeutschland stattfinden – die genauen Details werden in Absprache mit den fachlichen Partnern festgelegt.



Attraktion am Stand des Bundesverwaltungsamtes, ein „Rauchhaus“ mit dem die Wirkung von Rauchmeldern demonstriert werden kann.

und chemischen Kampfstoffen erkundigen wollten.

Ein weiterer Anziehungspunkt war bei der ZfZ-Präsentation ein durchsichtiges Demonstrationshaus, mit dem die Wirkungsweise von Rauchmeldern vorgeführt werden kann. Das Bundesverwaltungsamt will damit die Bemühungen des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Versicherungswirtschaft mit dem Ziel unterstützen, dass es in Wohnungen zur generellen Installation von Rauchmeldern kommt.

Die FLORIAN, ostdeutsche Fachmesse für das Feuerwehr- und Rettungswesen war 1997 in Dresden gestartet und fand

DFV: Brand im Hybridauto, darauf müssen Sie achten !

Immer neue Techniken sind in der Automobilbranche auf dem Vormarsch – und Deutschlands Feuerwehren stellen sich dieser Entwicklung: Was ist beim Brand eines Wagens mit Hybridantrieb zu beachten? Der Toyota Prius ist das erste Serienmodell dieser Art, hat außer dem Benzinmotor vorn auch eine 300-Volt-Batterie im Kofferraum.

Gemeinsam mit der Firma Toyota haben der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) deshalb detaillierte Einsatzhinweise in einem Merkblatt für den Ernstfall erarbeitet.

In dem vier Seiten umfassenden Papier werden den Feuerwehrleuten die drei Wege erläutert, wie sie bei einem Unfall oder Brand des Fahrzeuges die Batterie deaktivieren können. Es werden mögliche Gefahren und Sicherheitsvorkehrungen genannt sowie die Komponenten des Systems und ihre Lage aufgelistet.

Frank-Michael Fischer, Vorsitzender des Fachausschusses Technik im Deutschen Feuerwehrverband: „Toyota hat sich beim Erstellen des Merkblattes in äußerst kooperativer Weise des sachverständigen Rates des Ausschusses Technik der deutschen Feuerwehren bedient. Der Prius ist vom Kraftfahrtbundesamt für den deutschen Markt zugelassen. Damit ist klar, dass eine Betriebssicherheit wie bei jedem anderen zugelassenen Fahrzeug gegeben ist. Auf Grund neuer Technologien ist es notwendig, sich mit einigen Besonderheiten vertraut zu machen, die in dem Merkblatt dargestellt sind.“

Wichtig ist, dass der Hersteller zum Anfassen von 300-Volt-Bauteilen auf die Verwendung der genannten Isolierhandschuhe Wert legt, die es in dieser Form bis jetzt nicht als feuerwehrrübliche Ausrüstung gibt. Die Batterie hingegen unterscheidet sich in ihren Gefahren nicht grundsätzlich von handelsüblichen Fahrzeugbatterien. Sie hat nur eine höhere Kapazität.“

Das Merkblatt kann ab sofort auf der Homepage des DVF als pdf-File (Acrobat Reader) betrachtet und ausgedruckt werden.

Nähere Informationen finden Sie im Internet: www.dfv.org/Fachthemen

Brandgefahr zur Weihnachtszeit!

In vielen Wohnzimmern brennen zur Advents- und Weihnachtszeit echte Kerzen. Das ist besonders stimmungsvoll, aber auch nicht ganz ungefährlich. Jede brennende Kerze ist eine kleine Feuerstelle. Direkt über der Flamme kann es bis zu 750 °C heiß werden. Selbst bei einem Abstand von zehn Zentimetern können es noch 350 °C sein. Diese Temperaturen entflammen trockene Zweige und stecken Gardinen in Brand.

Ist es einmal passiert, ist guter Rat teuer:

- offenes Feuer, z. B. Kerzen, immer beaufsichtigen;
- stets genügend große Sicherheitsabstände zu brennbaren Stoffen, insbesondere Dekorationen halten;
- stellen Sie Ihren Adventskranz auf eine feuerfeste Unterlage;
- verwenden Sie feuerfeste Kerzenhalter;
- gießen sie den Weihnachtsbaum regelmäßig, so bleibt er länger frisch;

- auch Kaminfeuer sollten ständig beobachtet werden, achten Sie darauf, dass keine Holzteile herausragen;

- lassen Sie Wunderkerzen von Kindern nur im Freien und unter Aufsicht abbrennen;
- halten Sie sicherheitshalber einen tragbaren Feuerlöscher für den Ernstfall griffbereit.

Gute Dienste leisten bereits handliche 1-kg-Pulverlöscher mit blitzschneller Einhandbedienung und ansprechendem Design. Zu empfehlen ist auch der Haushaltslöscher, der in einer speziellen Box zusammen mit einer Löschdecke erhältlich ist.

Nur funktionstüchtige Feuerlöscher garantieren Sicherheit im Brandfall. Deshalb sollten sie unbedingt alle zwei Jahre von einem autorisierten Kundendienst überprüft werden.

Adressen siehe „Gelbe Seiten“ der amtlichen Fernsprechbücher unter dem Suchwort „Feuerlöschanlagen und Feuerlöschgeräte“.

*Text und Bild:
GLORIA-WERKE*

Gerade zur Advent- und Weihnachtszeit sollte an den Brandschutz im häuslichen Bereich gedacht werden.



Naturkatastrophen Ursachen – Auswirkungen – Vorsorge

Von Erich J. Plate und
Bruno Merz

E. Schweizerbart'sche Ver-
lagsbuchhandlung
Johannesstr. 3 A,
70176 Stuttgart

Fast täglich erreichen uns Meldungen über extreme Naturereignisse, die mit hohen Verlusten an Leben und Eigentum einhergehen, wie z.B. beim Sturmtief Lothar im Jahre 1999, Überschwemmungen in Polen und in der Schweiz, Erdbeben in El-Salvador; Donau-Hochwasser; Rhein-Hochwasser; Schlamm- und Gerölllawinen, die ein Schweizer Dorf zerstören, Erdbeben in Indien, Peru, Österreich.

Statistiken zeigen, dass Naturkatastrophen immer größere Schäden verursachen und immer mehr Menschen bedrohen. Aus diesem Grunde erklärten die Vereinten Nationen die 90er Jahre zur Internationalen Dekade der Reduzierung von Naturkatastrophen (ID-NDR).

Die behandelten Themen bauen auf die Beschreibung einzelner Naturgefahren - Erdbeben, Vulkanausbrüche, Massenbewegungen, Stürme, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden auf:

Da sich solche Naturereignisse nicht vermeiden, wohl aber deren Folgen durch sinnvolle Maßnahmen mindern lassen, werden mögliche technische und administrative Vorsorgemaßnahmen detailliert erörtert.

Auch auf gesellschaftlich bedingte Katastrophenanfälligkeit sowie die politischen Rahmenbedingungen des Katastrophenmanagements, bis hin zu seinen Akteuren - Ämter und Institutionen auf staatlicher und lokaler Ebene, ihre Organisation und Aufgabengebiete - wird eingegangen und es wird gezeigt, dass erfolgreiches Katastrophenmanagement eine komplizierte Kom-

bination von technischen, administrativen, und politisch-sozialen Maßnahmen voraussetzt.

Diese Maßnahmen müssen aufgrund der besorgniserregenden Katastrophenstatistik der letzten Jahre auch hierzulande, in Mitteleuropa, schnellstmöglich umgesetzt werden.

41 Fachleute aus Natur-, Sozialwissenschaft, Politik, Medien und der Versicherungswirtschaft beleuchten in ihren Beiträgen naturwissenschaftliche, ingenieurtechnische, wirtschaftliche und politische Aspekte des Katastrophenmanagements, sowohl an nationalen als auch internationalen Beispielen.

Die Tragkraftspritze

Von Günter Rux
In „Feuerwehr-Archiv“
Huss-Medien GmbH
10400 Berlin

In der gut eingeführten Fachbuchreihe „Feuerwehr-Archiv“ des Verlages Technik ist soeben der Titel „Die Tragkraftspritze“ von Günter Rux erschienen.

Der Autor liefert einen historischen Abriss über die Entwicklung von der Kleinmotorspritze bis zur tragbaren Hochdruck-Wassernebelpumpe und zeichnet damit die komplette Entwicklungsgeschichte dieser Feuerlöschtechnik nach. Typisch für diese Buchreihe, geschieht das anhand einer Fülle von historischen Dokumenten, Fotos und Skizzen.

Neben legendären Typen und Stars, wie „Siegerin“ und „TS 8/8 VW“, wurden auch weniger bekannte Modelle, die nur in geringen Stückzahlen gefertigt wurden, mit ihren jeweiligen Leistungsdaten vorgestellt.

Der Anhang enthält einen Zeitrahmen zur Entwicklung der Typen, ein Herstellerverzeichnis sowie interessante und wertvolle Hinweise zur

Restaurierung, zu Tauschbörsen, Suchanzeigen u.v.m..

Eine Fundgrube für alle Freunde der Feuerwehrgeschichte und für Modellbauer.

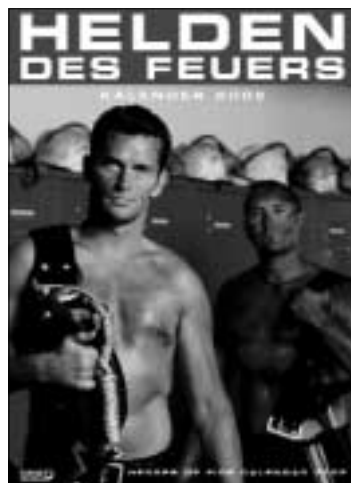
Kalender 2002 „Helden des Feuers“

Im September 2001 erschien eines der aufsehenerregendsten Kalenderprojekte des Jahres.

Echte Feuerwehrmänner aus ganz Deutschland standen Modell für einen guten Zweck. Starfotograf Jens von Zoest erstellte die Bilder für den „Helden des Feuers“ Kalender 2002 zugunsten der Stiftung „Hilfe für Helfer“.

Das Männer von der Feuerwehr leistungsfähig sind und durchaus sexy sein können, beweisen die Bilder.

Die zwölf Kalenderblätter zeigen wirkliche Helden, Helden des Alltags! Das außergewöhnliche Kalenderprojekt zeigt Situationen auf einer Feuerwache, präsentiert durch die wohl sportlichsten und



erotischsten Feuerwehrmänner Deutschlands.

Ein „Spiel mit dem Feuer“ das der Fotograf Jens von Zoest in Zusammenarbeit mit den Kalenderexperten von Danilo Promotions Germany GmbH daraus gemacht hat.

Für Sie gelesen

Die abgebildeten Feuerwehrmänner unterstützen mit der Teilnahme am Kalenderprojekt ihre Kolleginnen und Kollegen. Es gibt mehr als eine Million Einsatzkräfte in Deutschland, die oft täglich Zeuge menschlicher Tragödien werden. Die Stiftung „Hilfe für Helfer“, ins Leben gerufen durch den Deutschen Feuerwehrverband (DFV), unterstützt bundesweit Feuerwehrleute, die durch belastende Einsätze in seelische Not geraten sind.

„Wer sich für andere so einsetzt, wie Feuerwehrleute das tun, wird nicht allein gelassen, wenn er selbst in Not gerät.“ – Damit möchte die Stiftung ein Zeichen setzen.

Zum Preis von DM 21,95 wird der Kalender im Buchhandel und in den Warenhäusern angeboten.

Eisenbahnunfälle Die Roten Hefte Nr 74

*Von Rolf Wachtel, Hans Georg Heide und Hubert Marxmüller
Verlag W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart*

Das Rote Heft „Eisenbahnunfälle“ wendet sich an Feuerwehren und Hilfsorganisationen, um sich mit den Besonderheiten des Schienenverkehrs zu beschäftigen.

In ihrer beruflichen Funktion bei den Feuerwehren in Mainz und Stuttgart oder als Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG sind die Autoren immer wieder mit der Gefahrenabwehr auf den Bahnanlagen befasst und geben dieses Wissen durch Veröffentlichungen in Fachzeitschriften weiter.

Der Hauptbeweggrund an diesem Buch mitzuarbeiten war bei allen drei die Tatsache, dass es bislang keine Standardliteratur über das Thema Eisenbahnunfälle im Bereich der Feuerwehr und Hilfsorganisationen gibt. Die Autoren sehen ihre Aufgabe darin, den

Helfern vor Ort ein möglichst umfassendes Bild des heutigen Wissensstandes bezüglich der Bewältigung von Bahnunfällen zu vermitteln.

Dieses Rote Heft enthält ganz grundsätzliche Informationen über Verhaltensweisen beim Aufenthalt in Bereich von Gleisanlagen und praktische Tipps zur technischen Hilfeleistung, Rettung und Einsatzorganisation. Daneben erfährt der Leser vieles über typische Gefahren an Schienenfahrzeugen und die Organisationsstruktur der DB AG bei Schadenereignissen. Dieses Buch soll nicht nur aufgrund seines Glossars allen Einsatzkräften als Nachschlagewerk dienen, sondern dazu beitragen, dass alle Beteiligten an der Einsatzstelle die gleiche Sprache sprechen.

Das Rote Heft „Eisenbahnunfälle“ leistet einen unverzichtbaren Beitrag bezüglich der Ausbildung und Ausrüstung der bei Bahnunfällen eingesetzten Feuerwehren und Hilfsorganisationen.

Falsche Taktik – Große Schäden

*Von Dr. Markus Pulm
Verlag W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart*

Das Buch lässt den Leser alle Arten von Feuerwehreinsätzen unter einem völlig neuen Blickwinkel betrachten. Bisher Selbstverständliches wird in Frage gestellt. Anhand von Beispielen wird gezeigt, wie die Qualität der Arbeit der Feuerwehren erheblich gesteigert werden kann. Das Buch versteht sich nicht als Fachbuch, sondern eher als provozierende Lektüre, die dem Leser schonungslos und eindringlich Defizite in der Einsatzentwicklung offenbart. Konkrete Beispiele und Lösungsansätze sind leicht verständlich dargestellt und lassen sich so im Einsatz anwenden.

KOPF NUSS

So wird's gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum **31.12.2001** (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivildienst
- Preisrätsel -
Deutscherherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

Die Lösung des Rätsels aus Heft 3/2001 lautete:

CHEMISCH

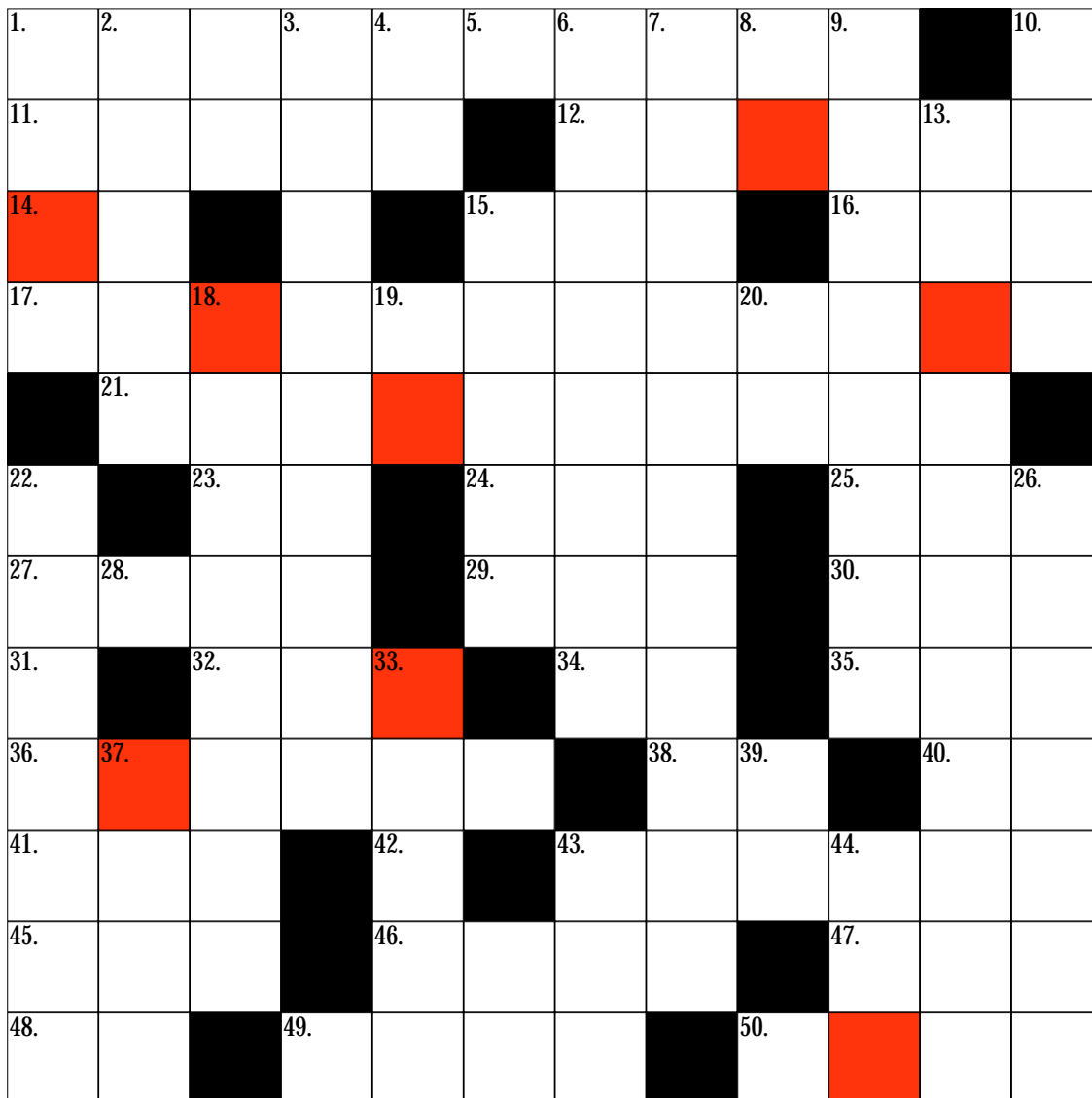
Als Gewinner wurden ermittelt:

1. Preis
Karl Heer
Künzelsau
2. Preis
Anke Holst
Oldendorf
3. Preis
Hubert Nissen
Kiel

Die übrigen Gewinner werden per Post benachrichtigt.

FÜR SIE GELESEN

Kopfnuss



KOPFNUS

Waagrecht:

- 1 THW-Ortsverbände halten sich hierfür extra einen Helfer
- 11 Dieses net ist wirklich nett
- 12 Hier sieht der Arzt gern den Augapfel behütet
- 14 Lateinische Verbindung, die gern telefoniert
- 15 So ist es und vorbei
- 16 Grieche, der desien und dos fehlt
- 17 Braucht der Helfer nach mehrstündigem Einsatz
- 21 Neue Fahrzeuge im Katastrophenschutz sind dies
- 23 Ob diese Stadt in NRW auf ein Contra wartet?
- 24 Niederländischer Nikolaus, lieb gemeint
- 25 Viele 24 Waagrecht
- 27 Hierin kommt der Franzose zum Empfang
- 29 Der Feldkochherd ist so einer
- 30 Lieber griechischen Buchstaben als spanische Organisation
- 31 Kann vor 34 Waagrecht gesetzt werden
- 32 Was dem Deutschen seine Bundesliga ist dies dem Kanadier
- 34 Hat an der Einsatzstelle das Sagen
- 35 US-Behörde, seit Mitte September schwer beschäftigt
- 36 Sie fehlen im Katastrophenschutz, aber nicht nur dort
- 38 Hat ohne Nebentätigkeitsanzeige bei der Stasi gejobbt
- 40 Dem Chemiker fällt dazu 81 ein
- 41 Gibt's mit LETTEN und mit DAS
- 42 Landeshauptstadt, nicht Provinz
- 43 Zusammengebundenes Stroh jenseits der Alpen
- 45 Hier ist es auch bei Wind ruhig
- 46 Mit Segel besonders robust
- 47 Erst sagt man haha, dann dieses
- 48 Freistaat in Kürze

49 Dies ist der Himalaja für die Welt

50 Sein Balsam könnte im Arznetäschchen des S7 sein

Senkrecht:

- 1 So viele machen in Bremen Musik
- 2 Rechts unten beim Tippen
- 3 Mit Tatü Tata verschafft man sich dies
- 4 Als Maß hierfür steht nur a
- 5 Stand früher vor dem Z-R und Z-W
- 6 Südfrankreich ist schon eine Tour wert
- 7 Auerochs, das
- 8 Nebenbei Niederbord
- 9 Den Wechsel von Hand zu Hand wandern lassen
- 10 Stadt in Frankreich; am Ende S statt N, so wär's ein Staat in Asien
- 13 Heißer Dampf, Holz gebogen, fertig ist das Möbelstück
- 15 Qualmender Sizilianer
- 18 Gibt's auf neue Geräte und Autos
- 19 In diesem Landkreis befindet sich eine BS des THW
- 20 Früher von NSU jetzt von Audi
- 22 Aufforderung, etwas häufig auf's Papier zu bringen
- 26 Veranstaltungsort in manchem Ort
- 28 Standort einer bayerischen LFS
- 33 8 1/3 Dutzend ergeben 1 Drachme
- 37 Caesars Tod fiel in diese Zeit des Monats
- 39 Kurz gesagt ALDIs Heimat
- 43 Ruhe!
- 44 Bestimmt auf der Leitstelle die Einsatzfolge

Terminkalender

Termine 2001

1. Dezember 2001: 4. Internationales Rettungshunde-Forum
Ort: Messe Stuttgart
Info: Wolfgang Straub, ASB-Rettungshundezug, Mauserstraße 20, 70469 Stuttgart

11. Dezember 2001: VdS-Fachtagung „Brandmeldeanlagen“
Ort: Köln, Maternushaus Info: Telefax : (0221) 77 66 499 oder E-Mail fachtagung@vds.de

*

Termine 2002

26. und 27. Januar 2002: 12. Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften
Ort: Hinterzarten
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn
Internet: www.feuerwehrlanglauf.de

28.-30. Januar 2002: Fachtagung Strategie und Taktik Innovative Technologien & Einsatzpraxis für Feuerwehren
Ort: Dortmund, Westfalenhallen
Kongressleitung: Berufsfeuerwehr Dortmund
Info: Tel.: (0231) 941 088 23

1.-3. Februar 2002: Ausstellung und Fachkongress „rescue 2002“
Ort: Messe Stuttgart

*Hinweis:
Die Zentralstelle für Zivilschutz des Bundesverwaltungsamtes beteiligt sich an der rescue 2002 als Aussteller*

22.-24. Oktober 2002: Forum Feuerwehr
Ort: Köln-Hürth
Info: verlag moderne industrie Tel.: (08191) 125 433

*

MEINUNGEN WEINUNGEN

Alarmierung in einem Großschadensfall

Nach den Anschlägen des 11. Septembers ist eindeutig die Gefährdung der Bevölkerung in Deutschland gestiegen. Der Eintritt eines Großschadensfalles scheint nun auch bei uns in den Bereich des Möglichen gerückt zu sein.

Es erhebt sich nun die Frage, inwieweit eine rechtzeitige Alarmierung und Warnung der Bevölkerung möglich ist.

Die Einrichtung des neuen satellitengestützten Warnsystems stellt einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Was nützt es aber, wenn Informationen und Warnmeldungen in Sekundenschnelle lediglich bis zur Kreisebene bei Rettungsleitstellen bzw. Feuerwachen auflaufen, das wichtige Bindeglied zur Bevölkerung aber fehlt?

Eine Warnung und Unterrichtung der Bevölkerung mittels Radio oder Fernsehen dürfte wohl nur lückenhaft möglich sein, da niemand „rund um die Uhr“ ein Rundfunk-

oder TV-Gerät auf Empfang geschaltet haben kann.

Ebenfalls unrealistisch ist es zu glauben, Geräte, die wie ein Autoradio, sich bei einer Warndurchsage von selbst einschalten, könnten das Problem lösen. Es würde schon aus Kostengründen nicht gelingen, die Bevölkerung ausreichend mit derartigen Geräten zu versorgen.

Auch der Denkansatz, man könne über die Handy-Netze die Bevölkerung ansprechen, wird scheitern, da diese Netze wegen Überlastung zusammenbrechen würden.

Allein eine Sirene, die weithin hörbar ist, kann als „Wecker“ dienen. Erst die Kombination von Sirenen und satellitengestütztem Warnsystem dürfte eine Warnung und Alarmierung der Bevölkerung sicherstellen.

Es gilt somit für die staatliche Administration, wieder ein flächendeckendes Sirenensystem zu installieren.

Ekkehardt Wolf
49152 Bad Essen

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
Internet: <http://www.bva.bund.de>
E-Mail: redaktion@bzs.bund400.de
oder: redaktion.zfz@bva.bund.de

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur: Hans-Walter Roth
Telefon 01888-358-5325
Redaktion:
Nikolaus Stein Tel.: 01888-358-5308
Rainer Schramm 01888-358-5323
Telefax 01888-358-5824

Layout: Astrid Öhlschläger
Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Werbedruck GmbH
Horst Schreckhase
Postfach 1233
34283 Spangenberg
Telefon (0 56 63) 94 94
Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90
Abonnement jährlich € 7,50
zzgl. Porto und Versandkosten.
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

Heute: Funkkommandowagen (FuKow)

Sogenannte „Funkkommandowagen“ (FuKow), geländegängige Führungsfahrzeuge, waren in den Stärke- und Ausrüstungsnachweisen (STAN) für die Züge des ehemaligen Katastrophenschutzes von Beginn an integriert. Drei Fahrzeugtypen sind dabei von Bedeutung: der DKW-Munga (DKW, Auto Union; Mehrzweck **UN**iversal Geländewagen mit **All**radantrieb, Lkw 0,25 t) in seiner Grundversion (91/4, vier Sitzplätze in Fahrtrichtung) sowie in zwei vergrößerten Versionen (91/6 mit zwei Sitzplätzen vorn und zwei heckseitigen Sitzbänken quer für vier Personen; 91/8 6 mit zwei Sitzplätzen vorn und zwei heckseitigen Sitzbänken quer für sechs Personen). Die wesentlichsten äußerlichen Unterscheidungen vom Grundtyp (Kurzversion 3450 mm, breiter Einstiegsbereich, Reserverad heckseitig): die Versionen 91/6 und 91/8 verfügen seitlich über einen eingeschränkten Einstiegsbereich, bei beiden Versionen ist das Reserverad rechtsseitig angebracht, die Version 91/8 ist heckseitig geringfügig verlängert (Länge 3595 mm).

Zeitweise als FuKow eingesetzt wurde auch der VW 181 „Kübel“.

Das Modell

Zur Darstellung der FuKow im Maßstab 1:87 stehen die jeweiligen Grundmodelle von Roco (DKW-Munga) und von Wiking (VW 181) zur Verfügung. Während der Munga 91/4 im Wesentlichen in seiner Grundversion verbleiben kann



Der Munga 91/8: deutlich sichtbar verlängerter Aufbau, verkürzter Einstiegsbereich, Bedachung und Anbringung des Ersatzrades.



Modelle des 91/4 sowie des VW181 (im Bild rechts vorn) in unterschiedlicher Ausführung (Fotos: Wolfgang Jendsch)

(mit oder ohne Bedachung), gestaltet sich bei den beiden anderen Versionen die Fahrzeugverlängerung sowie die Anfertigung der Bedachung als nicht ganz einfach (Heckabtrennung mit Verlängerung, Bedachung mit feinen Plastikplatten). Beide Vorgänge können hier nur erwähnt, aufgrund ihrer zahlreichen Details jedoch nicht beschrieben

werden. Bei allen Versionen bildet die Detaillierung gemäß Vorbild (z.B. Anbringung von Kanistern, Funkantennen, Blaulicht) den Abschluss der Modellbauarbeiten.

Die Fahrzeuge können sowohl in Olivgrün als auch in den Fachdienstfarben (rot, elfenbein, orange) lackiert werden.



Großes Medieninteresse bestand angesichts der Terroranschläge und der Milzbrandfälle in den Vereinigten Staaten bei der Übergabe der ersten ABC-Erkundungskraftwagen (ABC-ErKKW) durch Bundesinnenminister Otto Schily in Berlin. Jeweils sechs dieser Spezialfahrzeuge erhielten die Bundesländer Berlin und Brandenburg. Weitere sechs ABC-Erkundungskraftwagen wurden wenige Tage später in Nürnberg durch Schily an den bayerischen Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein übergeben.

Zug um Zug wird nun der Katastrophenschutz aller Bundesländer im Rahmen des Zivilschutzes mit insgesamt 344 ABC-ErKKW ausgestattet. Ausführlicher Bericht über die Fahrzeugübergabe in Berlin ab Seite 3 in diesem Heft.

(Fotos: Stefan Wagner)